DER SPIEGEL

13. JAHRGANG · Nr. 37
9. SEPTEMBER 1959 · 1 DM
ERSCHEINT MITTWOCHS
VERLAGSORT HAMBURG



UHR-FEHDE
Preisbrecher Leon Weiß (siehe „Handel")

EINE NEUSCHÖPFUNG INTERNATIONALEN STILS



Exklusiv fotografiert für Peer de Luxe: St. Tropez, Côte d'Azur.

KRISTINUS

PEER

de Luxe

Das großzügige, nur wenigen Cigaretten der Weltklasse vorbehaltene Format *de Luxe* ist einmalig für Deutschland. Es ermöglicht eine betont leichte Mischung, die durch eine besonders klare Geschmacksnote charakterisiert wird. Das krönende Goldmundstück läßt das köstliche Aroma unangetastet und gewährt einen Rauchgenuß von selten erlebter Reinheit.

GOLD-MUNDSTÜCK
10 STÜCK · FILTER · DM 1,-

IN DIESEM HEFT

TITELGESCHICHTE
Uhren-Weiß . . . . Seite 32

BONN
Ost-Offerten . . . . Seite 15
Kohlenkrise . . . . Seite 17
Konjunktur . . . . Seite 20
Lübke . . . . Seite 22

BUNDESLÄNDER
Bremen . . . . Seite 25
Boden-Württemberg . . . . . Seite 26

LUFTFAHRT
Frachten . . . . Seite 29

GEWERBE
Spielhallen . . . . Seite 48

INTERNATIONALES
Eisenhower-Reise . . . . . . Seite 51

INDIEN
Grenzkonflikte . . . . Seite 52

SÜDAFRIKA
Handelsboykott . . . . Seite 54

GESCHICHTE
Politische Zweiertreffen seit Napoleon . . . . Seite 56

GESELLSCHAFT
Klubs . . . . Seite 68

MALEREI
Kapien . . . . Seite 70

MEDIZIN
Röntgen-Aufnahmen . . . . . Seite 71

SCHRIFTSTELLER
Gerhard Schumann . . . . . Seite 72

BÜCHER
Sagan-Seller . . . . Seite 74

FERNSEHEN
Fernseh-SPIEGEL . . . . . . Seite 75

FILM
Neu in Deutschland . . . . Seite 76
Satire . . . . Seite 77

PERSONALIEN . . . . Seite 78
HOHLSPIEGEL . . . . Seite 80
RÜCKSPIEGEL . . . . Seite 82

Verantwortlicher Redakteur für Bonn: Hans Dieter Jaene; für Handel: Claus Leo Browand; für Bundesländer, Luftfahrt, Gewerbe: Günter Gaus; für Internationales, Indien, Südafrika: Robert Julius Greiff; für Geschichte: Walter Busse; für Gesellschaft: Claus Jacobi; für Medizin, Film: Johannes K. Engel; für Malerei, Schriftsteller, Bücher: Dr. Günter Giefer; für Fernseh-SPIEGEL: Martin Morlock; für Personalien, Hohlspiegel, Rückspiegel: Dr. Karl Poerschke; für Briefe: Johannes Kayser; für Bilder: i. V. Karl-Heinz Düvel; verantwortlich für Anzeigen: A. Boelck; Druck: Auerdruck GmbH (sämtlich Hamburg 1, Speersort 1); für die Herausgabe in Österreich verantwortlich: Hans G. Kramer, Wien 1, Freyung 6

BRIEFE

KRIEG OHNE MORAL

(Nr. 34/1959 SPIEGEL-Gespräch)

Nach den Adamski- und Schlamm-Tiraden *das* SPIEGEL-Gespräch des Jahres! Auf diesen zwei Seiten hat Ferhat Abbas den ungeheuerlich hohlen Doppelboden der moraltriefenden Nato-Politik und ihres getreuesten Vasallen am Boden zerstört. Mit welchem Recht kann ein Straußscher Bundeswehrsoldat finster gen Osten blikken, wenn hinter seinem Rücken der mystisch verklärte Gerne-Groß-Held der wiederauferstehenden Großmacht Frankreich 500 000 Mannschaftskollegen der Nato zur Liquidation der algerischen Freiheitsbewegung antreten läßt?

Saarbrücken — Dr. Klaus Thewalt

Es ist wirklich eine Schande, die Worte und Lügen dieses Frankreichfeindes zu veröffentlichen. Es ist immer leicht, die Tatsachen zu entstellen, um seiner eigenen Politik zu dienen! Ich weiß wohl, daß der SPIEGEL nicht Partei ergreift; aber die bloße Tatsache, daß er den Worten dieses haßerfüllten Mannes irgendeinen Kredit gewährt und diese Worte zur Kenntnis der öffentlichen Meinung bringt, ist schon an und für sich eine vorwurfsvolle Tendenz, die ich als Französin nicht so hinnehmen kann.



Algemeen Handelsblad

Heißer Brei

z. Z. Königstein — Monique Amouroux

Algerien geht uns mehr an, als man glauben mag. Die Völker der nordafrikanischen und arabischen Welt sind die Partner, die wir in Zukunft brauchen. Was die Deutschen für die Freiheit der Algerier tun können: sich selbst aus der Abhängigkeit von Ost und West, also von Ulbricht und Adenauer, befreien. Frankreich in seiner heutigen geistigen Verfassung wird niemals unser wahrer Partner sein. Es ist nur an der Teilung Deutschlands interessiert.

Hamburg-La. — Rüdiger Eisenlohr

Als Algerier teile ich Ihnen mit: Es ist alles wahr, was Ferhat Abbas Ihrem Reporter mitteilte. Ihr Deutschen mischt Euch in Algerien in Dinge ein, die Euch nichts angehen sollten. Ihr unterstützt

unsere größten, brutalsten Feinde, die in ihrer großen Habsucht und Herrschsucht keine Gnade mit unseren Leuten haben. Diese stolze französische Nation foltert und mißhandelt unsere Leute, und Ihr Deutschen gebt das Geld dazu, damit unsere Leiden kein Ende haben. Ihr Deutschen wollt Eure Wiedervereinigung und jammert in der gesamten Weltpresse, was für ein großes Unrecht Euch getan wurde. Ihr aber fügt durch Eure eigene Haltung unserem Volk ein viel größeres Unrecht zu.

z. Z. Moers (Rhein) — Arbis Mars

MACHT DES GELDES

(Nr. 28, 33 und 35/1959, Anzeigen)

Ich finde es einfach paradox, daß der SPIEGEL — im Gegensatz zu früher — die verhängnisvolle Politik der Stärke plötzlich unterstützt, indem er in

- ▷ Nr. 28/1959, Seite 22, „Dem Gesetz der Zeit gehorchend“,
- ▷ Nr. 33/1959, Seite 55, „Unter dem Zeichen der Nato“, und in
- ▷ Nr. 35/1959, Seite 44, „Ein atlantisches Gemeinschaftswerk“,

in Wort und Bild Beiträge veröffentlicht, durch die die Nato verherrlicht wird.

Sicher hat der SPIEGEL für die Veröffentlichung dieser Beiträge entsprechende Gelder vom Bundesverteidigungsministerium oder von der Nato erhalten. Wenn dies tatsächlich der Fall ist, dann kann man sich nur noch die bange Frage stellen: „Sind wir wirklich schon so weit, daß selbst der SPIEGEL käuflich ist?“

Augsburg — Rudolf Piesch

MACHT DES NAMENS

(Nr. 35/1959, England)

Ein eigenartiges Argument, mit dem Sie Randolph Churchill aufzubauen suchen: Das Genie seines Vaters habe drückend auf ihm gelegen. Das ist eine schlechte Entschuldigung für seine üblen Angriffe gegen alle Institutionen, die den Menschen etwas bedeuten. Sie bezeichnen ihn als Star-Journalisten; im richtigen Lichte ist er aber doch nur ein Clown auf publizistischer Bühne, der von dem Kredit zehrt, der ihm vom Namen seines Vaters her gewährt wird.

Hannover — Franz Romasch

Es ist fraglich, ob Randolph Churchill nicht einfach ein kleiner Kläffer wäre, wenn er nicht den Nimbus für sich buchen könnte, der den Namen Churchill umgibt.

Bremen — Ewald Sewing

Da schreiben Sie, Randolph hätte Mut bewiesen, als er zu den Grenadieren Titos gehörte. Als ob das etwas Besonderes ist!

Hamburg 24 — Theo Rauns

Feine Leute, diese Churchills, arrogant bis zur Unerträglichkeit, ewig besoffen! Und solche Figuren maßen sich an, Weltbeglücker und Weltverbesserer zu sein! Um es mit einem unparlamentarischen Kraftausdruck zu sagen: zum Kotzen!

Hamburg-Blankenese — Ludwig Tietjens

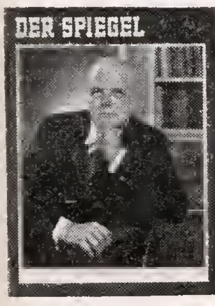
Da Sie sich neuerdings für Leute interessieren, die keinen Ihrer deutschen Leser interessieren können, möchte ich darauf hinweisen, daß auch ich gerne Hustensaft in langen Zügen aus der Flasche trinke und Ho-ho-ho mache, wenn ich lache. Im übrigen aber verbindet mich nichts mit diesem Mann, da meine Pubertät mit all ihren Begleiterscheinungen längst hinter mir liegt.

München 2 — Horst Schlötelburg

Randolph muß mit Extravaganzen das ersetzen, was ihm zur Repräsentation des Namens Churchill fehlt.

Bonn — Uwe Schmidt, cand. rer. nat.

Das Schicksal des britischen Weltreichs mag tatsächlich von den Marlboroughs als Hobby angesehen werden. Beachtlich erscheint jedoch, daß es vernünftigen Leuten gelungen ist, die Churchills, die sich vor allem durch Abenteuerlust auszeichnen, aus der politischen Front zu drängen. Man stelle sich den salbadernden Randolph, der keine Weltanschauung hat, sondern seine Grundsätze von dem in Herren-Clubs gepflegten antiquierten Gentleman-Ideal herleitet, auf dem Sessel des Premiers vor! An die „Blut, Schweiß und Tränen"-Epoche würde eine „Unvernunft, Torheit und Jähzorn"-Ära anknüpfen. Aus der „Duz-Freundschaft mit der Geschichte", die der SPIEGEL dem nachgelassenen Churchill attestiert, wäre wohl eine wilde Ehe mit der Politik geworden.



Churchill-Titel

Dortmund — Erich Holm

Es scheint, in der Reihe der geistigen Väter des SPIEGEL steht Randolph Churchill an erster Stelle: „Ich liebe es, reiche und mächtige Leute anzugreifen!" Das ist doch wohl das Motto, das in den Gründungsstatuten des SPIEGEL zu finden ist.

Bremen — Fred Herteig

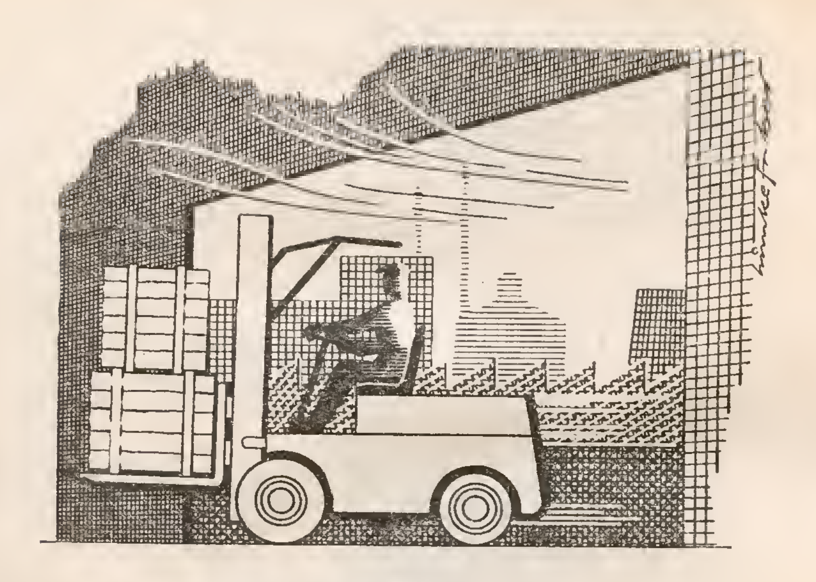
OHNMACHT DES RECHTS

(Nr. 35/1959, Bundesländer)

Nach der Lektüre Ihres Berichtes über den Zwist zwischen dem pfälzischen Justizministerium und den Koblenzer Richtern möchte ich Ihnen die Worte Ciceros zurufen: Die Konsuln mögen dafür sorgen, daß die Republik keinen Schaden erleidet!

Tübingen — Herbert Brekle, stud. phil.

Wenn man weiß, daß auch in anderen deutschen Landen ähnliche auf „dienstliche Anweisungen der Staatsanwaltschaft" zurückzuführende Zustände herrschen, dann kann sich der Staat nicht wundern, wenn die wirklich ehrlich bemühten Richter und die ihr Recht suchenden Bundesbürger immer weniger Achtung vor der heutigen Justizverwaltung bekommen. Aber wenn auch



die Justiz zunehmend von den Interessenkonflikten der Parteien in Mitleidenschaft gezogen wird, dann sollen sich die Beteiligten später nicht wieder darüber entrüsten, daß die Geschichte einen anderen Verlauf als gewünscht genommen hat.

Berlin PROF. DR. OSKAR KLUG

Das rheinland-pfälzische Justizministerium hat überraschende Anfangserfolge auf einem Schlachtfeld errungen, auf dem sich die Obrigkeit der Bundesrepublik bisher keine Chancen ausrechnete: Es gelang den Herren Becher und Westenberger, den stählernen Grundsatz der Unabhängigkeit richterlicher Gewalt zu schmelzen. Dabei bedienten sie sich geschickt ihres Weisungsrechts




Becher (l.), Westenberger (r.)

an die Staatsanwälte. Von nun an ist das Verfassungsprinzip von der Rechtsstaatlichkeit der Bundesrepublik nur noch eine Fiktion. Nur intellektuelle Schwärmer, die die Zeichen der Zeit nicht deuten können, werden glauben, daß der Satz von der Gleichheit vor dem Gesetz gilt.

Oldenburg (Oldb.) HANS HERBACH

Mit Ihrem Spaziergang durch die Justiz in Rheinland-Pfalz haben Sie bewiesen, daß dieser Sumpf nicht mehr auszutrocknen ist.

Nassau (Lahn) FRANZ BAUNEMANN

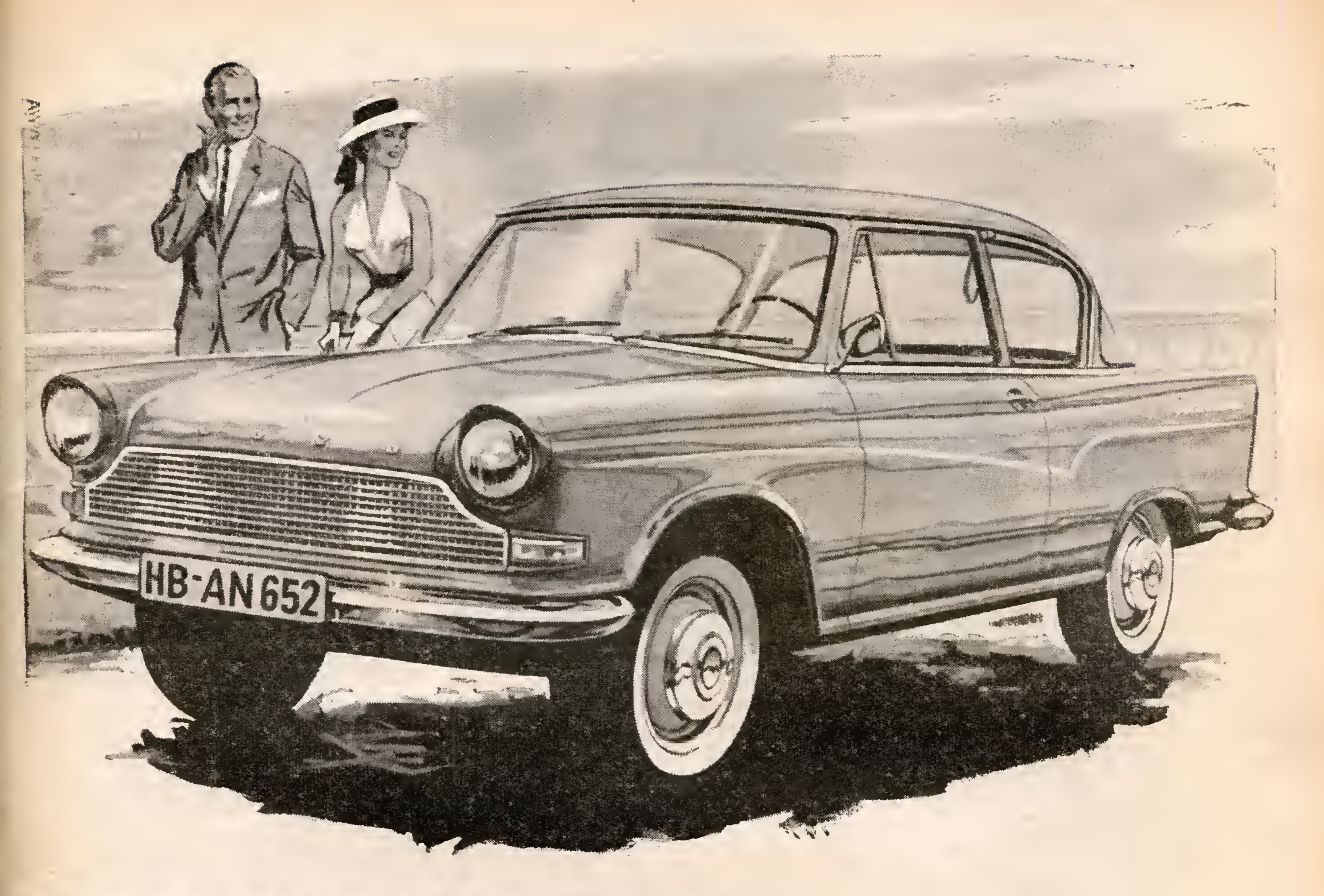
AUSGEBEUTETE UNTERNEHMER

(Nr. 34/1959, Industrie)

Wenn die Vollbeschäftigung zu ausgefallenen Abwerbungsmethoden geführt hat, so sehe ich darin einen echten Erfolg unseres Wirtschaftswunders. Was die Gewerkschaften nur sehr umständlich erreichen, nämlich höhere Löhne, fällt den Arbeitnehmern nun auch ohne DGB zu. Wer könnte es ihnen verübeln, wenn sie sich zu den jeweils günstigsten Bedingungen „verkaufen"? Dennoch bleiben Fragen offen: Womit beschäftigen sich all die vielen Angestellten der Arbeitsämter, und wofür bezahlen die Arbeitnehmer die so hohe Arbeitslosenversicherung? Vielleicht werden, wenn man die erste Frage ernstlich aufgreift, doch noch einige Arbeitskräfte frei.

Köln RICHARD WEISSER

Lieber SPIEGEL, Du hast die Pfälzischen Plastic-Werke — Pegulan — zutiefst gekränkt, weil Du sie einer „besonders robusten Abwerbungstaktik" bezichtigt und ihr Lohnangebote mit 100 Prozent über Tarif unterstellt



Ein bezaubernder Wagen:

Arabella

Bezaubernd und überzeugend ist diese Neuschöpfung, mit der auch verwöhnteste Ansprüche erfüllt werden. Daß dieser elegante Wagen nach den neuesten technischen Erkenntnissen gebaut ist, dafür sorgt ein modernes und erfolgreiches Automobilwerk. Die wichtigsten Merkmale sind:

- wassergekühlter Vierzylinder - Viertakt - Boxermotor
- 900 ccm, 38 PS, 120 km/h, von 0 - 100 km/h nur 27 sec
- Frontantrieb, dadurch überlegenes Fahrverhalten
- Ausstattung und innere Sicherheit - vorbildlich

Das bedeutet: ARABELLA besitzt neben ihrem Temperament und der hervorragenden Straßenlage viele weitere Vorzüge, mit denen sie ihre Überlegenheit beweist. Vor allem die serienmäßig komplette Ausstattung zeigt, wie liebevoll man an das Wohlergehen der Insassen gedacht hat. So gehört ARABELLA mit ihrem Charme, ihrem exklusiven Chic, ihrem Temperament und ihrer technischen Konzeption in die bewunderte Sonderklasse europäischer Spitzenautomobile. Dieser Wagen bezaubert schon im ersten Augenblick. Mit Heizung u. Luxusausstattung 5250,- DM.

Name: ______	GUTSCHEIN
Ort/Kreis: ______	für die farbige »ARABELLA-Mappe«
Straße: ______	

An: LLOYD MOTOREN WERKE GMBH
Hauspost 28 Bremen · Postfach 1253

ARABELLA • ein neuer Wagen der Borgward-Gruppe • aus dem Hause LLOYD

hast. Um 100 Prozent überhöhte Löhne können auch von den erfolgreichsten Firmen nicht gezahlt werden. Die Pegulan-Geschäftsführung würde es auch für volkswirtschaftlich selbstmörderisch halten, zu solchen Löhnen beizutragen, da dies die deutsche Wirtschaft und den Export in Gefahr bringen könnte. Man hat wohl Anstoß an den Pegulan-Anzeigen in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung" genommen. Wer zu lesen versteht, entnimmt daraus, daß wir in vielen Fällen Arbeitern und Anfängern mit Erfolg Gelegenheit gegeben haben, sich in hohe und bestbezahlte Positionen hinaufzuarbeiten. Und darauf ist das Unternehmen stolz!

Frankenthal (Pfalz) K. E. KLUMB
Pfälzische Plastic-Werke GmbH
Justitiar

SELBSTHILFE (Nr. 33/1959, Kohlenkrise, und Moritz Pfeil, Nr. 36/1959, Briefe)

Sie zählen die Skala der wirtschaftspolitischen Maßnahmen zugunsten des Steinkohlenbergbaus auf, übersehen aber folgendes: Das überhöhte, langfristige US-Kohleneinfuhrprogramm wurde weder durch die Entliberalisierung der Importkohle noch durch den Kohlenzoll abgebaut. Vielmehr ist die Ablösung der Verträge für amerikanische Kohle vom Ruhrbergbau unter beträchlichem Aufwand auf durchaus privatwirtschaftlicher Ebene vorgenommen worden. Bei der Ablösungsaktion sind unter Einsatz von mehr als 250 Millionen Mark für 13 Millionen Tonnen Ruhrkohle zusätzliche Absatzmöglichkeiten geschaffen worden. Der SPIEGEL-Artikel unterschätzt die Selbsthilfe des inländischen Bergbaus.

Zweifellos ist die Konkurrenz des Öls nicht erst von heute. Genauso wenig ist aber zu bezweifeln, daß eine sehr starke Expansion des Heizöls mit einer Steigerung der inländischen Heizölerzeugung von 4,4 auf etwa 8,4 Millionen Tonnen gerade im laufenden Jahr die Kohle auf dem Höhepunkt ihrer Absatzschwierigkeiten trifft. Das Kohle-Öl-Kartell war nicht geeignet, den ruinösen Verdrängungswettbewerb auszuschalten, denn das schwere Heizöl wird unter den anteiligen Rohstoffkosten verkauft. Auch die jetzt angekündigte Verbrauchsteuer für schweres und leichtes Heizöl in Höhe von 30 Mark je Tonne ist im Verhältnis zu Regelungen in anderen Ländern eine durchaus marktkonforme und nicht allzu einschneidende Maßnahme.

Essen
UNTERNEHMENSVERBAND RUHRBERGBAU
Informationsabteilung

Daß Rationalisierung und Angst der Kumpels um ihren Arbeitsplatz die Schichtleistungen in die Höhe getrieben haben, stimmt nicht ganz. Richtig ist, daß durch die in größerem Umfang durchgeführten Entlassungen von Bergarbeitern, insbesondere aber durch den am 1. Mai 1959 im Bergbau in Kraft getretenen Tarifvertrag die Schichtleistung je Mann unter Tage in bedenkliche Höhe gestiegen ist.

Castrop-Rauxel ROLF WEIMANN

Während an der Ruhr die Kohlen sich immer mehr zu Halden türmen, wird bekannt, daß der Braunkohlenbergbau zwecks Abbau von Braunkohlen unter Tage den Grundwasserspiegel eines großen Gebietes um 600 Meter senken muß. Diese Maßnahmen verschlingen Millionen. Die rheinische Braunkohle soll zur Versorgung der Energiewirtschaft erforderlich sein. Warum verwendet man hierfür keine Steinkohle? Die „Essener Steinkohlen-Elektrizität AG" hat doch bewiesen, daß zur Elektrizitätserzeugung auch Steinkohle verwendet werden kann.

Lünen (Westfalen) EDGAR LIMMER

Dein Artikel trifft in der großen Linie den Kern der Sache. Im Detail bist Du jedoch ausgerutscht. Ich bin selbst Steiger. Steigerromantik kenne ich nur aus Liedern, und daß Bergassessoren an einer unzeitgemäßen betriebswirtschaftlichen Vorstellungswelt kranken, habe ich noch nicht festgestellt. Straffste Organisation, Leistungsprinzip und kompromißlose Rationalisierung waren im Bergbau schon Evangelium, als Kohle noch Mangelware war. Daß bei „Planzahlen" immer wieder eine Lücke zwischen Theorie und Praxis aufklafft, liegt nicht an der mangelnden Qualifikation der Assessoren und Steiger, sondern am Berg, der abgebaut wird. — Es geht also nicht darum, die Allgemeinheit vor einer subventionierten Steigerromantik und der altmodischen Betriebswirtschaft „weltfremder" Bergassessoren zu schützen, sondern dem Bergbau und den Bergleuten Zeit zu geben, sich der neuen Entwicklung anzupassen. Ich glaube, der Bergbau hat diese „Schonzeit" verdient.

Moers (Rhein) WENDELIN LUDWIG

HILFLOS

(Nr. 35/1959, Handel)

Es ist dankenswert, daß Sie sich mit den monopolkapitalistischen Konzentrationsbestrebungen im Handel in Ihrem Artikel „Die Eklöh-Furcht" befaßten. Erstaunlich ist nur, daß Sie sich mehr des deutschen Unternehmers Eklöh annahmen, als die Machenschaften und Hintergründe dieser Art von Kolonialisierung Deutschlands durch ausländische Großkonzerne zu beleuchten. Sie liegt weder im Interesse der Volkswirtschaft, noch ist sie ein Vorteil für den Verbraucher. Ihr Ziel ist die Vernichtung unzähliger selbständiger Existenzen. Das ist ein Schritt weiter zur Bolschewisierung. Es ist dem deutschen Lebensmitteleinzelhändler vollständig gleich, ob jenseits der Elbe die staatliche Handels-Organisation oder diesseits der Elbe der amerikanische Konzern ihn zwingt, seinen eigenen Laden zu schließen.

Göttingen KARL-HEINRICH KUHLMANN

Es ist falsch, wenn Eklöh sagt, er habe als erster in Europa die Selbstbedienung aufgegriffen. Schon 1910 hatte mein Schwager M. Schul in Chemnitz ein Damenhutgeschäft als Selbstbedienungsladen. Im Jahre 1914 betrieb er deren fünf, davon eins in Dortmund. Dort waren sechs Schaufenster mit Damenhüten dekoriert. Innen standen die Käuferinnen, außen Familienange-

hörige oder Freundinnen, die das Probieren begutachteten. Über den Spiegeln verkündeten große Aufforderungen: „Bitte bedienen Sie sich selbst!" Vom ersten Tag an war das Geschäft überlaufen, und die Polizei regelte den Verkehr.

Dortmund — Fritz Haus

Verzichtete Eklöh aus Angst vor der Managerkrankheit oder aus Angst davor, früher oder später doch von den Klauen des Karstadt-Monopols zermalmt zu werden?

Erlangen — Berthold Sieboldt

Jetzt wird der SPIEGEL sentimental! Was könnte seine sonst mit allen Hunden gehetzten Redakteure an unseren wirtschaftswunderlichen Machtgepflogenheiten so erschreckt haben, daß sie den resignierenden Supermarkt-Propheten Eklöh groß herausstellen? Kommen sie etwa in die „reiferen Jahre"?

Kopenhagen — Birk Politzer

PLATT-ETÜDEN

(Nr. 35/1959, Schallplatten)

Erstaunlich, wie rüde die Musikkonserven-Konzerne vorgehen, wenn sie den Umsatz halten wollen. Sie versprechen sich von den Vertriebsmethoden, die Bertelsmann auf dem Buchmarkt anwandte, daß ihre übermäßig erweiterten Kapazitäten ausgenutzt werden können. Sie übersehen dabei geflissentlich, daß sie der von dem Gütersloher Buch-Zaren zum Prinzip erhobenen Mittelmäßigkeit das Wort reden. Die Musikliebhaber sollen auf ein Niveau eingeschworen werden, das den größten Umsatz verspricht. Es wird deutlich, daß Geschmack und Kultur nicht mehr berücksichtigt werden, wenn die Industriemanager die Furcht um die Rentabilität der Investitionen überkommt. Nun soll auf dem Gewinn-Altar auch der Einzelhandel geopfert werden.

Karlsruhe — Adam Lettner

Durch einen Boykott der Marken „Polydor" und „Grammophon", also der Firma Siemens, werden sich die Einzelhändler kaum aus der Schlinge ziehen können. Sie sollten lieber auf die steigende Zahl der Tonbandfreunde achten.

Kiel — Claus Martens

Herrn Kinkele, dem Vertriebschef der „Grammophon", sollte man das Studium einschlägiger Vertreterverträge aus der Industrie anraten. Er würde wohl nicht so viel Ärger mit seinen Einzelhändlern haben, wenn er ihnen neben der Werbeprämie (3,50 Mark für jeden geworbenen „Bertelsmann") auch noch bei jedem Plattenkauf des Kunden ab „Buchfabrik" eine Provision zahlte. Der Kunde brauchte nur seinen bisherigen Einzelhändler anzugeben.

Hamburg 13 — Horst Weyhe

Wer es unternimmt, auf so oberflächliche und betont tendenziöse Art die Einstellung der „Tonkonservenhändler" so überheblich zu beurteilen, kann wohl nicht ernst genommen werden. Solche Mitarbeiter tragen nicht zur Hebung des Ansehens ihres Berufsstandes

FOURNISSEURS BREVETÉS DE S.A.R. LE PRINCE HENRI DE PRUSSE

ohne Filter

Grande fabrique de Cigarettes Egyptiennes
FOURNISSEURS BREVETÉS DE S.A.R. LE PRINCE HENRI DE PRUSSE
Dimitrino & Co.
CAIRE, Egypte
No. 10

Dimitrino & Co.

mit Filter

LE ROI DES CIGARETTES
LA CIGARETTE DES ROIS

Dimitrino & Co.
Caire
Grande Fabrique de Cigarettes
20 Cigarettes Botschafter Bout-Filtre

Mit der DIMITRINO No 10 und der DIMITRINO-Filtercigarette BOTSCHAFTER setzen zwei Cigaretten von exquisiter Güte und internationalem Ruf die über siebzigjährige Tradition der berühmten Cigaretten-Manufactur DIMITRINO in Cairo fort.

12 1/2



bei. Es ist Zeitverschwendung, sich mit derart unreifen Menschen auseinanderzusetzen. Es wäre für die Erziehung solcher Leute notwendig, bevor sie mit ihrer „spritzigen Feder" Verwirrung bei Ahnungslosen stiften, zu erreichen, daß sie erst einmal richtig gehen und ohne Beifallsbuhlerei sich im Leben behaupten lernen.

Lübeck ADOLF L. LEHMENSIEK

FINCKENSCHLÄGE

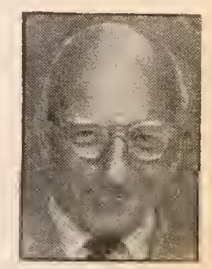
(Nr. 35/1959, Fernseh-SPIEGEL)

Lieber Telemann, recht hast Du, wenn Du den Bundesstotterer Finck als Conférencier vom Bildschirm verbannt wissen willst. Dieses Geistvoll-sein-Wollen wirkt so hilflos wie die Programmversuche unserer Fernseh-Gewaltigen überhaupt.

Übrigens: Sollte nicht das NWRV-Programm nach der Entpleisterung spürbar besser werden?

Celle CLAUS WUNDER

Ich kenne Werner Finck aus seinen Uranfängen und habe immer wieder feststellen können, daß Stenogramme seiner Conférencen seit je viele solche Stellen enthalten, die, liest man sie nach einem beglückenden Abend einmal nüchtern durch, weder Sinn noch Verstand haben. Man schüttelt den Kopf, wenn dennoch hinter solchen verunglückten Passagen Lachen oder Beifall angemerkt ist. Der Zauber, der seine große Gemeinde zwei Stunden lang faszinieren kann, liegt weniger in dem, *was* er sagt, als in dem, *wie* er es sagt. Sein berühmtes Stottern („Meister des halben Satzes") stellt ihn in die Reihe der Dadaisten und Expressionisten, die das Stammeln ja auch zur „Kunstform" erhoben haben.


Finck

München R. HIRSCHBERG
Paul List Verlag

... Sag doch bitte Deinem Freund Werner Finck im Namen vieler Zuschauer, daß seine Hemmungen gegenüber der stummen Apparatur völlig grundlos sind und daß kein anderer mit so tödlicher Sicherheit auf der Flimmerscheibe sofort den Weg zu unseren Herzen und unseren Köpfen findet ... Selbstredend soll er auch Rollen spielen, je mehr, desto besser; aber er soll uns außerdem noch viele, viele Jahre mit seinem Stottern erbauen und beglücken!

Berlin-Charlottenburg GEORG DAVIDOFF

Wenn Sie schon Attacken reiten, dann gegen die Initiatoren der „Bunten Abende" und der nicht mehr zu ertragenden Brechmittel à la Frankenfeld. Merke: Was dem einen sein Uhl, ist dem anderen sein Fin(c)k!

Hamburg-La. AXEL H. GEBHARD

Einer Teilauflage dieser SPIEGEL-Ausgabe liegt ein Prospekt der Firma Vitanar-Pharmazeutische Präparate, Himmelsthür über Hildesheim, bei.

Einer Teilauflage dieser SPIEGEL-Ausgabe liegt ein Prospekt der Vereinigten Motor-Verlage GmbH., Stuttgart-W., Postfach 1042, bei.

Nehmen wir einmal an,
Sie
suchten den besten Rasierer...

BRAUN

Nehmen wir an, Sie wollten sich einen Elektrorasierer kaufen; die Vorzüge dieser Rasiermethode leuchten Ihnen ein, und Sie wollen sich fortan trocken rasieren: sauber, glatt, schnell, und sanft.

Sie lesen Anzeigen. Sie studieren Prospekte. Und siehe: ein Apparat ist fabelhafter als der andere. Da gibt es welche, die dicht über der Haarwurzel rasieren (unterhalb der Hautoberfläche!), andere mit großen und größten Rasierflächen, wieder andere, die „im Nu" glattmachen, und solche in kostbarer Repräsentationsumhüllung.

Nehmen wir weiter an, Sie wollten nur wissen, welcher Sie persönlich am besten rasiert und gingen in ein Fachgeschäft und probierten selber einmal aus:



Der Braun Combi kostet

DM 58.- in der Faltschachtel
DM 60.- im Plastiketui
DM 70.- im Lederetui mit Wandhalter

- **welcher Apparat rasiert nicht nur auf den Wangen glatt und sauber, sondern auch im Nasenwinkel, wo man schwer hinkommt, auch am Hals, wo die Haut so empfindlich ist?**
- **welcher Apparat stutzt den Haaransatz an den Schläfen gerade und schnell?**
- **welcher Apparat erlaubt es Ihnen, den Nacken einmal in der Woche schnell von Haaren zu säubern?**
- **welcher Apparat hat einen bequemen Ein- und Ausschalter, so daß er ans Netz angeschlossen liegen bleiben kann?**
- **welcher Apparat läßt sich in einer Sekunde reinigen**

und

- **welcher Apparat bietet Ihnen eine Garantie von 3 Jahren?**

Nehmen wir an, Sie hätten das sehr rasch herausbekommen - mit welchem Apparat in der Tasche verlassen Sie dann wohl das Geschäft?

Mit einem Apparat, der Ihnen garantiert viele Jahre gute Dienste erweisen wird.

NACH LONDON

bietet Pan American von den deutschen Flughäfen* wöchentlich 31 Flugverbindungen!





Von den deutschen Flughäfen nach London fliegt Pan American nur mit ihren berühmten viermotorigen Super-6- und Super-7-Clippern**. Die Vielzahl der Flüge in jeder Woche ermöglicht Ihnen, Ihre Reise ganz nach Wunsch zu disponieren. Und was besonders wichtig ist: Pünktlicher Abflug und pünktliche Ankunft sind bei Pan American schon sprichwörtlich geworden.

Auf allen Flügen mit den Clippern umgibt Sie die vorbildliche Gastlichkeit der Pan American – sei es im luxuriösen 1.-Klasse 'President'-Dienst – sei es in der beliebten Touristen-Klasse.

Nähere Informationen erteilen Ihnen gern Ihr IATA-Reisebüro und alle Luftfrachtspediteure.

*** Nach London:**

ab Düsseldorf	wöchentlich	10 Flüge
ab Frankfurt	wöchentlich	21 Flüge
ab Hamburg	wöchentlich	3 Flüge
ab München	wöchentlich	8 Flüge
ab Stuttgart	wöchentlich	7 Flüge

PAN AMERICAN

DIE ERFAHRENSTE FLUGGESELLSCHAFT DER WELT

** Trade-Mark, Reg. U.S. Pat. Off.

DER SPIEGEL

9. SEPTEMBER 1959 · 13. JAHRGANG · HEFT 37

DAS DEUTSCHE NACHRICHTEN-MAGAZIN

BONN

FRIEDENSVERTRAG

Von den Außenministerien in Ostberlin, Moskau und Warschau wird ein kommunistisches Weißbuch als „Grundlage für Erörterungen über die Fragen eines Friedensvertrages mit der Bundesrepublik und der DDR auf internationalen Konferenzen, vor allem auf einer Gipfelkonferenz" vorbereitet. Das erste Exemplar dieses Weißbuches will der sowjetische Ministerpräsident Chruschtschew gelegentlich seiner Amerikareise dem Präsidenten Eisenhower persönlich überreichen.

KIRCHENSTEUER

Katholische Offiziere der Bundeswehr protestierten gegen die Entrichtung der Kirchensteuer, weil eine Anlage zum Reichskonkordat bestimmt: „Die katholischen Offiziere, Beamten und Mannschaften sowie deren Familien gehören nicht den Ortskirchengemeinden an und tragen nicht zu deren Lasten bei." Diese Bestimmung ist seit längerem Gegenstand von Auseinandersetzungen zwischen dem Bundesverteidigungsministerium und dem Auswärtigen Amt. Der Vatikan hat angeregt, die Bundesregierung möge um eine Änderung dieser Bestimmung nachsuchen.

GESETZGEBUNG

Nach einem Entwurf des Bundesjustizministeriums zur Reform des Urheberrechts sollen Maler und Bildhauer künftig von dem Mehrwert partizipieren, den der Erstkäufer bei einer späteren öffentlichen Versteigerung erzielt. Durch eine sogenannte Vermietgebühr sollen Schriftsteller an den Einnahmen gewerblicher Leihbüchereien beteiligt werden.

ZITATE

„Meine Mutter gab mir vor Reden immer Rotwein mit Ei, damit meine Stimme besser klingt." (Bundesernährungsminister Dr. h. c. Lübke zu Freunden.)

„Sie ist das Brandzeichen Hitlers am Leibe Deutschlands." (Bundestagspräsident D. Dr. Eugen Gerstenmaier über die Teilung Deutschlands.)

„Wir sind in einigen Jahren so weit, daß man ausgelacht wird, weil man das ‚C' in CDU als Symbol für christlich und nicht für conservativ deutet." („Ketteler Wacht", Organ der katholischen Arbeiterbewegung Westdeutschlands.)

HÖRENSAGEN

Nach neuestem Bonn-mot

▷ soll der neue Ernährungsminister — wenn er schon nicht katholisch ist — wenigstens Schwarz heißen.



Süddeutsche Zeitung

Noch ist Polen nicht gewonnen. Cyrankiewicz: „Bah, Kränze an Grab nix gut — besser Grenze an Oder/Neiße!"

OST-OFFERTEN

Hilfe für Ike

Darüber ist sich doch wohl jeder von uns klar, daß der Schlüssel der ganzen Loge weder in Worschau noch sonst irgendwo liegt, sondern lediglich und allein in Moskau.

Konrad Adenauer in einer Pressekonferenz am 16. September 1958.

Der Staatssekretär Felix von Eckardt, Chef des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, hatte sich schon seit einigen Wochen Gedanken darüber gemacht, was der Regierungschef des Bonner Staates wohl zur zwanzigsten Wiederkehr des Tages sagen sollte, an dem sein Rechtsvorgänger Adolf Hitler vor dem Reichstag bellte: „Seit 5.45 Uhr wird jetzt zurückgeschossen", und damit den Zweiten Weltkrieg entfesselte.

Felix von Eckardt fürchtete, daß an diesem Tage durch Europa eine Gefühlswelle gegen Deutschland spülen werde. Er erkannte, daß den Deutschen nichts anderes übrig bleibe, als selber freimütig dieser Brandstiftung des Führers Adolf Hitler zu gedenken und noch einmal dem Kriege abzuschwören.

Ende Juli, noch vor Schluß der Genfer Außenminister-Konferenz, hatte Heinrich von Brentano den Polen und Tschechen Verhandlungen über einen Gewaltverzichtsvertrag anbieten wollen. Der Außenminister fiel im Kabinett mit diesem Plan durch. Die Amerikaner gaben ihrem Bedauern darüber unverhohlen Ausdruck, und dem Kanzler wurden darüber Berichte der Deutschen Botschaft in Washington vorgelegt. Deshalb schien es der Umgebung des Kanzlers ratsam, nun so bald wie möglich wenigstens eine politisch unverbindliche, aber psychologisch wirksame Geste gen Osten zu machen.

Der Bundespressechef regte an, der Kanzler solle eine Rundfunkerklärung zum zwanzigsten Jahrestag des Kriegsausbruchs

dem Thema Polen widmen und diese Absicht rechtzeitig vor dem Besuch Eisenhowers in Bonn bekanntmachen. Man wußte, daß der amerikanische Präsident eine solche Geste begrüßen würde und man auf diese Weise dem falschen Schein zuvorkommen könnte, Eisenhower habe seinen Konrad Adenauer zu einer Erklärung genötigt.

Konrad Adenauer stimmte diesen Anregungen seines Pressechefs zu. In dem Trubel um den Besuch aus Amerika kam es aber doch nicht mehr rechtzeitig zu der projektierten Ankündigung der Entspannungsrede zum 1. September.

In ihren Bonner Gesprächen mit Konrad Adenauer und Heinrich von Brentano gaben Eisenhower und Herter noch einmal taktvoll, aber eindeutig zu verstehen, daß eine Normalisierung der Beziehungen zwischen Bonn und Warschau im Interesse der amerikanischen Politik liege. Form und Zeitpunkt einer Initiative zur Annäherung an Polen überließen die Amerikaner der deutschen Entscheidung. Doch auch nachdem der Präsident wieder in den Wolken verschwunden war, traf der Kanzler keine sichtbaren Vorbereitungen für seine fest geplante Radiobotschaft.

Erst am vorletzten Sonntag wurde Felix von Eckardt von der Bitte erreicht, nach Cadenabbia zu kommen. Am Montagmorgen letzter Woche besprach Konrad Adenauer mit ihm einen Text, den er selber entworfen hatte. In der Ferien-Villa wurde der Text mit Hilfe eines Presseamts-Technikers auf Band gesprochen und noch vormittags nach Mailand gefahren. Radio Mailand überspielte das Band nach Deutschland.

Am Abend konnten die deutschen Rundfunkteilnehmer dann eine Kanzlerrede hören, die in der Öffentlichkeit zunächst so mißverstanden wurde wie selten eine Adenauer-Äußerung.

„Kanzler bietet Polen Freundschaft an" oder „Vor einer Revision der Ostpolitik" hießen die Schlagzeilen. Dabei läßt eine Analyse dieser Rede nur den entgegengesetzten Schluß zu: Der Kanzler bekundete dem Gomulka-Regime deutlich seine Abneigung und denkt einstweilen nicht daran, seine starre Polen-Politik zu revidieren.

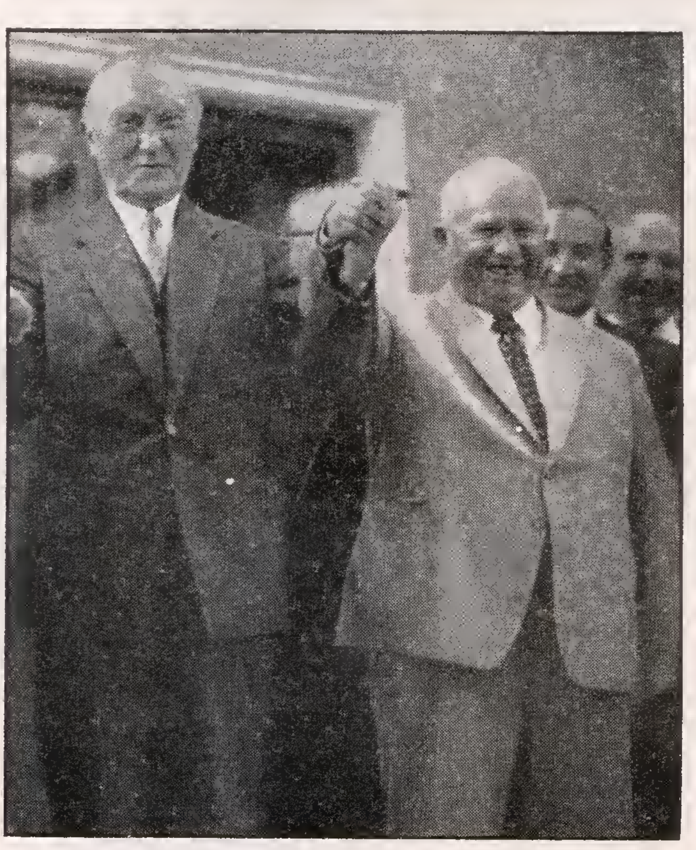
Die Kommentatoren haben vor Begeisterung offenbar die feinen Nuancen übersehen, mit denen Konrad Adenauer in seiner Rede operierte. Er sprach nämlich mit keinem Wort davon, was hier und jetzt in Sachen Polens geschehen könne. Ausdrücklich sagte er, „daß dieses Deutschland, das neue Deutschland, *einmal* ein guter Nachbar Polens werden wird" und daß „*dereinst* eine wahre Freundschaft erwachse".

Nahtlos reihen sich diese Sätze an frühere Polen-Äußerungen Konrad Adenauers aus Kalten-Kriegs-Zeiten, die nie jemand für eine „Revision der Ostpolitik" hielt, etwa vom Oktober 1956: „Ungarn und Polen sind europäische Länder, und sie sind im letzten Grunde christliche Länder ... Wir haben eine besondere Sympathie für europäische Völker, für christliche Völker, die um ihrer Freiheit willen bereit sind, zu sterben."

Am 23. Januar 1958 hatte Carlo Schmid im Bundestag zu bedenken gegeben: „Vielleicht könnte es sein, daß man in Warschau der Meinung ist, das Interesse Deutschlands könnte auf Gebieten, auf denen beide Staaten gefährdet sind, mit den Interessen Polens identisch sein."

Der Kanzler antwortete schroff: „(Ich) würde ... nicht gesagt haben, daß Polen und Deutschland gemeinsame Interessen hätten. Denn diese gemeinsamen Interessen richten sich doch nur auf eine Zurückdrängung des Kommunismus."

Schon im September 1953 hatte er gesagt, welche praktischen Folgen eine gemeinsame deutsch-polnische Aktion gegen den Kommunismus für die Oder-Neiße-Linie haben könnte: „Vielleicht ist, wenn Polen wieder ein freier Staat würde, eine Art Kondominium oder eine Verwaltung der Ostgebiete durch die Vereinten Nationen möglich."



Adenauer, Briefpartner: Brutaler Kämpfer oder Realist?

In seiner Radiorede vom Montag letzter Woche hat er noch einmal deutlich zu machen versucht, wo heute die wahren Feinde des polnischen Volkes stehen: „Vor zwanzig Jahren wurde es das erste Opfer dieses letzten Krieges, als Hitler-Deutschland *und die Sowjet-Union* in das Land einfielen und es grausam zerstörten. Das heutige Deutschland ist ein anderes Deutschland als jenes unter Hitler."

Es war klar, daß die mit der Sowjet-Union eng verbündete polnische Regierung eine solche Erklärung nur scharf zurückweisen konnte, zumal Konrad Adenauer deutlich gemacht hat, daß ihm polnische Menschen einer bestimmten Couleur am Herzen liegen. Mit anti-kommunistischen, erzkatholischen Polen, wie sie vor 1939 in Warschau regierten und nach Kriegsbeginn gegen Hitlers Wehrmacht kämpften, habe er eine „tiefe geistige Übereinstimmung" festgestellt.

Sagte Adenauer am Radio: „Im Konzentrationslager im Zweiten Weltkrieg war ich mit polnischen Soldaten und Offizieren zusammen. Uns verband mehr als die Schicksalgemeinschaft des Konzentrationslagers, zwischen uns entstand im Lager eine Gemeinschaft, die auf dem Fundament einer tiefen geistigen Übereinstimmung beruhte."

In der autorisierten Biographie* Konrad Adenauers findet sich allerdings im Abschnitt „Erlebnisse im KZ" kein Hinweis darauf, daß er im Konzentrationslager tatsächlich Kontakt mit Polen hatte.

Am 23. August 1944 war er im Rahmen einer Polizei-Aktion gegen prominente Politiker der Weimarer Republik zusammen mit vielen anderen zwar festgenommen und zum Kölner Messegelände gebracht worden, wo ein Sammellager für politisch Internierte eingerichtet war.

Aber von dort internierten polnischen Soldaten und Offizieren ist nirgends die Rede. Mit einem mitgefangenen Russen hatte Konrad Adenauer jedoch Kontakt, erzielte freilich keinerlei Übereinstimmung. Adenauers Stubengenosse, ein KZ-Kapo, berichtet dem Kanzler-Biographen Paul Weymar 1954:

„Ich stellte ihm (Adenauer) meinen Putzer, einen russischen Gefangenen, zur Verfügung ... Mein Putzer brachte ihm dann unser mageres Frühstück, trocken Brot und dünnen Korn-Kaffee, ans Bett. Dem klassenbewußten Bolschewisten ging dieser Dienst an einem Mitgefangenen offenbar gegen den Strich. Jedes Mal, wenn er Adenauer den Kaffee hinstellte, fletschte er die Zähne und knurrte beim Hinausgehen: ‚Elender Kapitalist!'"

Ob Adenauer nun im KZ mit Polen Kontakt hatte oder nicht: Heute empfindet er jedenfalls Sympathien für das christliche polnische Volk, aber mit dem kommunistischen Gomulka-Regime dieses Volkes will er nichts zu tun haben — eine ethisch durchaus achtbare Meinung, die aber mit aktiver Ostpolitik nichts zu tun hat.

Während die Amerikaner von der listigen Art und Weise überrascht wurden, in der Konrad Adenauer ihre taktvolle Anregung, Polen zu hofieren, scheinbar aufgriff, ohne indessen seine harte Linie zu verlassen, haben sie eine zweite Bonner Ost-Offerte der letzten Tage, den Kanzlerbrief an Chruschtschew, vorher zur Kenntnis nehmen können. Der Kanzler-Brief an „Seine Exzellenz, den Herrn Ministerpräsidenten der Union der Sozialistischen Sowjet-Republiken" war schon geschrieben und dem Auswärtigen Amt zur Ausfertigung übergeben, als Dwight D. Eisenhower in Bonn seinen Einzug hielt. Eine Übersetzung lag für den amerikanischen Präsidenten bereit.

Es war das erste Mal, daß Konrad Adenauer selber zur Feder gegriffen hatte, um an Chruschtschew einen Appell zu richten. Bis dahin hatte er alle seine Schreiben an Moskau vom Auswärtigen Amt entwerfen lassen und sich damit begnügt, sie zu redigieren, wo und wie er es für richtig hielt.

Schon seit langem hatten Konrad Adenauer die Antwortnoten mißfallen, die Heinrich von Brentano, manchmal gegen das Votum seiner Vortragenden Räte, nach Moskau zu schicken pflegte. Alle diese Antworten auf sowjetische Vorwürfe, Drohungen oder Vorschläge waren verklausulierte Stilübungen mit Aufreihungen juristischer und abstrakt moralischer

* Paul Weymar: „Konrad Adenauer"; Kindler-Verlag, München; 1955; 780 Seiten.

Argumente. Zudem blieben sie völlig wirkungslos, es sei denn, sie bestärken die Sowjets in ihrem Mißtrauen und ihren Vorurteilen gegenüber Bonn.

Mehrmals hatte der Kanzler seiner Umgebung erklärt, man könne diese unfruchtbare Korrespondenz mit den Sowjets nicht so weiterlaufen lassen. Jetzt entschied er sich für eine andere Gangart im Wortgefecht mit den Machthabern des Kreml.

Der neue Ton ist das offene Wort im Stil der großen Freundschaftskundgebung im Moskauer Bolschoi-Theater: „An anderen Stellen Ihres Briefes schreiben Sie, daß im deutschen Volke der Revanchismus herrsche, daß sogar in meiner Regierung Revanchisten seien, ja, Sie gehen sogar so weit, Herr Ministerpräsident, anzudeuten, ich sei möglicherweise auch ein Revanchist.

„Nein, Herr Ministerpräsident: Hier irren Sie gründlich, und hier sehe ich nun wirklich nicht bei Ihnen den Sinn für das Reale, für das, was wirklich ist, den sie sonst in so hohem Maße besitzen. Ich bin kein Revanchist, ich bin es niemals gewesen. In meiner Regierung ist kein Revanchist, ich würde niemals in ihr einen Minister dulden, der Revanchist ist."

Der Brief ist so geschrieben, wie der Kanzler spricht. Er ist sprachlich stillos, aber würdevoll. Konrad Adenauer diktierte ihn seiner Sekretärin in Rhöndorf nach handschriftlichen Notizen.

Der Kanzler war von dem propagandistischen Trommelfeuer aus dem Osten nach der Parole „Adenauer, der Kriegshetzer und Friedensstörer" allerdings leicht angeschlagen. Er hatte sich verschiedentlich in Gesprächen über die Hetze gegen seine Person beschwert und insbesondere seinem Bundespresseamt vorgeworfen, es tue nicht genug, um die deutsche Presse zur Verteidigung des Bundeskanzlers zu bewegen. Außerdem war er von den systematischen Versuchen der Sowjetdiplomatie, Bonn als Weltfriedensfeind hinzustellen und zu isolieren, beeindruckt, nachdem diese Kampagne in der westlichen Presse, besonders in der englischen, sichtbaren Niederschlag gefunden hatte.

So vollzog er in seinem letzten Brief an Chruschtschew kurzerhand einige Meinungsänderungen, um der Kampagne die Spitze abzubrechen.

Er rühmt in seinem Brief nach Moskau des sowjetischen Diktators „Sinn für das Reale, für das, was wirklich ist, den Sie sonst in so hohem Maße besitzen", und seinen „Sinn für Geschichte, für historische Entwicklungen", während er früher über den sowjetischen Staatsmann ganz andere Ansichten geäußert hatte: „Malenkow ist ein Mann, der Realitäten in Rechnung stellt, und deshalb hätte er es auch als Politiker getan. Chruschtschew dagegen ist ein Mann, der von diesen Dingen nichts weiß und nichts versteht, ein brutaler Kämpfer."

Der rheinische Kanzler entdeckte sogar überraschend Vorzüge an der sowjetischen Staatsdoktrin: „Ich hasse weder den Sozialismus noch die Form des Sozialismus, die man Kommunismus zu nennen pflegt. Ich hasse auch keinen Staat, weil er sozialistisch ist, und ebensowenig einen Menschen, der Sozialist ist. Ich gehe noch weiter: In bestimmten Stadien der Entwicklung eines Volkes könnte vielleicht der Sozialismus eine Form der wirtschaftlichen Entwicklung sein, die den Fortschritt fördert."

Im Mai 1956 hieß es aus dem gleichen Kanzler-Munde noch ganz anders: „Es ist so furchtbar viel Gerede gemacht worden über den kommunistischen Parteikongreß. Meine Herren, im Grunde genommen muß ich Ihnen eines sagen: Kollektive Diktatur oder Einzeldiktatur ist gehüpft wie gesprungen. Diktatur bleibt Diktatur ... diese ganze Welt, die doch im Grunde genommen unser Todfeind ist."

Im Juli 1953 kam es aus Kanzlermund: „Ich sehe als unabdingbare Voraussetzung für die Normalisierung der deutsch-russischen Beziehungen die Abhaltung freier Wahlen in ganz Deutschland, die Einsetzung einer gesamtdeutschen Regierung, die Einleitung von Friedensverhandlungen, die Regelung ausstehender territorialer Fragen, sowie die Herstellung der Handlungsfreiheit für die gesamtdeutsche Regierung und das gesamtdeutsche Parlament an.

„Praktisch würde dies bedeuten, daß die Sowjet-Union auf die Einmischung in innerdeutsche Angelegenheiten verzichtet, deutlicher ausgedrückt, auf die Bolschewisierung Mittel- und Ostdeutschlands. Es würde ferner bedeuten, daß die Sowjetregierung sich der allein gültigen Interpretation des Potsdamer Abkommens anschließt, nach der die Bestimmung über die Gebiete jenseits der Oder und Neiße Friedensverhandlungen vorbehalten bleibt."

Jetzt meinte der Kanzler in seinem Brief: „Entscheidend ist ... nicht ... die Frage der deutschen Ostgrenzen ... Auch ... ideologische Unterschiede ... sollen kein Hindernis, insbesondere für unsere wirtschaftliche Zusammenarbeit sein." Auf eine allgemeine, kontrollierte Abrüstung komme es an.

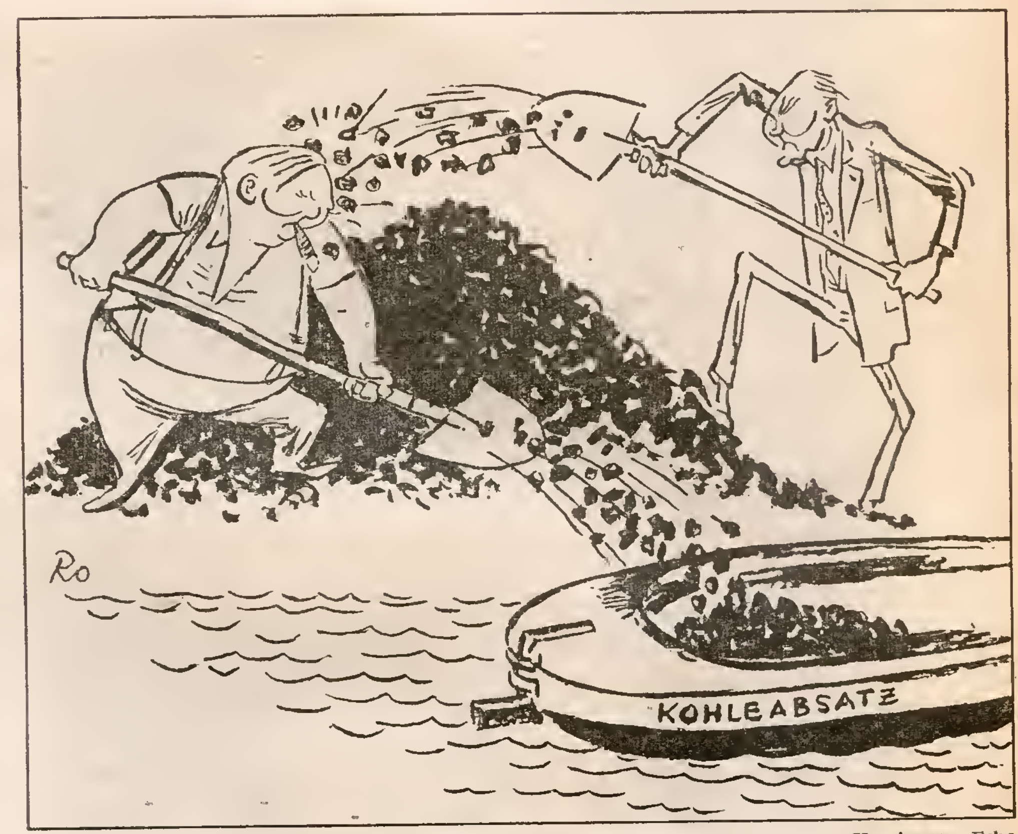
Präsident Eisenhower und sein Diplomatengefolge gaben ihr O. K. zum Kanzlerbrief an Chruschtschew. Diese Art von Antwort paßte sich der amerikanischen „Eisbrecher"-Politik an und gibt den Amerikanern Gelegenheit, Chruschtschew goldene Adenauer-Worte entgegenzuhalten, wenn er — wie zu erwarten steht — die Bundesrepublik Deutschland und ihren Kanzler im Washingtoner Gespräch attakkieren wird.

KOHLENKRISE

Der Urlaubs-Hieb

Die jüngste Verlautbarung, die das Bonner Bundeskabinett über Westdeutschlands prekäre Situation in der Kohlewirtschaft herausgab, wurde von der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung" für würdig befunden, einen „Preis für das ungeschickteste und verwirrendste Kommuniqué des Jahres" zu verdienen.

Obwohl sich in der Tat nach der vom Bundeskanzler selbst verfaßten Pressemitteilung die Kohle- und Heizöl-Situation in der Bundesrepublik verworrener als je zuvor gestaltete, geschähe dem Taktiker Konrad Adenauer Unrecht, wollte man es als ungeschickt bezeichnen, wie er die verfahrene Lage des Kohlenbergbaus zu einer Attacke auf seinen Rivalen Erhard benutzte.



Hamburger Echo

Und jetzt mit vereinten Kräften

In dem Kommuniqué allerdings war die plötzlich aufgeflammte Auseinandersetzung nicht sichtbar geworden. Es teilte lediglich mit, „daß auch in Zukunft auf einen beträchtlichen Teil der einheimischen Energieproduktion (Kohle) nicht verzichtet werden könne" und daß „der gesamte Fragenkomplex im Wirtschaftsausschuß des Kabinetts einer weiteren Beratung unterzogen" werde. Die Diskussion im Kabinett habe schließlich „eine Reihe von beachtlichen neuen Gesichtspunkten ergeben"*.

Mit diesem, vor der Bonner Bundespressekonferenz verlesenen Wischi-Waschi-Zettel zog die Bundesregierung das Resümee einer Kabinettssitzung, die ursprünglich dazu bestimmt gewesen war, über die seit vielen Monaten schwelende Kohlenkrise endgültige Beschlüsse zu fassen. Die entscheidende Maßnahme ge-

* Dazu Bundeswirtschaftsminister Erhard nach Adenauers Abreise wörtlich: „Auf der Kabinettssitzung wurden keine beachtlichen neuen Gesichtspunkte vorgetragen."

gen die Überrundung der Ruhrkohle durch das Öl — eine bis 1961 befristete Sondersteuer von 30 Mark je Tonne Heizöl — war vom Wirtschaftsausschuß des Bundeskabinetts bereits auf einer Sitzung am 13. August ausführlich beraten und von allen Fachministern gutgeheißen worden.

Die am vorletzten Wochenende im Palais Schaumburg versammelten Kabinettsmitglieder sollten die Beschlüsse des Wirtschaftskabinetts lediglich formell bestätigen und eine zusätzliche, gemeinsam von den Bundesministerien für Wirtschaft und Arbeit erstellte Vorlage genehmigen. Dieser Vorlage zufolge sollen allen Bergarbeitern, die während der Rationalisierungsjahre durch Zechenstillegungen und Entlassungen arbeitslos werden, finanzielle Beihilfen gezahlt werden.

Theodor Blanks Referenten bedienten sich dabei eines Übergangsabkommens mit der Luxemburger Montan-Union und schlugen Verwaltungsanweisungen an die Arbeitsämter im Ruhrgebiet vor, um ein gemeinsames Bonner und Luxemburger Unterstützungsprogramm in die Wege zu leiten. Der Vorlage zufolge sollen entlassene Ruhrkumpel ein Jahr lang Übergangszahlungen bekommen, die zunächst 90 Prozent, dann 80 Prozent und schließlich 70 Prozent ihrer bisherigen Löhne ausmachen. Bei Einstufung in geringer bezahlte Berufsgruppen sollen sie eine einmalige Abfindung erhalten. Schließlich ist vorgesehen, bei einer Umsiedlung der Arbeiter Umzugskosten, Trennungsbeihilfen und die Kosten für die Umschulung in andere Berufe zu zahlen.

Die für dieses Sozialprogramm notwendigen erheblichen Mittel sollten nach dem Übergangsabkommen und den mit Luxemburg geführten Vorbesprechungen je zur Hälfte von der Montan-Union und vom Bundesfinanzministerium getragen werden. Franz Etzel wiederum war bereit, das Aufkommen aus der Heizölsteuer ebenfalls für diese sozialen Maßnahmen zu verwenden.

Als letztes sah die Vorlage aus den Häusern Erhard und Blank die Errichtung einer sozialpolitischen Arbeitsgruppe vor, die ähnliche Hilfsmaßnahmen für den Fall von Entlassungen ohne Stillegung von Zechen ausarbeiten sollten. Das Gremium hätte beispielsweise darüber entscheiden sollen, ob freiwillig aus dem Bergbau ausscheidende Rentenbezieher und ältere Bergarbeiter mit größeren Beträgen aus der Bundeskasse abgefunden werden können.

Da der Krisenplan bis auf den sozialpolitischen Teil bereits Mitte August vom Wirtschaftskabinett beschlossen worden war, schien den Bonner Ressortministern eine Beratungszeit von zehn Minuten vollauf genug, um für den Plan das Plazet des Gesamtkabinetts zu erlangen und die Hilfsmaßnahmen offiziell der harrenden Öffentlichkeit zu verkünden.

Bergarbeiter-Protestzug in Dortmund: „Er ha(r)d die Schuld"

Daß die Dinge einen anderen Lauf nehmen würden, kündigte sich an, als Bundeskanzler Adenauer die Kabinettskollegen wissen ließ: Da er wegen des Eisenhower-Besuches ohnehin in Bonn sei, werde er die Kohlen-Debatte des Kabinetts am Freitagmorgen — der vorletzten Woche — selbst leiten. Nach einem trockenen Bericht über sein Gespräch mit dem amerikanischen Präsidenten ging Konrad Adenauer denn auch im Palais Schaumburg unverzüglich zum Angriff auf seinen Vizekanzler und Bundeswirtschaftsminister über.

Kaum hatte nämlich Ludwig Erhard routinemäßig beantragt, das Kabinett möge über seine und Theodor Blanks gemeinsame Vorlage abstimmen, da zog der Kanzler einige sorgfältig in Cadenabbia (NDR-Meldung vom 17. August: „Der Kanzler beschäftigt sich an seinem Urlaubsort auch eingehend mit innenpolitischen Problemen") zurechtgespitzte pfeilscharfe Argumente aus dem Köcher. Der Kollege Erhard, so rügte er, habe die Situation auf dem Energiemarkt nicht früh genug erkannt. Noch vor zwei Jahren habe er die Kohleverbraucher in der Industrie ermuntert, langfristige Kohlekontrakte mit den USA abzuschließen, und vor einem Jahr darauf gedrungen, die Verträge zu stornieren.

Daraufhin sei das Kohle-Öl-Kartell als ein Instrument zur Eindämmung des steigenden Heizölverbrauchs genehmigt worden. In diesem Jahr sei aber klargeworden, daß auch das Kartell wirkungslos geblieben sei. Jetzt, da sich die Situation an der Ruhr wieder krisenhaft zugespitzt habe, lege das Bundeswirtschaftsministerium einen Plan vor, dessen Wirkung man nicht beurteilen könne, solange der Kollege Erhard nicht ein umfassendes Konzept einer Energie-Politik auf den Tisch lege. Das Konzept, so registrierte der Kanzler frostig, fehle jedoch noch immer.

Die Fachminister staunten, wie glatt dem Kanzler gemeinhin ungewohnte Wirtschaftsvokabeln über die Zunge kamen. Adenauer ließ sie wissen, er habe sich in Cadenabbia nicht umsonst von seinem Experten im Bundeskanzleramt, dem Ministerialdirektor Dr. Karl Vialon, ausführlich berichten lassen. Ebensowenig unterdrückte er die Bemerkung, daß — der neben ihm thronende — Erhard während dieser Zeit teils am Tegernsee, teils fern in der Türkei und in Griechenland geweilt habe.

Es war offensichtlich, daß der Kanzler nach der erbitterten Auseinandersetzung um die Präsidentschaftskandidatur unbarmherzig die erste sich bietende Chance nutzte, das Ansehen Erhards herabzusetzen und auch die Richtlinien der Wirtschaftspolitik zu bestimmen. Adenauer erklärte, man könne insbesondere über eine Heizölsteuer erst dann entscheiden, wenn man wisse, wie sich der Energieverbrauch während der nächsten Zeit entwickeln werde, das heißt: wie hoch der Kohlebedarf während der nächsten Jahre noch sein werde, ob eine „nationale Energiereserve"* nötig sei, welchen Umfangs sie sein müsse und wieviel Zechen geschlossen werden müßten.

Wie gründlich sich der Kanzler präpariert hatte, wurde deutlich, als er abschließend erklärte, das bisher vorgelegte Programm Erhards zur Lösung der Krise entbehre auch wesentlicher Gesichtspunkte sozialpolitischer, kommunalpolitischer, betriebswirtschaftlicher und arbeitsmarktpolitischer Art. Vor allem wegen der Unruhe unter den Bergarbeitern, die sogar die verbotene KPD Nordrhein-Westfalens wieder aktiv werden ließ, müsse ein erfolgssicheres Programm entworfen werden.

Ludwig Erhards Freunde im Kabinett, wie CSU-Postminister Richard Stücklen, fertigte Adenauer kurz ab: „Sie in Bayern sind nie an der Ruhr gewesen und haben die Jahre 1919 bis 1933 dort nicht miterlebt."

Die Erhard-Anhänger überrumpelte der Kanzler nicht zuletzt dadurch, daß er die schärfsten Beanstandungen nicht direkt bei seinem Nebenmann Erhard, sondern bei dessen Staatssekretär Dr. Ludger Westrick anbrachte, unter dessen Federführung die Heizölsteuer-Vorlage konzipiert worden ist.

Nach zweistündiger Debatte wurde das Thema Kohle von der Tagesordnung abgesetzt, ohne daß der Kanzler über Erhards fertige Vorlagen abstimmen ließ. Wäre abgestimmt worden, so hätte sich zweifellos eine Mehrheit für Erhards Programm ergeben, zumal selbst Erhards Kanzler-Rivale Etzel schlechterdings nicht gegen

* Der beratende Ausschuß beim Unternehmensverband Ruhrbergbau forderte in diesem Zusammenhang bereits, dem westdeutschen Kohlenbergbau müsse die Aufrechterhaltung einer Ruhrkohlenförderung von jährlich 125 bis 130 Millionen Tonnen Kohle gesichert werden.

die Heizöl-Steuer votieren konnte, die das Wirtschaftskabinett am 13. August unter seinem Vorsitz gutgeheißen hatte.

Die Kommentare von Wirtschaftsexperten und Zeitungen am Tage nach der Sitzung zeigten, daß des Kanzlers Urlaubshieb auf Erhard wohlgezielt war. Nachdem das Heizölsteuer-Programm der Öffentlichkeit gegenüber als beschlossene Sache hingestellt worden war, mußte die Vertagung der Hilfsmaßnahmen als eine persönliche Niederlage Ludwig Erhards und als kaum zu verantwortende Verzögerung gewertet werden.

Während der Kanzler, mit sich selbst zufrieden, an seinen Urlaubsort zurückreiste, begannen die geschulmeisterten Fachleute im Erhard-Ministerium ihr Krisenprogramm auf die Einwände und Wünsche des Bundeskanzlers hin umzuarbeiten. Allein die Frage, ob die Heizölsteuer komme oder nicht, hat Freund und Feind an der Schwarzen Front in Verwirrung gestürzt. Bundeswirtschaftsminister Erhard, unversehens von den Trümmern der Akropolis vor die Trümmer seines Krisen-Programms gestellt, hatte dem Überraschungsangriff wenig mehr als grundsätzliche Erwägungen und seinen Ruf nach möglichst marktkonformer Politik entgegenzusetzen.

Erst als Konrad Adenauer bereits wieder beim Bocciaspiel angelangt war, hatte sich die „Gruppe Erhard" in Bonn so weit gefaßt, daß sie die scharfe Attacke auf das Prestige des Vizekanzlers mit einem verspäteten Florettstich zu parieren versuchte. Erhard-Freund Schmücker von der CDU benutzte dazu das Ergebnis der neuesten Meinungsbefragung des Emnid-Instituts.

Schrieb Kurt Schmücker im Deutschland-Union-Dienst der Partei: „81 Prozent aller Befragten sagen ja zu Erhards Wirtschaftspolitik. Das ist angesichts der ernsten Strukturkrise im Steinkohlenbergbau und der Haltung der Gewerkschaften ein deutlicher Vertrauensbeweis."

KONJUNKTUR

Die falsche Spritze

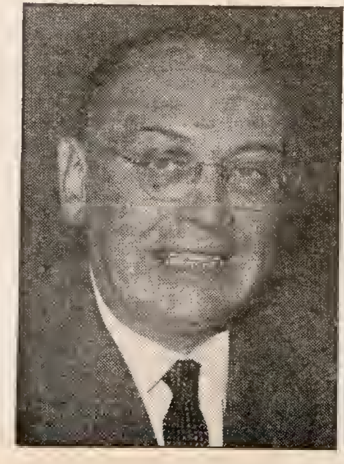
Ein knappes halbes Jahr nachdem die bundesdeutsche Wirtschaft einer Absatzkrise größeren Ausmaßes entgegenzugehen schien, stehen Westdeutschlands Konjunkturpolitiker überraschend vor der Frage, wie sie den neuerlichen Anzeichen einer konjunkturellen Überhitzung entgegentreten sollen. In Bonn trat vorsorglich ein Gutachtergremium zusammen, um die inflationären Gefahrenherde im traditionell nervösesten westdeutschen Industriezweig zu lokalisieren: in der Bauindustrie.

Das Gremium, dessen Mitglieder sich am vorletzten Montag in Ludwig Erhards Amtssitz Bonn-Duisdorf einfanden, trägt offiziell den Namen Konjunkturrat, kurz „Konrat" genannt. Konrat zählt indes nicht den westdeutschen Bundeskanzler zu seinen Mitgliedern, vielmehr sind in diesem 1956 gegründeten Ausschuß Experten der Bundesministerien für Wirtschaft und Finanzen sowie der Frankfurter Bundesbank vereint. Immer dann, wenn der Geschäftsgang der westdeutschen Wirtschaft in irgendeiner Hinsicht zu wünschen übrigläßt, treten sie unter Vorsitz des Staatssekretärs im Bundeswirtschaftsministerium, Professors Dr. Alfred Müller-Armack, zusammen, um Abhilfe zu schaffen.



Staatssekretär **Müller-Armack**
Verklemmungen am Baumarkt

Anlaß zu der mehrstündigen Beratung in Ludwig Erhards Amtssitz war eine Kontroverse zwischen der Bundesbank in Frankfurt und Bonner Ministerien (Finanzen und Wohnungsbau) über die Entwicklung der Bauindustrie. In ihrem Juli-Monatsbericht hatte die Bundesbank vorwurfsvoll erklärt: „Die Wohnungsbaukonjunktur hat sich seit dem Frühjahr dieses Jahres nicht nur erheblich weiterverstärkt, sondern darüber hinaus den Charakter eines ausgesprochenen Booms angenommen . . . Insonderheit . . . ist der wenig glückliche Einfluß der öffentlichen Wohnungsbaupolitik zu erwähnen . . . Unerläßlich ist es unter den heutigen Bedingungen nun einmal, daß sich die öffentliche Hand bei ihren eigenen Bauinvestitionen eine stärkere Zurückhaltung auferlegt."







Konjunkturmacher **Etzel, Lücke, Blessing:** Diskontsignal aus Frankfurt

In der Tat hatten das Finanz- und das Wohnungsbauministerium in Bonn aus Sorge um die Konjunktur Ende vergangenen Jahres größere Zuschüsse zum sozialen Wohnungsbau als bisher mobilisiert. Durch den verstärkten Einsatz öffentlicher Gelder sollten notfalls die von den Ruhrzechen und in anderen Branchen entlassenen Arbeiter von der Bauwirtschaft übernommen werden.

In den Bergbaurevieren türmten sich bereits damals 13 Millionen Tonnen unverkäuflicher Steinkohle auf den Halden. Die Textilindustriellen meldeten „weiße Halden" nach Bonn; um die Produktion zu drosseln, hatten die Textilfabrikanten vielerorts Kurzarbeit einführen und 70 000 Arbeitskräfte entlassen müssen. Die Eisen- und Stahlindustrie geriet in die stärkste Absatzflaute seit Kriegsende und konnte ihre Ofenkapazität nur zu 70 Prozent ausnutzen. Der Rückschlag in diesen drei Schlüsselindustrien, so fürchteten die Bonner Konjunkturbeamten, könnte sich auf die übrigen Zweige der Wirtschaft ausdehnen und die Beschäftigungslage nachhaltig verschlechtern.

Im Verein mit den Bausparkassen und Hypothekensammelstellen, die zur Konjunkturstützung aufgefordert wurden, schleusten Bund und Länder deshalb mehr Geldmittel als je zuvor in den Baumarkt. Die Sparkassen und Kapitalsammelstellen hatten 1958 Zusagen für Wohnungsbauhypotheken in Höhe von monatlich 507 Millionen Mark erteilt. In jedem Monat des ersten Halbjahres 1959 steigerten sich die Zusagen auf rund 700 Millionen Mark. Bund und Länder stellten für das laufende Jahr öffentliche Mittel in Höhe von etwa vier Milliarden Mark bereit.

Begünstigt vom Wetter, das einen ungewöhnlich frühen Baubeginn ermöglichte, lief die Baumaschinerie denn auch schon im Frühjahr auf vollen Touren. Bereits im April und Mai lag der sogenannte Bauproduktions-Index — laut Bundesbankbericht „hauptsächlich unter dem Einfluß der Wohnungsbautätigkeit" — um nahezu 15 Prozent über den vergleichbaren Vorjahresziffern.

Die Konjunkturspritze hatte zur Folge, daß die Bauwirtschaft im Monat Mai alle bisher erzielten Rekorde überbot. Hatte im Boomjahr 1956 die Bauproduktion die Indexspitze von 260 Punkten (1936 = 100) erreicht, so kletterte sie im Mai auf 272 Punkte.

Zugleich zeigte sich, daß die Textil- und Stahlflaute entgegen allem Pessimismus der Unternehmer nicht von Dauer war. Die Textilindustrie erlebte ein Frühjahrsgeschäft wie nie zuvor. Im ersten Halbjahr 1959 lag der Auftragseingang um 29 Prozent über dem Vorjahreswert, und der Gesamtumsatz wuchs auf 6,74 Milliarden gegenüber 5,5 Milliarden im ersten Halbjahr 1958 an. Der weiterhin rapide zunehmende Stahlbedarf der Automobilindustrie und beträchtliche Vorratskäufe ausländischer Kunden bescherten auch den Stahlwerken an der Ruhr wieder volle Auftragsbücher; im Juli lag die westdeutsche Rohstahlerzeugung 18,5 Prozent höher als im Vorjahr.

Alle anderen Bereiche der westdeutschen Wirtschaft profitierten ebenfalls von dem Konjunkturfrühling. Der Auftragseingang der gesamten westdeutschen Industrie überstieg den Vorjahresbestand um 16,3 Prozent. Die Auslandsaufträge nahmen sogar um 20,9 Prozent zu. Ob Grundstoff-, Verbrauchs- oder Investitionsgüterindustrie, der Umsatztrend wies deutlich nach oben.

Wenn auch die Bonner Konjunkturpolitiker nun immerhin anführen konnten, daß dieser erfreuliche Aufschwung aus dem Konjunkturtief nicht exakt vorauszu-

sehen war, so wirft die Bundesnotenbank ihnen immerhin vor, daß schon die Situation am westdeutschen Kapitalmarkt jegliche Stimulierung des Wohnungsbaus erübrigt hätte. Angesichts der nachhaltigen Zinssenkungen — der Hypothekenzins sank binnen zwei Jahren von 8,5 auf 5,5 Prozent — und der allgemeinen Kapitalfülle bei den Sparkassen und Bausparkassen habe man für dieses Jahr ohnehin mit einer kräftigen Belebung der Bautätigkeit rechnen können.

Kritisierte die Bundesbank: „Um so mehr hätte es nun einer flexiblen Wohnungsbaupolitik entsprochen, wenn man für das laufende Jahr . . . die offizielle Förderung des Wohnungsbaus eingeschränkt hätte . . . Für den Baumarkt ergibt sich die — konjunkturpolitisch alles andere als erwünschte — Konsequenz, daß die durch die Zins- und Kapitalmarktentwicklung induzierte Erweiterung des Wohnungsbaus mit der Ausdehnung der öffentlichen Wohnungsbauförderung kumulierte und infolgedessen Spannungen schuf, die am besten dadurch charakterisiert werden, daß Ende Juni dieses Jahres 16 000 als arbeitslos registrierten Bauarbeitern 55 000 Stellenangebote in der Bauwirtschaft gegenüberstanden."

Die mangelhafte Koordinierung innerhalb der christdemokratischen Wohnungsbaupolitik könnte in den kommenden Monaten, so fürchtet die Bundesbank, das gesamte Preisniveau in Mitleidenschaft ziehen, denn die Bauwirtschaft erreicht ihre Höchstspannung erst im September und Oktober. Bereits heute können vor allem private Bauherren nur noch sehr schwer und nur nach Zahlung kräftiger Aufpreise einen Bauunternehmer finden.

Wie schlecht auch öffentliche Bauprojekte zu placieren sind, verrät ein Erlaß des niedersächsischen Finanzministeriums, in dem es heißt: „Der geringe Umfang der Beteiligung an öffentlichen Ausschreibungen der letzten Zeit und die Höhe der Angebotspreise lassen erkennen, daß die Kapazität der Bauwirtschaft weitgehend ausgeschöpft ist." Wegen der versteiften Lage am Baumarkt sahen sich auch Frankfurts Stadtkämmerer genötigt, bei einem 20-Millionen-Auftrag von vornherein die von der Bauunternehmung festgesetzten Baukosten mit einem sechsprozentigen Aufschlag zu kalkulieren.

Das effektive Ausmaß der Baupreiserhöhungen ist jedoch äußerst schwierig zu ermitteln. So veröffentlicht beispielsweise die Wirtschaftsvereinigung Bauindustrie e. V. in Düsseldorf weder absolute Preisveränderungen noch die absolute Zahl derjenigen Firmen, die in den vergangenen Monaten ihre Preise heraufgesetzt haben. Der Interessenverband der Bauindustrie stellte lediglich in Prozentzahlen solche Firmen, die ihre Preise erhöht haben, jenen Firmen gegenüber, deren Baupreise gesunken sind.

Trotz dieser verschleierten Rechnung, die der Vereinigung offenbar ratsam erscheint, geht aus der Statistik hervor, daß etwa im Monat Mai die Zahl aller Firmen, die ihre Wohnungsbaupreise erhöhten, um 20 Prozent größer war als die Anzahl derer, die ihre Preise ermäßigten. Im sogenannten Industriebau betrug diese Ziffer im Mai 25 Prozent und im öffentlichen Hochbau sogar 26 Prozent. Nicht erfaßbar sind qualitative Minderleistungen, die Bauherren in Boomzeiten erfahrungsgemäß hinnehmen müssen.

Nicht zuletzt wegen der Gefahr weiterer Preissteigerungen in der Bauwirtschaft sah sich deshalb die Bundesbank am Donnerstag letzter Woche veranlaßt, den für alle Bankzinsen maßgeblichen Diskontsatz von $2^3/_4$ Prozent auf drei Prozent heraufzusetzen. In der Begründung dieser Maßnahme spielten die Notenbankiers deutlich auf den überhitzten Baumarkt an: „Die Bundesbank . . . hofft, daß wirtschaftspolitische Maßnahmen, so vor allem die Streckung und bessere zeitliche Verteilung der öffentlichen Bauaufträge und Bauförderungsmaßnahmen, dazu beitragen werden, die bestehenden Spannungen zu mildern."

Der Vorwurf, diese Folgen der Bau-Überhitzung selbst heraufbeschworen zu haben, veranlaßte Bundesfinanzminister Etzel und Wohnungsbauminister Paul Lücke, den Währungshütern der Frankfurter Notenbank einen Besuch abzustatten. Gerade der Minister Paul Lücke hatte die Kritik der Notenbankiers heftig verstimmt. In einer Veröffentlichung seines Hauses verteidigte er sich: „Es kann nicht überraschen, daß bei der hohen Beanspruchung der vorhandenen Baukapazität hier und dort Spannungen und Verklemmungen aufgetreten sind und noch auftreten." Es sei jedoch falsch, „daß von einer generellen Erhitzung oder Überhitzung der Bauwirtschaft gesprochen werden könne".



Lübke-Verehrer Sierp
Gartenlaube

Bei seinem Besuch in Frankfurt erklärte Paul Lücke gegenüber den Argumenten des Notenbankpräsidenten Karl Blessing, daß seiner Meinung nach allgemeine preis- und konjunkturpolitische Fragen des Wohnungsbaus zweitrangig seien. Das sozialpolitische Anliegen der Wohnungsbaupolitik sei primär, bedeutete der Minister seinen Gesprächspartnern.

Diese These Bonns, die dem westdeutschen Wohnungsbau vornehmlich die Rolle eines Zahl- und Wahlschlagers der CDU-Wirtschaftspolitik anweist, wurde in Frankfurt unbeirrt mit der Diskonterhöhung quittiert. Auch im Konjunkturrat unter Müller-Armack konnte man sich zu Lückes Auffassung nicht recht verstehen. Müller-Armack erklärte, es sei ratsam, den derzeit überhitzten Baumarkt durch gezielte Maßnahmen unter Kontrolle zu bringen.

Erhards Staatssekretär empfahl der öffentlichen Hand, die starken Beschäftigungsschwankungen im Baugewerbe durch bevorzugte Ausschreibungen in den Wintermonaten auszugleichen. Er meint allerdings: „Zwingen können wir ja niemanden, das Gelingen hängt vom guten Willen der Auftraggeber ab."

LÜBKE

Das Festival

Der Bundesernährungsminister Dr. h. c. Heinrich Lübke, designierter Bundespräsident, hat alle Zweifler Lügen gestraft, die nach seiner Wahl in das höchste Amt des Staates meinten, dem „grünen Heinrich" gebreche es ob seiner Bescheidenheit doch wohl am Sinn für Repräsentation, wie er für diesen Posten notwendig sei. Lübke aber ließ erkennen, daß es ihm geradezu Freude macht, sich öffentlich zur Schau zu stellen.

Vor wenigen Wochen überraschte der Minister seine christlich-demokratischen Parteifreunde im nordrhein-westfälischen Dinslaken mit dem Wunsch, sich von der Bevölkerung seines Wahlkreises Dinslaken-Rees, der ihn vor sechs Jahren und dann wieder vor zwei Jahren in den Bundestag delegierte, mit einem Festakt zu verabschieden. Weil er als Abgeordneter „für alle, auch für politisch Andersdenkende dagewesen sei", solle die erbetene Abschiedsvorstellung möglichst mit Unterstützung aller Parteien und auch der ortsansässigen Vereine bewerkstelligt werden.

Die Dinslakener CDU trug dem Lübke-Wunsch nach Überparteilichkeit beflissen Rechnung. Eine praktische Lösung bot sich zwanglos an: Die Christdemokraten baten den Vorsitzenden des unpolitischen Dinslakener Heimatvereins, den Apotheker Elmar Sierp, eine würdige Lübke-Feier auszurichten.

Der Pharmazeut griff freudig nach der Chance, das Vereinsleben mit einem so ehrenvollen Auftrag zu krönen, und lud zunächst die beiden bedeutendsten Kommunalpolitiker Dinslakens zu einem Informationsgespräch in seine Gartenlaube: den Bürgermeister Willy Lantermann und den Oberkreisdirektor Richter.

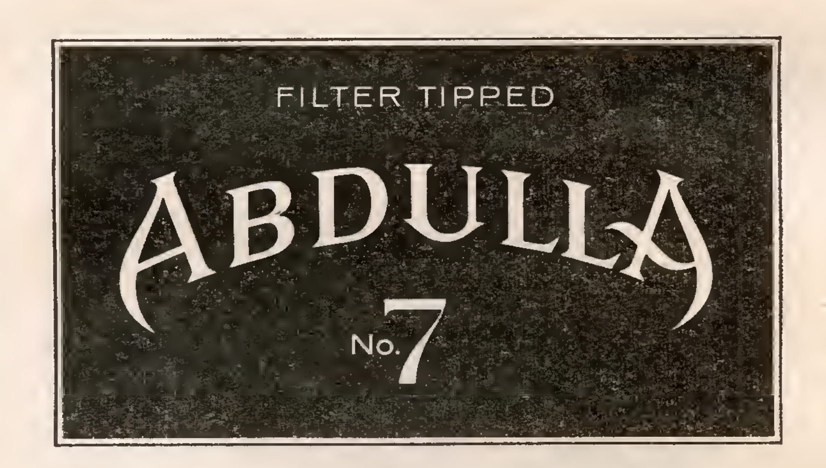
Indes, beide Herren zeigten sich wenig kooperationswillig, denn sie sind Sozialdemokraten. Lantermann überdies war bei den letzten Bundestagswahlen gegen Lübke in direktem Wahlgang unterlegen und verdankt es nur dem Institut der Landesliste, daß er doch noch in den Bundestag gekommen ist. Er machte in der Sierpschen Gartenlaube kein Hehl daraus, daß er an dem Abschiedsrummel für seinen politischen Rivalen nicht mitzuwirken gedenke.

Er hatte auch starke Bedenken gegen den Vorschlag, dem Heinrich Lübke bei seinem Abschiedsfest gar die Ehrenbürgerschaft Dinslakens anzutragen. „Man muß", empfahl der Bürgermeister, „bei der Verleihung des Ehrenbürgerrechts sehr vorsichtig sein." Hat doch Dinslaken bisher keine glückliche Hand bei der Ehrenbürger-Auswahl gehabt: Sein einziger Ehrenbürger war Großdeutschlands Reichsmarschall Hermann Wilhelm Göring.

Apotheker Sierp war jedoch nicht der Mann, der sich durch eine solche Reserve, die ganz offensichtlich parteipolitisch gefärbt war, hätte entmutigen lassen. Unverdrossen bat er die Dinslakener Vereine zu einer Konferenz, um unter ihnen für eine Teilnahme an der „Verabschiedung des neuen Bundespräsidenten" zu werben.

Obwohl es 64 Vereine in der Stadt gibt, erschienen nur 20 Vertreter. Die Abgesandten der Sportvereine und der Gewerkschaften waren nicht gekommen, nachdem die Sozialdemokraten ausgestreut hatten, die CDU bediene sich des Heimatvereins, um eine Propaganda-Schau für sich selbst zu veranstalten.

Doch auch die meisten der 20 Vereinsdelegierten vermochte Veranstalter Sierp nicht zur Beteiligung an der Lübke-Feier zu überreden. Am nächsten Tage hagelte



EXCELLENT QUALITY

10 Pf



Die Abdulla Cigarette

im interkontinentalen Geschmacks-Typ

ABDULLA	EGYPTIAN BLEND 16	par excellence · goldtipped · 16 Pf
	TURKISH Nr. 5	export size · plain · 12½ Pf
	FILTER TIPPED Nr. 7	continental size · genuine cork · 10 Pf

es Absagen: Die Sängerinnen und Sänger des Volkschors Dinslaken lehnten es einstimmig ab, Heinrich Lübke zu verabschieden, wofür der Apotheker Sierp die Erklärung parat hatte: „Da sind viele Linksradikale drin." Die Sängervereinigung Dinslaken, politisch schwieriger einzuordnen, sang aber — gegen drei Stimmen — das gleiche Lied.

Diese ungute Entwicklung hatte den Apotheker Sierp nun doch verschreckt. Eilends reiste er nach Belgien in Lübkes Urlaubsort Spa, um von der Widerborstigkeit der Dinslakener zu berichten und neue Direktiven einzuholen. Lübke ließ es sich nicht verdrießen: Er gab dem Heimatvereins-Chef Sierp einen Brief mit, in dem er seine Wahlkreis-Bürger beschwor, ihn einträchtig zu verabschieden, da er doch „für alle dagewesen sei".

Und: „Ich möchte ausdrücklich betonen, daß ich darum gebeten habe, nicht in einer parteipolitischen Veranstaltung verabschiedet zu werden, weil ich das mit meinem neuen Amt nicht mehr vereinbaren kann. Wenn ich am 29. August in Dinslaken bin, werde ich meine Ämter niedergelegt haben."



Lübke, Kleingärtner, Fahne: Gleichnis vom trockenen Gemüse

Aber selbst dieser schriftlich fixierte Wunsch des künftigen Bundespräsidenten vermochte die Eintracht der Parteien nicht herzustellen. Stadtrats-Fraktion und Ortsvereins-Vorstand der SPD in Dinslaken lehnten eine Teilnahme am Lübke-Fest endgültig ab, weil „die am 29. August 1959 vom Heimatverein aufgezogene, angeblich neutrale Veranstaltung eine politische Veranstaltung bleibt, auch wenn man einen unpolitischen Veranstalter vorgeschoben hat".

SPD-Oberkreisdirektor Richter wollte dem neuen Staatsoberhaupt aber doch entgegenkommen. Er fuhr am 26. August zu Lübke nach Bonn und überredete ihn zu einem Kompromiß. Danach sollten die Feierlichkeiten auf den 13. September verschoben und die Vorbereitungen dazu von einem Kuratorium mit Vertretern aller Parteien getroffen werden.

Bei solcher Lösung wäre Pharmazeut Sierp um die Chance gekommen, Veranstalter des Festes zu sein. Er ließ Lübke wissen, die Vorbereitungen für den 29. August seien bereits so weit gediehen, daß eine Verschiebung nicht mehr möglich sei. Lübke sah das ein, und so scheiterte sein erster Versuch, sich von überparteilicher Runde feiern zu lassen. Das Dinslakener Lübke-Festival mußte auf Oppositionsvertreter verzichten.

Das Abschiedsfest begann im Dinslakener Vorort Lohberg. 300 Schrebergärtner waren zusammengeströmt, um ihre Vereinsfahne von dem künftigen Präsidenten weihen zu lassen. Väterlich-gütigen Blicks legte Lübke seine Rechte auf ein grünes Fahnentuch aus Samt und Seide und erhob es mit dem Weihespruch „Das schönste Wappen auf der Welt ist der Spaten in unserem Gartenfeld" zum Panier des Lohberger Schrebergartenvereins „Am Fischerbusch".

Lübke nutzte die Gelegenheit, volksnahe nationalökonomische Hinweise zu geben. Eine Hausfrau, sagte der Minister, der im Schrebergarten das Gemüse vertrocknet sei, könne besser verstehen, warum die Gemüsepreise steigen, als eine Hausfrau ohne Garten.

Nach solcherlei Bekundungen wurde Heinrich Lübke in einem Pferdewagen von zwei Rappen durch die Straßen in Richtung Dinslaken gezogen. Nur wenige nahmen Notiz von dem Mann, der ihnen in quer über die Straße gespannten Transparenten als der „neue Bundespräsident" angekündigt worden war.

Auf der Freilichtbühne des Burgtheaters begann das eigentliche Fest, das Lübke ersehnt hatte. Irritiert ließ er die Huldigung des Dinslakener Industriellen Meyer über sich ergehen, der ihn mit „Herr Bundespräsident" begrüßte und ihm als Mitglied des Adenauer-Kabinetts dankte, daß dank seiner Interventionen kein Truppenübungsplatz im Dinslakener Kreis eingerichtet worden sei.

Im Vereinslokal der Dinslakener CDU „Zum schwarzen Ferkel" wurde der hohe Gast am Abend von seinen Parteifreunden abgefeiert. Auf „besonderen Wunsch" des Ministers Lübke nahm an dem CDU-Internum auch der Vorsitzende des unpolitischen Heimatvereins Dinslaken, Apotheker Elmar Sierp, teil, der die feierliche Lübke-Verabschiedung allen Widerständen zum Trotz organisiert und die Bildung eines überparteilichen Festkuratoriums verhindert hatte. Der Heimatkundler ist eingeschriebenes Mitglied der CDU.

BREMEN

Saubere Schau

Die 2500 festlich gestimmten Hanseaten, die sich am frühen Morgen des letzten Augustsonntags auf der Bremer Bürgerweide in einem Zelt versammelt hatten, um den Beginn der 12. Landes-Ausstellung „Landwirtschaft und Wirtschaft" mitzuerleben, rutschten auf ihren Holzsitzen ungeduldig hin und her: Der Festredner war überfällig. Seit zwanzig Minuten harrte das Festvolk auf Bremens Oberhaupt Wilhelm Kaisen.

Der sozialdemokratische Landesvater trabte derweil zu einem ersten Inspektionsgang über das Ausstellungsgelände. Der programmwidrige Abstecher war eine Idee des bremischen Ex-Senators Andree Bölken, alleinigen Gesellschafters der Bremer Messe- und Ausstellungs-Gesellschaft mbH, der Kaisen an der Eingangspforte abgefangen hatte. Ziel der beiden Herren war ein Zelt, das Kaisen hernach als „Knüller" des Unternehmens zu rühmen wußte: die Sonderschau der sogenannten Deutschen Demokratischen Republik.

Unter einer breitwandigen Photomontage „10 Jahre Deutsche Demokratische Republik" spazierte Ehrengast Kaisen an insgesamt sechzehn Ständen staatlicher DDR-Handelsgesellschaften vorbei, die dem Ruf des „Ausschusses zur Förderung des deutschen Handels e. V." bereitwillig ins westliche Bremen gefolgt waren.

Was Ausstellungschef Bölken sich gedacht hatte, als er — „zu genau denselben Bedingungen wie bei allen anderen Ausstellern" — den volkseigenen Handelsleuten aus der DDR ein ganzes Zelt einräumte, legte er im Ausstellungskatalog so dar: „Diesen Entschluß haben wir gefaßt, weil wir der Meinung sind, daß durch freien gemeinschaftlichen Handel und Wandel eine politische Verständigung zu erreichen ist."

Als Sonntagsredner Kaisen schließlich vor die immer noch wartende Festversammlung trat, resümierte er seinen Rundgang-Eindruck: „Das Leben geht weiter. So ist es zu verstehen, daß im Rahmen des Interzonenhandels eine Erscheinung wie die Sonderschau auftritt."

Freilich, warnte Kaisen bundestreu, müsse alles unterlassen werden, was dazu beitragen könne, daß die Sowjetzone als Staat anerkannt wird, doch sei die bremische DDR-Ausstellung eine „saubere und ordentliche Schau", die von den „Leistungen deutscher Arbeiter" künde. Die Versammlung klatschte Beifall.

Das war am Sonntag. Am Montag gab Kaisen kund, er vertrete seit Wochen die Meinung, die DDR-Sonderschau sei in Bremen „politisch nicht erwünscht". Am Dienstag distanzierte sich der bremische Senat „in Übereinstimmung" mit der Auffassung seines Präsidenten Kaisen „von dem unverantwortlichen Verhalten der Ausstellungsleitung". Der Senat stelle sich, so hieß es in einer amtlichen Erklärung, „in der Frage der Nichtanerkennung eines zweiten deutschen Staates hinter die Auffassung der Bundesregierung". Am Mittwoch zählten die DDR-Händler in ihrem Bremer Zelt den zweihunderttausendsten Besucher.

Die selbst für einen hanseatischen Sozialdemokraten verblüffende Osttoleranz, die

Alt-Bürgermeister Kaisen anfangs zur Schau getragen hatte, läßt sich durch den Umstand erklären, daß nicht wenige bremische Kaufleute darum bemüht sind, Ostdeutschland und Osteuropa wieder wie einst mit ihren Importwaren zu beliefern. Knapp sechs Wochen vor den Bremer Wahlen sah Parteistratege Kaisen keinen Anlaß, solche potentiellen und potenten Gefolgsleute zu verprellen.

Den ersten Kontakt zwischen privaten Bremer Kaufherren und staatlichen Wirtschaftsfunktionären der Sowjetzone hatte der — paritätisch aus Ost- und Westdeutschen gebildete — Ausschuß zur Förderung des deutschen Handels im Februar 1958 bei einem „Wirtschaftsgespräch" im Bremer „Essighaus" vermittelt. Erinnert sich Carl Katz, Import und Export neuer und alter Textilabfälle, Schrott und Nichteisen-Metalle, Papierabfälle: „Die ... Gespräche waren der Auftakt für eine wesentliche Erweiterung der Handelsbeziehungen zwischen den Handelsorganen der DDR und Bremen."

Zwölf Monate später, im Februar dieses Jahres, waren die Beziehungen so weit gediehen, daß sich einige Kaufleute von der Weser nach Ostberlin aufmachten, wo bei einem neuerlichen „Wirtschaftsgespräch" im Hotel Johannishof — so Katz — der Entschluß gefaßt wurde, „Bremen, seine Kaufmannschaft, aber auch die gesamte Bevölkerung für das Warensortiment der DDR durch eine Leistungsschau im Rahmen der Landesausstellung besonders zu interessieren ..."

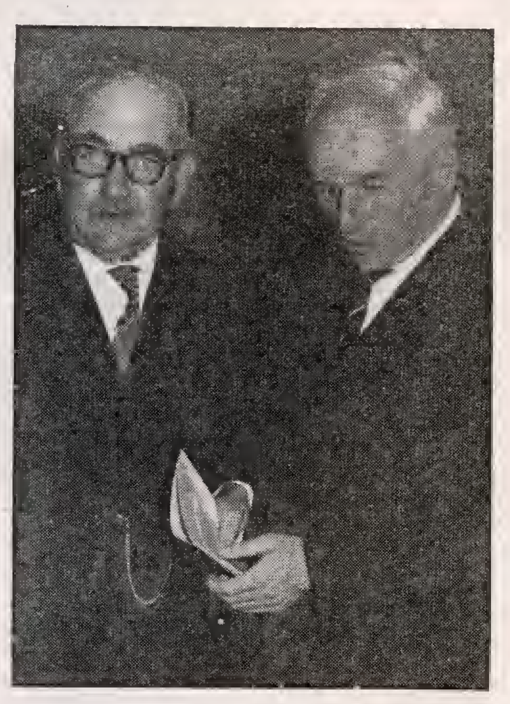
So konnte Aussteller Andree Bölken, der als ehemaliger Christdemokrat („das war ich nur vorübergehend") einmal bremischer Senator für Ernährung und Landwirtschaft gewesen war, seine Ansicht, „daß eine politische Verständigung am ehesten zustande kommt, wenn Handel und Wandel die ersten Brücken schlagen", in die Tat umsetzen. Bölken: „Die DDR-Sonderschau wird ein ganz besonderer Anziehungspunkt sein für ganz Westdeutschland, wie die diesjährige Ausstellung der Sowjet-Union in New York und wie die Sonderschau Amerikas heute in Moskau. Wir sind der Überzeugung, daß wir Kaufleute mit unseren lebensnahen Ideen recht behalten werden."

Auch die DDR-Funktionäre hielten Bölkens Argumente für durchaus lebensnah. Rudolf Schenner, stellvertretender Generaldirektor eines DDR-Staatsbetriebs und Zweiter Vorsitzender der „Gruppe Ost" im Ausschuß zur Handelsförderung: „Ich glaube ohne Übertreibung sagen zu können, daß die Wirtschaft der Hansestadt ein gutes Beispiel dafür gab, wie man die Kontakte unter uns Deutschen in Ost und West verstärken kann, um sich gegenseitig besser verstehen- und kennenzulernen ... Vierzehn Jahre leben wir nun in einem geteilten Deutschland und wissen, daß der Handel zwischen beiden deutschen Staaten durch einseitige Maßnahmen der westdeutschen Regierung eingeengt wird ... Mit tiefer Genugtuung konnten wir feststellen, daß sich die Kaufleute aus Bremen mit ihren Geschäftspartnern aus der DDR in den Fragen einig waren, worauf die Schwierigkeiten im innerdeutschen Handel zurückzuführen sind und auf welche Weise sie beseitigt werden müßten" — beispielsweise durch eine Ausstellung von DDR-Erzeugnissen auf Bremens Bürgerweide.

Die geplante Bölken-Schau fand freilich nicht nur das wohlwollende Interesse von Wirtschaftskreisen, die hofften, daß alte Handelstraditionen neu belebt werden könnten; sie gab auch der kleinen bremischen Deutschen Partei (DP), die als einzige in Opposition zu Kaisens SPD-CDU-FDP-Senat steht, endlich eine Gelegenheit, noch rechtzeitig vor der Oktober-Wahl auf erfolgversprechenden Stimmenfang zu gehen. In einem siebenblättrigen Telegramm beschuldigten die Deutschparteiler den parteilosen Senator a. D. Bölken, sich für eine „Veranstaltung der staatlich gelenkten Wirtschaft der Sowjetzone" herzugeben und ein Bild der Sowjetzone zu zeigen, das mit den Tatsachen nicht übereinstimme.

Der Lärm der DP war bis nach Bonn und Cadenabbia zu hören. Aus Bonn telegraphierte Außenamts-Staatssekretär van Scherpenberg an Bölken, durch die DDR-Sonderschau würden „wichtige außenpolitische Interessen gefährdet", in Cadenabbia empfahl Konrad Adenauer — laut Bremer „Weser-Kurier" — gar ein Eingreifen der Polizei auf der Bürgerweide.

Doch den Aussteller Bölken — Hersteller von „Bölken's Trockenkuhdung" — genierte das nicht: „Ich habe meine Verträge, und an die halte ich mich." Tatsächlich hat das Land Bremen keine Möglichkeit, gegen Bölkens Messe- und Ausstellungs-GmbH vorzugehen. Als vor einiger Zeit die saarländische Regierung den DDR-Pavillon einer Ausstellung an der Saar polizeilich schließen ließ, hob ein Verwaltungsgericht diese Verfügung auf. Grund: Die Landesregierung besitze keine rechtliche Handhabe für ein solches Eingreifen.



Festredner **Kaisen**, Aussteller **Bölken**
Lebensnahe Ideen

Immerhin hielt es Senatspräsident Kaisen für ratsam, sich die Sympathie seiner christdemokratischen Koalitionsgenossen nicht zu verscherzen, die nach einigem Zögern in das Protesthorn tuteten: „Die CDU bedauert, daß trotz der Warnung der Bundesregierung die Plakatierung der sogenannten DDR durch die Ausstellungsleitung aufrechterhalten worden ist und daß der Präsident des Senats unter diesen Umständen die Ausstellung eröffnet hat." Kaisen unterschrieb die Rüge, daß Bölken, an dessen Seite er durch die DDR-Schau spaziert war, sich „unverantwortlich" verhalten habe.

Nicht ohne Prophetie hatte Kaisen zuvor in sein Katalog-Grußwort geschrieben, die Ausstellung biete „eine unerschöpfliche Fundgrube für Anregungen aller Art".

BADEN-WÜRTTEMBERG

Im März zu kalt?

Die gestärkt und gebräunt aus dem Sommerurlaub zurückgekehrten Minister und Landtagsabgeordneten des Bundeslandes Baden-Württemberg können ihre Amtsgeschäfte in dem angenehmen Bewußtsein wieder aufnehmen, das nächste Halbjahr ungestört von lästigen Wahlschlachten auf Parlaments- und Regierungssesseln verbringen zu dürfen, wiewohl ihnen die Verfassung des Südweststaats solche Ruhe eigentlich nicht gönnt: Nach Artikel 30 der Verfassung müßten vor Ablauf der Legislaturperiode — am 31. März — Neuwahlen stattfinden.

Das Stuttgarter Parlament wird jedoch in gewohntem Einvernehmen mit der Allparteien-Regierung per Verfassungsänderung den Wahltermin aus den harschen Märztagen in den Frühsommer verschieben: Der Beginn der Legislaturperiode des neuen Landtags wird auf den 1. Juni vertagt, und gewählt wird nicht, wie die Verfassung es vorschreibt, *vor* Ende der letzten Legislaturperiode, sondern binnen 60 Tagen *nach* deren Ende. Niemand in Stuttgart zweifelt daran, daß der Staatsgerichtshof, der um eine Stellungnahme gebeten worden ist, diese Manipulation des Wahltermins für gut und Rechtens befinden wird.

So wird das Bundesland Baden-Württemberg voraussichtlich vom 31. März bis zum 31. Mai nächsten Jahres kein Parlament und nur eine geschäftsführende Regierung haben; und das alles, weil die vier staatstragenden Parteien in Südwestdeutschland — CDU, SPD, FDP/DVP und GB/BHE — überzeugt sind, daß Wahlen während der ersten drei Monate des Jahres ungünstig seien. Das verfassungsändernde Gesetz, als Initiativ-Entwurf von 54 Abgeordneten aller Fraktionen eingebracht, soll Ende September verabschiedet werden, ein positives Votum des Landtags ist — laut „Stuttgarter Zeitung" — „absolut gesichert".

Anlaß des leichthändigen Manipulierens an der Verfassung ist die Überzeugung der Parteien, daß bei einer Wahl im ersten Jahresviertel Stimmenfang und Stimmabgabe durch unpolitische Einflüsse ernsthaft behindert werden: durch Karneval, Konfirmation und Schnee.

Schon im Winter 1955/56 war es der Kummer der für Wahlkreise auf der Schwäbischen Alb und im Schwarzwald nominierten Parteiredner, Witterungsunbilden zum Trotz hochgelegene Versammlungssäle erreichen zu müssen. Außerdem glaubten manche Abgeordnete zu spüren, daß ihr Wahlvolk trotz aller rhetorischen Bemühungen mit den Gedanken woanders war, nämlich bei den Vorbereitungen zur schwäbischen „Fasnet" oder Fastnacht, die im Februar oder im März ihren Höhepunkt erreicht.

Zusätzliche Schwierigkeiten ergaben sich bei der Bestimmung des Wahlsonntags: Die evangelischen Landeskirchen von Württemberg und Baden konfirmieren ihre jungen Gemeindemitglieder an drei oder vier Sonntagen. Solche Sonntage mit Zwangs-Kirchgang für große Familien-Clans gelten den Wahlstrategen als für den Urnengang ungeeignet.

Eingedenk solcher Erfahrungen begannen schon im Frühjahr 1959 — ein Jahr vor dem Wahltermin — Überlegungen, wie die Wahl in noch wärmere Monate zu verschieben sei. Schrieben die „Stuttgarter Nachrichten": „Jedes Mal, wenn Parlamentswahlen in unserem Lande heran-

nahen, fällt es unseren Politikern wieder ein, wie ungünstig doch der zwangsläufig durch den Ablauf der Legislaturperiode bestimmte Wahltermin im Frühjahr ist."

Das katholische „Deutsche Volksblatt" wurde schon deutlicher: „Jede Partei rechnet sich den Termin aus, der für sie am günstigsten ist... Ohne Zweifel hätte das Volk Verständnis für eine solche Maßnahme, die nur über den Weg einer Verfassungsänderung ermöglicht werden könnte..."

Ein Blick auf den kirchlichen Terminkalender für 1960 und auf frühere Wahlergebnisse könnte dem Volk allerdings das Verständnis für die Verfassungsänderung rauben: Die Fastnacht endet 1960 bereits am 1. März, konfirmiert wird am 6., 13. und 20. März, so daß der letzte Märzsonntag frei bleibt, und was schließlich die Wahlbehinderung durch Frost und Schnee anlangt, so bestehen derartige Gefahren allenfalls in acht von siebzig Wahlkreisen, die allesamt — weil hoch- und abgelegen — so sehr unter der Fuchtel ihrer geistlichen Hirten stehen, daß der CDU die Direktmandate ohnehin sicher sind, ganz abgesehen davon, daß die gerechte Natur alle Wahlredner gleichermaßen behindert.

Einen vernünftigen Grund, die Wahl nicht in dem von der Verfassung vorgeschriebenen Zeitraum abzuhalten, gibt es also nicht, und es ist nicht ausgeschlossen, daß die vier Regierungsparteien ihren Entschluß, die Wahl in den Frühsommer hinauszuschieben, noch bereuen werden.

Nutznießer der Terminverschiebung werden nämlich allenfalls zwei Parteien sein, die bisher noch nicht ins Stuttgarter Parlament vorgedrungen sind und für die jeder Zeitgewinn die Chance verbessert, diesmal doch ein Oppositionsgrüppchen in den Landtag zu entsenden.

Die eine dieser Parteien ist die Deutsche Partei, die sich südlich des Mains sehr liberal geriert, die andere ist die erst jüngst — im Juni — gegründete Badische Volkspartei (BVP), eine Vereinigung von Altbadenern, die den aus Baden, Württemberg und Hohenzollern zusammengesetzten Südweststaat auseinandersprengen möchte.

Angesichts dieses Ziels kann die neue Partei auf die Stimmen aller enragierten Badener rechnen, die nicht selten die landsmannschaftliche Bindung über alle politischen Zu- oder Abneigungen stellen. Der BVP-Vorsitzende Robert Albiez, ein Studienrat aus Karlsruhe, sieht das Land Baden schon hinter der nächsten Ecke: „Im Machtdenken der CDU zählt nur eine Münze: die Wählerstimme. Wenn durch die BVP die Bundesratsstimmen des Südweststaates gefährdet sind, beugt sich auch der Kanzler dem Recht."

Darauf wird BVP-Albiez wohl auch nach der Wahl noch ziemlich lange warten müssen; immerhin, eine Umfrage der Allensbacher Meinungsforscher ergab, daß die Aussichten der BVP, ein paar Oppositionelle in den Landtag zu bringen, so schlecht nicht sind. Das Demoskopie-Institut ermittelte, daß sich in Baden bei einer Volksabstimmung eine Mehrheit für die Wiederherstellung des Landes Baden finden würde, wenn die Wahlbeteiligung unter 50 Prozent bliebe. Bei größerer Wahlbeteiligung würden die Badener zwar den Südweststaatlern unterliegen, aber auch nur knapp.

Unter diesen Umständen muß die CDU in der Tat um Stimmen fürchten, zumal in den angeblich winters kaum erreichbaren Weiten des badischen Schwarzwalds und des Hotzenwalds, wo die BVP emsig wirbt, dankbar für jede zusätzliche Woche, in der sie sich stabilisieren, vermehren und der verhaßten, pro-südweststaatlichen CDU Abbruch tun kann.



Südweststaat-Chef **Kiesinger**
Zeit zum Feiern

Desungeachtet ist die überwiegende Mehrheit des Parlaments nach wie vor entschlossen, die Entscheidung des Wählers auf frühestens Ende Mai oder Anfang Juni zu verschieben, weil ihr mangels praktischer Erfahrungen kalte Witterung und Faschingsstimmung immer noch weit mehr Sorge machen als DP und BVP.

Die wenigen einsichtigen Abgeordneten, die Schnee und Kälte nicht fürchten und einen frühen Abschluß des Wahlkampfes angesichts der Regungen der beiden neuen Kontrahenten befürworten, können die Verabschiedung des Verlängerungsgesetzes nicht verhindern. Sie klammern sich an einen juristischen Hinweis des Ministerpräsidenten Kiesinger: Der Regierungschef gestand ein, daß das Karlsruher Bundesverfassungsgericht unabhängig von der Entscheidung des Stuttgarter Staatsgerichtshofes die überflüssige Verfassungsänderung für ungültig erklären kann.



Südweststaat-Spalter **Albiez**
Zeit zum Sammeln

LUFTFAHRT

FRACHTEN

Flying Enterprise

Alle westdeutschen Flughäfen erfreuen sich seit Wochen der Anwesenheit von Delegationen, die sich in den Flughafen-Gebäuden fest niedergelassen haben. Die Delegierten widmen sich mit der Genauigkeit von Buchhaltern und den Kenntnissen von Frachtexperten den Abrechnungen und Unterlagen der Deutschen Luftfrachtkontor GmbH, die auf jedem Hafen eine Filiale unterhält. Lobt der Geschäftsführer des Kontors auf Stuttgarts Flugplatz Echterdingen, Erwin Papendieck: „Kein Bücherrevisor könnte es besser. Die Leute sind phantastisch."

Die so komplimentierten Herren sind von Beruf nun freilich weder Buchhalter noch kommen sie aus der Frachtbranche. Es sind vielmehr Beamte der Kriminalpolizei, die bemüht sind, Licht in das Dunkel einer Betrugsaffäre zu bringen, deren Umfang und Folgen noch nicht abzusehen sind.

Der zuständige Stuttgarter Staatsanwalt Dr. Hommel schätzt, daß die Nachforschungen noch Monate andauern werden, und der aufsichtführende Kriminalkommissar Egetemayer ergeht sich in düsteren Prognosen: „Es ist ein ganz großer Fall. Die Ermittlungen reichen auch ins Ausland."

Das Deutsche Luftfrachtkontor, das die 38 größten deutschen Speditionsfirmen umfaßt, wurde erst am 1. Juli 1959 gegründet. Vorher waren die Frachtkontore förderalistisch aufgebaut: Luftfrachtkontor für Württemberg, für Bayern, für Hamburg. Zwar bestreiten die Kontor-Funktionäre, daß diese Straffung der Organisation mit den Recherchen der Polizei zusammenhänge, doch sind es eben die Geschäftspraktiken der einzelnen, jetzt vereinigten Kontore, die derzeit von den Ermittlungsbeamten eruiert werden.

Firmen, die ihre Waren auf dem Luftweg in andere Länder befördern lassen, haben zwei Möglichkeiten: Sie können entweder ihre Fracht direkt bei den Luftverkehrsgesellschaften anliefern oder aber einen Spediteur mit allen notwendigen Arbeiten beauftragen.

Der Auftrag an eine Spedition bringt dem Kunden neben der Arbeitsersparnis den Vorteil, von der Mitgliedschaft des Spediteurs beim Luftfrachtkontor zu profitieren: Das Kontor kann zu sogenannten Kundenraten befördern, nämlich Frachtsätzen, die um fünf bis zehn Prozent niedriger als die normalen Frachtraten der Luftverkehrsgesellschaften liegen. Die Kundenraten sind von den Speditionsfirmen gemeinsam kalkuliert und festgesetzt worden und wurden dann der IATA, der International Air Transport Association (Sitz Paris), und den ihr angeschlossenen Luftverkehrsgesellschaften gemeldet.

Während ein Fabrikant beispielsweise für zehn Kilo Fracht nach St. Louis (USA) bei Selbstversand der Fluggesellschaft 3,44 Dollar je Kilo bezahlen müßte, verlangt das Frachtkontor von ihm nur 3,18 Dollar. Dieser Preisnachlaß, den die Fluggesellschaft trägt und den das Kontor auch tatsächlich weitergibt, ist aber nur einer der zahlreichen Vorteile, die das System der Luftfrachttarife bietet.

Viel stärker als die Kundenrate fällt praktisch die sogenannte Mengenrate ins Gewicht: Bei einer Ladung von mehr als 45 Kilogramm kostet das Kilo Luftfracht nach St. Louis nur noch 2,63 Dollar, weit weniger, als die Spediteure ihren Kunden abverlangen, die sie nur von der Kundenrate profitieren lassen. Da, alle Fracht-

anmeldungen eines Flughafens bei dem jeweiligen Kontor zusammenlaufen, gelingt es häufig, Sammelladungen mit mehr als 45 Kilo zusammenzustellen.

Läßt sich diese Praxis noch als reichlich dimensioniertes Gewinnstreben begreifen, so erweckt eine andere Verdienstquelle der Kontore massive Zweifel an deren Redlichkeit. Zehn Kilo normale Luftfracht von Stuttgart nach New York kosten beispielsweise 32,20 Dollar. Übersteigt das Frachtgut-Gewicht 45 Kilogramm, so werden für zehn Kilo 24,20 Dollar berechnet. Handelt es sich zudem um ein Erzeugnis, das zu einer von 53 katalogisierten Warengruppen gehört, so verringern sich die Frachtsätze nochmals ganz erheblich (Specific-Commodity-rates): Lederwaren etwa kosten 1,21 Dollar je Kilo, was einen Zehn-Kilo-Preis von nur 12,10 Dollar ausmacht. Präzisionsinstrumente selbst 3,10 Dollar je Kilo verlangte, hatte mithin pro Kilo 1,49 Dollar verdient.

Indes, mit Beginn des Jahres 1957 trat die IATA-Bestimmung außer Kraft, wonach gemischte Sendungen zulässig waren. Wenn fortan die Spezialraten ausgenützt werden sollten, mußten von jeder Warengattung wenigstens 45 Kilogramm aufgebracht werden.

Besonders die württembergischen Spediteure sahen nach Ablauf der „Mixed Consignment Rule" einen Teil ihrer freilich immer noch recht hohen Gewinne in Gefahr, werden doch auf Stuttgarts Flughafen häufig Kleinsendungen angeliefert: Uhren aus dem Schwarzwald, Bijouterie aus Pforzheim, Kameras aus Stuttgart (Zeiß Ikon und Kodak Nagel) und aus Reutlingen (Dacora) sowie spezielle Geschäfts- und Büromaschinen, etwa von IBM in Sindelfingen.

Und in der Tat waren die Luftverkehrsgesellschaften, die in den Jahren 1957, 1958 und 1959 durch die Praktiken der westdeutschen Luftfrachtkontore ganz erhebliche Verluste einstecken mußten, niemals gewillt, ernsthaft gegen ihre Auftraggeber aufzutreten. Wie weit sie das in Zukunft tun werden, geht aus einer Episode hervor, die sich jüngst auf einem westdeutschen Flugplatz abspielte, wo die Ermittlungen in vollem Gange sind: Ein Spediteur wollte ein zerlegtes Moped als „Spielwaren" nach New York senden (für Spielwaren beträgt die Spezialfrachtrate 1,16 Dollar je Kilogramm, für Mopeds dagegen wird der Normaltarif von 2,42 Dollar berechnet) — die erste Luftfahrtgesellschaft lehnte die Unterbezahlung ab, das Konkurrenzunternehmen jedoch, die besonders bedürftige Lufthansa, der hierauf der



Frachtübernahme in Berlin-Tempelhof: Betrug, Urkundenfälschung und Transportgefährdung?

kommen auf 1,25 Dollar das Kilo, wenn mehr als 45 Kilogramm zusammenkommen. Mit am billigsten sind Autos und landwirtschaftliche Maschinen oder deren Ersatzteile.

So leicht es nun den Luftfrachtkontoren fällt, 45-Kilo-Sendungen von Waren außerhalb des Katalogs zu kombinieren, so schwer ist es, Großsendungen aus gleichartigen Waren der nochmals verbilligten Katalog-Artikel zusammenzubringen. Bis Ende des Jahres 1956 galt daher die „Mixed Consignment Rule", eine IATA-Bestimmung, wonach beliebige Warengattungen des Katalogs zu 45-Kilo-Posten kumuliert werden durften, die dann geschlossen zu den Bedingungen der teuersten Spezialrate befördert wurden.

Die Kalkulation des Kontors sah dann so aus: Mehrere Kunden bezahlten für die Verfrachtung ihrer Waren die Kundenraten — etwa für das Kilo nach Chicago 3,10 Dollar statt 3,35. Um eine Ladung von über 45 Kilo aufzubringen, faßte das Kontor Uhren, Maschinenteile und Textilien zusammen. Nun wurde von der Fluggesellschaft für die gesamte Warenmenge die Spezialrate für Uhren — 1,61 Dollar je Kilo — in Anrechnung gebracht. Das Kontor, das

Von derartigen Gütern die Mindestmenge für Spezialraten aufzubringen, gelang dem Kontor nur selten. Die Spediteursvereinigung kehrte deshalb bald zu der alten Methode zurück, die hochwertigen Sendungen mit billigen, aber schwergewichtigen Auto- und Maschinenteilen zu koppeln. Nun mußten jedoch, da gemischte Sendungen verboten waren, die Frachtpapiere gefälscht werden. Da ohnedies falsch deklariert wurde, ging man dazu über — im Verstoß auch gegen die Regelung, wie sie bis 1957 galt —, den gemischten Posten nach der billigsten, anstatt nach der teuersten Spezialrate zu deklarieren und abzurechnen.

Der Geschäftsführer Papendieck vom Stuttgarter Luftfrachtkontor ist freilich nur schwer davon zu überzeugen, daß diese Bräuche seines Unternehmens, die von der Staatsanwaltschaft unter den strafrechtlichen Gesichtspunkten des Betrugs an der Luftverkehrsgesellschaft und der Urkundenfälschung geprüft werden, anstößig seien: Man habe sich nach Ablauf der Konzession für gemischte Sendungen eben nicht so schnell umstellen können. Papendieck: „Ich kann nicht einsehen, daß das Betrug ist. Wir dachten, das sei Gewohnheitsrecht."

Transport des „Spielwaren-Mopeds" angeboten wurde, akzeptierte widerstandslos.

Den Grund solcher Großzügigkeit der notorisch defizitären Gesellschaften nennt Spediteur Bittmann aus Stuttgart, der dem Kontor nicht angehört: „Das Kontor vergibt die Sendungen nach Gutdünken. Wer mit dem Kontor flirtet, hat den Vorteil. Im übrigen ist an der Luftfracht das Geld leichter zu verdienen als in jedem anderen Geschäft."

Indes, die Polizei spürt außerdem noch anderen Verfehlungen nach, von denen weder Papendieck noch seine Kollegen bei den übrigen Kontoren behaupten können, sie seien durch Gewohnheitsrecht gedeckt: Um Frachtkosten zu sparen, nahmen es nämlich die Kontore auch mit den absoluten Gewichtsangaben auf den Warenbegleitpapieren nicht genau.

Für ein Flugzeug, seine Besatzung und seine Passagiere, ist es aber nicht gleichgültig, ob das Gewicht der Ladung korrekt berechnet ist. Jede Differenz bringt Gefahr: Die Kriminalpolizei ermittelt daher gegen die Frachtkontor-Leiter, die für falsche Gewichtsangaben verantwortlich sind, auch wegen Transportgefährdung (Verbrechen nach Paragraph 315 StGB).

Eine Arbeitsgemeinschaft von Spezialisten

„Eine Werbeagentur wie die meine stellt mit der Zusammenfassung von Spezialisten der Markt- und Meinungsforschung, der Werbeforschung, der Absatzplanung und Absatzrevision, der optischen und textlichen Gestaltung von Anzeigen, Filmen, Werbefunksendungen, Prospekten usw., der Werbemittelproduktion und des Werbemitteleinsatzes in seinen vielfältigen Formen und schließlich, aber nicht zuletzt, der umfassenden Beratung ein solches schöpferisches Potential dar, wie es heute jedes industrielle Unternehmen braucht, um sich in dem vielschichtigen Marktgeschehen zu behaupten und voranzukommen."*

Unserer Werbeagentur stellen sich ständig neue Aufgaben. Zu Ihrer Lösung und zur Erweiterung bestehender harmonischer Arbeitsgemeinschaften hält die Hanns W. Brose GmbH. stets Umschau nach Spezialisten der Markt- und Meinungsforschung, der Absatzplanung und Absatzrevision, nach starken Persönlichkeiten für die Entwicklung von Werbekonzeptionen und die Werbeberatung, nach kreativen Kräften für die Werbegestaltung in Text und Graphik, nach Mitarbeitern mit ausgeprägten organisatorischen Fähigkeiten für Werbeplanung und Werbedurchführung.

Diese Ausschreibung gilt nicht nur versierten Fachleuten mit langjähriger Praxis und Agenturerfahrung. Auch Nachwuchskräften mit gesundem Ehrgeiz und dem Wunsch nach ständiger Erweiterung ihrer Aufgaben bieten sich gute Chancen.

Schreiben Sie uns bitte, unter dem Kennwort „Eine Arbeitsgemeinschaft von Spezialisten" - wir sichern Ihnen die selbstverständliche volle Diskretion zu - schildern Sie uns Ihren Werdegang und Ihr Berufsziel, fügen Sie auch Proben Ihrer bisherigen Leistungen bei (wenn es sich um Team-Arbeit handelt, kennzeichnen Sie diese entsprechend). Über Einzelheiten werden wir uns verständigen, wenn sich ein grundsätzliches Interesse ergibt, das Gespräch mit Ihnen aufzunehmen.

BROSE

HANNS W. BROSE GMBH.

Werbeagentur GWA · Frankfurt am Main · Freiherr-vom-Stein-Straße 24-26

* aus Hanns W. Brose „Die Entdeckung des Verbrauchers"

HANDEL

PREISKAMPF

Der Uhrenspieler

(siehe Titelbild)

Der Vormittag des 20. August bescherte dem Uhren-Einzelhändler Karl Vomstein aus Frankfurt ein peinliches Erlebnis: Im vollgepackten Konferenzraum des Frankfurter Restaurants „Schultheiss im Westend“ mußte er vor rund 30 westdeutschen Journalisten seinem intimen Feind, dem Uhrenhändler Leon Lipot Weiß, einen eindrucksvollen Sieg überlassen.

Die Niederlage war für Vomstein um so schmerzlicher, als er sie selbst heraufbeschworen hatte. Zusammen mit vier Frankfurter Fachkollegen — den Uhrenhändlern Grüttert-Bosch, Fritz Christ, Friedrich Pletsch und Hans Pletsch — hatte der streitbare Vomstein nämlich am Wochenende zuvor mittels ganzseitiger Kampfinserate in der Frankfurter Lokalpresse — auch in der Stadtausgabe der renommierten „Frankfurter Allgemeinen“ — einen Feldzug wieder aufleben lassen, der als „Uhrenkrieg“ schon seit Jahren die ganze Branche in Atem hält. Dabei geht es um die Preisbrechermethoden eines einzigen Mannes, des Leon Weiß.

Seit im Februar 1955 der erste Weiß-Laden in einer Etage der Frankfurter Töngesgasse das Geschäft aufnahm, ist der westdeutsche Uhrenhandel nicht mehr zur Ruhe gekommen. Weiß begann sogleich die für Markenuhren vorgeschriebenen oder empfohlenen Endverkaufspreise zu unterbieten. Zunächst blieb er noch zaghaft und nahm ausgediente Uhren beim Verkauf einer neuen in Zahlung. Er vergütete auch für die ältesten Küchenuhren im Schnitt 15 Mark und verramschte den Plunder an Altwarenhändler.

Anfang 1957 siedelte Leon Weiß in ein Lädchen am Kleinen Hirschgraben um, das ihn nicht nur einen großen Schritt näher an die Hauptwache brachte, den Drehpunkt der Frankfurter Innenstadt, sondern auch zur Keimzelle seines raschen Aufstiegs zu einem der größten Uhren-Einzelhändler der Bundesrepublik wurde. Als Premieren-Effekt dekorierte der Spaßvogel sein Schaufenster mit den von der Uhrenfabrik Kienzle entliehenen Werbeattrappen samt aufgedruckten Verkaufspreisen, stapelte daneben haufenweise Kienzle-Uhren und verunstaltete die Plakate mit dem unfeinen Hinweis „Bei Uhren-Weiß nur DM ...“

Das stoßempfindliche Räderwerk des westdeutschen Uhrenhandels hatte schon auf die ersten Püffe des Neulings reagiert. Bereits 1956 hatten seine Frankfurter Mithändler gegen die vergleichende Werbung des Weiß eine Einstweilige Verfügung erlangen können, da sie auch nach Ansicht des Gerichts das Gesetz gegen unlauteren Wettbewerb und das Rabattgesetz verletzte.

Wie sicher sich westdeutsche Fabrikanten und Händler hinter den Paragraphen solcher Gesetze fühlen können, beweist die nicht eben konkurrenzfreundliche Auslegung des Rabattgesetzes, mit der das Oberlandesgericht Köln im Mai dieses Jahres aufwartete. Es sei der Grundgedanke dieses Gesetzes, so befand das Gericht, zu verhindern, „daß dem Käufer zunächst ein Ausgangspreis vor Augen geführt wird, der in Übereinstimmung mit dem Wert der Sache steht, und daß dann der angekündigte Preisnachlaß erkennen läßt, daß er diese gleichwertige Ware nun zu günstigeren Bedingungen bekommen soll“.

Leon Weiß hingegen meint, es sei gerade die Aufgabe des Handels, den Käufern gute Ware zu möglichst günstigen Bedingungen anzubieten, und sein gutes Recht, das auch erkennen zu lassen. Vor allem aber läuft er Sturm gegen die stillschweigende Voraussetzung, der Ausgangspreis, also der gebundene oder empfohlene Endverkaufspreis, stehe immer „in Übereinstimmung mit dem Wert der Sache“. Weiß: „Ist alles Schwindel.“

Die von solchen ketzerischen und ihren Umsatz hemmenden Behauptungen des Leon Weiß hart betroffenen Frankfurter Uhrenhändler hofften nun, mit ihrem Annoncen-Coup des lästigen Außenseiters endlich Herr werden zu können. Sie bereiteten ihren Schlag sieben Monate lang vor, beschäftigten sechs Fachanwälte für Wettbewerbsfragen und den Münchner Reklame-Experten Hermann M. Lorz; sie ließen runde 50 000 Mark springen, um schließlich „in Wahrung berechtigter Interessen der Verbraucher und des Uhrenfachhandels“ dem zeitunglesenden Frankfurter Publikum „die Wahrheit über Uhren-Weiß“ enthüllen zu können.

Was sie in ihrer Inseraten-Kampagne durch Mark- und Pfennig-Beispiele aus Weißens Kalkulation enthüllten, war lediglich die nicht ganz neue Tatsache, daß Leon Weiß zahlreiche Uhrenmodelle mit gepfefferten Preisaufschlägen verkauft. Der publicitykundige Weiß konnte jedoch auf seiner rasch einberufenen Pressekonferenz mühelos demonstrieren, daß seine im Inserat kritisierten Preise trotz der in ihnen enthaltenen hohen Aufschläge immer noch erheblich unter denen seiner Gegner bleiben. Der anwesende Karl Vomstein, dem das kaum eine Neuigkeit sein konnte, hüllte sich in verlegenes Schweigen: „Ich gebe keinerlei Auskunft.“

Dafür gab Leon Weiß Auskunft. Seinem Angestellten Heinz Köster, so berichtete er, sei es nur in einem einzigen Falle gelungen, nach Erscheinen der Anzeige eines der fraglichen Uhrenmodelle bei den fünf Inseratenfirmen zu erwerben — natürlich teurer als bei Weiß. Im übrigen hätten die fünf, in Erwartung Weißscher Testkäufe, alle in der Anzeige erwähnten Uhren vorerst von ihren eigenen Verkaufstischen verschwinden lassen. In einer Bremer Grüttert-Filiale, wo Köster noch eins der fraglichen Modelle erspäht hatte, verhinderte der Filialleiter persönlich in letzter Minute den Verkauf.



Preisbrecher **Weiß**: Streitgespräche und Prozesse ...

Die fünf Frankfurter Inserenten waren, wie sich zeigte, kaum die richtigen Sparringspartner für den kampfgewohnten und angriffslustigen Leon Weiß, dessen liebster Zeitvertreib neben dem lukrativen Uhrenhandel darin besteht, Turbulenz zu verbreiten. Seiner seit je laut verkündeten und als kräftiges Werbezugpferd eingespannten Behauptung, die vorgedruckten Verkaufspreise für Markenuhren seien ungerechtfertigt hoch, hat die aufgescheuchte Uhrenbranche noch nie schlüssig begegnen können. Hingegen hat sie, wie jetzt wieder die fünf Frankfurter, dem Leon Weiß immer zu publikumswirksamer Begleitmusik verholfen.

Als im Dezember 1957 die Uhrenfabrik Gebrüder Junghans AG eine Einstweilige Verfügung gegen Weiß erstritt, die ihm den Unter-Preis-Verkauf preisgebundener Junghans-Produkte untersagte, begann dem Außenseiter das große Werbeglück zu lachen.

Leon Weiß lud seine Gegner und die Frankfurter Presse am 21. Februar 1958 zu einem Streitgespräch in das Restaurant des Frankfurter Hauptbahnhofs. Die Gegner erschienen nicht, wohl aber die Journalisten, und so hatte Weiß am nächsten Tag die Berichterstattung für sich allein. Die „Frankfurter Allgemeine" beispielsweise widmete der Behauptung des Händlers breiten Raum, man bekomme das gleiche Junghans-Uhrwerk Nr. 98 in Uhren zu drei verschiedenen Endpreisen angeboten — für 29,75 Mark, für 47 Mark und für 61 Mark, wobei lediglich der Wert der Gehäuse zwischen vier und sechs Mark schwanke.

Sechs Tage später inszenierten die Uhrenleute im Hochzeitszimmer des Frankfurter Restaurants „Kaiserkeller" einen wenig geglückten Gegenschlag. Hauptakteure dieser Pressekonferenz waren Dr. Peter Witthöft, Geschäftsführer des Zentralverbandes der Uhrmacher, und Arthur Junghans vom Vorstand der Uhrenfabrik.



... als kostenlose Werbehilfe: Preisstützer **Vomstein** (l.), **Lorz** (stehend)

Die von Weiß zitierten Preis-Merkwürdigkeiten wurden umständlich, aber keineswegs überzeugend mit dem komplizierten Kalkulationsschema der Firma Junghans begründet. Es sei, so erfuhr man, die Praxis des Unternehmens, preisgebundene Uhren nach einer Weile wieder aus der Preisbindung zu nehmen, dann nämlich, wenn neuere Modelle an ihre Stelle träten. Deswegen kann das gleiche Uhrwerk zu sehr unterschiedlichen Preisen verkauft werden, während lediglich Gehäuse und Zifferblätter geringfügig voneinander abweichen.

Der Junghanssche Preisbindungs-Wirrwarr war somit ganz nach den Wünschen des Leon Weiß demonstriert worden. Das Bild wurde auch nicht klarer, als dann im Juli vorigen Jahres das Frankfurter Oberlandesgericht sich mit der Berufung des unverdrossenen Außenseiters gegen die Einstweilige Verfügung der Junghans-Leute zu befassen hatte. Weiß argumentierte, die Preisbindung der Firma sei nicht lückenlos und deshalb nicht rechtswirksam.

Die Lückenlosigkeit ist schon durch Entscheidungen des ehemaligen Reichsgerichts zum Eckstein aller deutschen Preisbindungen gemacht worden. Rechtsschutz gegen unterbietende Außenseiter wird nämlich nur dann gewährt, wenn die preisbindende Firma ihre Abnehmer mit einem straffen System von Reversen an die Preiskette nimmt und gegen Vertragsbrecher vorgeht. Läßt es hingegen der Fabrikant zu, daß „ein ins Gewicht fallender Prozentsatz" seiner preisgebundenen Produkte unangefochten unter Preis verkauft wird, dann sehen die Gerichte das Revers-System nicht mehr als rechtswirksam und somit auch nicht als schutzbedürftig an. Wie unvollkommen solche richterlichen Konstruktionen der Preisbindungs-Praxis gerecht zu werden vermögen, zeigte der zweite Waffengang Weiß—Junghans.

Die Verhandlung erwies sich als große Weiß-Schau. Schon wochenlang vorher waren Weißens Emissäre — er heuerte sie beim Frankfurter Studentischen Hilfsdienst für 2,50 Mark die Stunde plus Reisespesen an — durch die Lande gefahren und hatten Junghans-Uhren unter Preis gekauft. 30 Fachgeschäfte in mehr als 20 westdeutschen Städten hatten sich bereit gefunden, Preisnachlässe bis zu 20 Prozent zu gewähren.

Als Clou packte Leon Weiß vor den Richtern eine Einkaufstasche aus, die er in einem „Uhrenfachgeschäft" hatte füllen lassen: Sie enthielt Leberwurst, Zigaretten, Käse und eine Junghans-Uhr, die laut Rechnung unter Preis gekauft worden war.

Zwar rang sich das Gericht trotz solcher augenfälliger Beweise für die verschlungenen und kaum kontrollierbaren Absatzwege im Uhrenhandel dennoch dazu durch, die Junghans-Preisbindung als lückenlos und damit rechtswirksam anzusehen. Aber Weiß obsiegte auf seine Weise: Drei Stunden nach der Urteilsverkündung verschenkte er seinen Restbestand an Junghans-Uhren im Wert von 4000 Mark wahllos — und mit bester Werbewirkung — an die Ladenkunden.

Fortan ließ Weiß marktschreierische Inserate in westdeutschen Zeitungen erscheinen. Er zierte sie mit seinem Bild („Leon Weiß spricht zur Presse") und feierte sich im Anzeigentext als „Pionier des neuen Preissystems, Kämpfer gegen die hohen Gewinnspannen, Anfechter der Preiskartelle, Prozeßgegner weltbekannter Firmen".

Zu dem Lädchen am Kleinen Hirschgraben ist im Mai dieses Jahres ein zweiter Laden am Frankfurter Kornmarkt gekommen, der sich durch dezente Teakholz-Eleganz, attraktive Verkäuferinnen, vier Schaufenster und nicht zuletzt durch gehäuftes Angebot empfiehlt. Im Hinterstübchen gibt es eine Reparaturwerkstatt mit gelernten Uhrmachern (Weiß: „Daran verdiene ich nichts, das ist Kundendienst"). Verwaltung und Lager der Firma Uhren-Weiß KG residieren in zwei getrennten Etagen an der Frankfurter Einkaufsstraße Zeil.

Wie es sich für einen rechten Preisbrecher gehört, betreibt Weiß auch einen Versandhandel mit Uhren, obwohl er zu wissen meint: „Die Leute kaufen die Uhren lieber im Laden." Uhren, die nicht gefallen, nimmt der geschickte Publicity-Mann anstandslos zurück, „im Jahr für 20 000 Mark". Witzelt Weiß: „Sind auch Uhren dabei, die nicht bei mir gekauft wurden."

Dank seiner Aktivität hat es Weiß — am 22. März 1924 in dem ungarischen Landstädtchen Tet geboren — inzwischen auf einen Jahresumsatz von rund fünf Millionen Mark gebracht. Sein Uhrenlager im Wert von rund 800 000 Mark wird somit etwa sechsmal im Jahr umgeschlagen. Leon Weiß ist damit zu einer im westdeutschen Uhren-Einzelhandel ungewöhnlichen Größe aufgerückt. Nur zwei Firmen — Wempe in Hamburg und Huber in München — erreichen nach Schätzung sachkundiger Branchenkollegen ähnliche Umsatzzahlen. Die durchschnittliche Umschlaggeschwindigkeit der Läger liegt im Uhrenhandel bei zweimal jährlich, mehr als dreimal gilt schon als beneidenswert.

Ebenso wie die Struktur des Uhrenverkaufs in der Bundesrepublik den cleveren Händler in seinen Attacken begünstigt, muß sie auch als einer der Hauptgründe für die urigen Haßgefühle der Händlerschaft gegenüber dem Frankfurter Brecher gelten. Außer den wenigen Riesen des Uhrengeschäfts gibt es nur noch etwa 25 Firmen, die Jahresumsätze von mehr als einer Million verzeichnen, und eine nicht näher bestimmbare Gruppe mit Umsätzen zwischen 150 000 und 300 000 Mark. Der durchschnittliche Umsatz der rund 10 000 westdeutschen Uhrenfachgeschäfte beträgt 40 000 Mark, wobei Umsätze aus dem Verkauf von Schmuck und aus Uhr-Reparaturen mitgerechnet sind. Selbst der Vorsitzende des Bundesinnungsverbandes der Uhrmacher, der Uhren-Einzelhändler Josef Bauer in Frankfurt-Höchst, gibt zu, daß der Uhrenhandel übersetzt ist und viele Kümmerexistenzen aufweist.

Dieses Übel wurzelt in der althergebrachten Tradition, daß der Uhrenverkäufer ein Uhrmacher, also ein gelernter Handwer-

-ker, zu sein habe. „Uhrmacher und Goldschmiede", so triumphiert das Fachblatt „Die Uhr", „haben es ... verstanden, sich im wesentlichen den Vertrieb dieser ihrer ureigensten Erzeugnisse zu sichern." 76 Prozent des westdeutschen Uhrengeschäfts laufen über den Uhrmacherhandel.

Besonders bei jenen Handwerkern, die sich in kleinen Städten und ländlichen Gegenden mit dem Verkauf und der Reparatur von Uhren abmühen, hat die ständige Beschäftigung mit den winzigen Präzisionsteilen der Uhr eine aus Gewerbestolz und eigenbrötlerischer Pedanterie gemischte Blüte getrieben, die als „Uhrmachermentalität" geradezu Symbolwert erlangt hat und der tatkräftigen Umsatzförderung nicht eben günstig ist.



Weiß (l.), Kundschaft: Uhrmachermentalität oder Händlergeist?

Im zünftlerischen Mikrokosmos des Uhrengewerbes — nicht nur des deutschen — gibt es allenthalben schöne Beispiele dafür, wie sich die Welt unter der Uhrmacherlupe ausnimmt. Der Schweizer Uhren-Ingenieur Dr. Reinhard Straumann sieht es so: „Was er (der Uhrmacher) mit seiner Hände Fleiß in den letzten zwei Jahrhunderten geschaffen hat, ist Kunst im engsten Sinne des Wortes, und man spricht auch heute noch gern von der Uhrmacherkunst. Das Wesen des künstlerischen Schaffens ist die Inspiration, die Intuition, das Seherische der Sinnenwelt in Formen." Das „Geheimnis der Uhr" und das „große Kunstwerk Uhr" geistern überall durch die Gespräche der Fachleute.

Leon Weiß muß naturgemäß den Kunsthandwerkern seiner Branche wie ein leibhaftiger Hochstapler erscheinen. Zwar hat sein Vater in Tet und später in Ödenburg, nahe der österreichisch-ungarischen Grenze, einen Handel mit Uhrenteilen betrieben, aber eine stehengebliebene Uhr wäre bei Leon Weiß in wenig geübten Händen. Er half seinem Vater im Geschäft und verzog sich beim Anmarsch der Russen, nachdem seine Eltern und seine Schwester bei einem Bombenangriff ums Leben gekommen waren, 1945 zunächst nach Paris und später nach Belgien. Seitdem spricht er ein annehmbares Französisch.

Die Uno-Flüchtlingshilfe (UNRRA) betreute den Heimat- und Anhanglosen als Displaced Person. Weiß heute: „Das ist schwer dort für Ausländer, brauchen Arbeitserlaubnis. Ich habe gemacht alles Mögliche, habe verkauft marokkanische Lederwaren, dann bin ich mit zwei Mannequins über Land gefahren und habe Kleider verkauft. Aber immer gab es Schwierigkeiten mit den Behörden, weil ich keine Arbeitserlaubnis bekam."

Um den Schwierigkeiten zu entgehen, wanderte DP Leon Weiß 1951 nach Westdeutschland, damals der Naturschutzpark für die Staatenlosen seines Schlages. Der unruhige kleine Mann mit den eindringlichen Gesten, dem rapiden Redefluß und dem fremdartigen Deutsch — „Ich bin kein Jude. Mein Vater war Jude, meine Mutter nicht. Wenn ich Jude wäre, würde



Die Zeit

„Die Preise runter!" — „Seien Sie mal vorsichtig, Herr Minister, ich hab' so meine Erfahrungen!"

ich es auch sagen" —, setzte sich in Köln fest und entsann sich wieder des väterlichen Broterwerbs: des Handels mit Chronometern.

Vier Jahre lang war er mit seinen Uhrenköfferchen auf Reisen, bald auch zusammen mit seiner jungen Frau Anneliese, die 18 Jahre alt war, als er sie 1953 kennenlernte, und heute noch, wie damals als Bürolehrling, unverfälschtes Kölsch spricht.

Von dieser Zeit erzählt der junge Erfolgsmensch Leon Weiß mit dem sentimentalen Stolz, der alle Selfmademen bei solchen Reminiszenzen zu überkommen pflegt: „Die anderen sehen nur den Erfolg und das Geld, nicht, was es hat gekostet an Mühe. Zu Hause habe ich eine Spieluhr stehen, wenn die läuft, meine Frau und ich sehen uns an und denken, wie schrecklich war die Zeit im Anfang. Da sind wir gefahren mit Fiat 1400 durch die französische Zone und haben Uhren verkauft in den Kasernen. Der Wagen war voller Koffer, wenn wir in der Eifel steckenblieben im Winter, haben wir sie geschleppt. Meine Frau ist immer mit, einer mußte bleiben bei den Koffern, wenn ich in die Kasernen ging."

Bald hatte sich Leon Weiß die Erfahrungen angeeignet, die dem fahrenden Volk jener Jahre zu wissen not taten: „Ich habe verkauft bei den Franzosen, die waren nicht so streng. Ich hatte die Erlaubnis, in den Kasernen zu verkaufen, aber die Engländer machten mir Schwierigkeiten." In einer britischen Kaserne sah sich Weiß denn auch eines Tages genötigt, 120 Pfund Sterling, die er nicht besitzen durfte und deren Entdeckung drohte, auf der Toilette in die Kanalisation zu spülen.

Obwohl der ehemalige Hausierer schon lange mit Frau, Schwiegermutter und Töchtern (Gabriele, 3, und Raphaela, fünf Monate) in einer Dreizimmerwohnung der Frankfurter Unterlindau — Aquarium, Plüschtiere, Paradekissen mit Knick in der Mitte — das Musterbild von Spießbürgers bescheidenem Lebensglück bot und es seit kurzem in einer herrschaftlichen Sechszimmerwohnung in der Klettenbergstraße noch vollendeter vorlebt, können ihm die zünftlerischen Beckmesser seine in ihren Augen unseriöse, händlerische Herkunft nicht vergessen. Dabei ist längst auch in ihren eigenen Reihen die Erkenntnis aufgedämmert, daß sich mit der Uhrmacher-Lupe allein die Existenz nicht mehr retten läßt.

Sagt der Mentor des Zentralverbandes der Uhrmacher, Dr. Peter Witthöft: „Nach wie vor sind wir — im Standesdurchschnitt — handwerklich befangen, das heißt, dem echten kaufmännischen Denken verschlossener, als der große Wettbewerb es eigentlich zuließe . . . Wir glauben an einen gottgewollten Umsatz . . . und verneinen die längst schon in anderen Branchen allgemeingültige These, daß die Kaufwünsche praktisch unbegrenzt sind — vorausgesetzt, man ist in der Lage, sie auch zu wecken."

In ungewollter Rechtfertigung der Handelsmethoden des Leon Weiß doziert Witthöft: „Die industrielle Fertigung (hat) ein Ausmaß erreicht, daß die Erzeugnisse vom Verbraucher nicht mehr voll aufgenommen werden können . . . Nachdem es zum ersten Problem der Volkswirtschaft wurde, den Absatz der Überfülle, die eine steigende Technik liefern kann, an den Konsumenten zu sichern, wandelt sich das altgewohnte, traditionelle Bild von der Bedeutung . . . dieser oder jener Wirtschaftsgruppe . . . Das Zeitalter des Händlers steht nicht etwa in einer gewagten Konstruktion vor uns . . . sondern

... das Zeitalter des Händlers ist unleugbar angebrochen.“

Naturgemäß hat sich eine solche Erkenntnis von der Wandlung des Marktes bei der Uhrenindustrie schneller verbreitet als bei den Uhrenhändlern, und damit hat ein in der Branche geheiligter Begriff die ersten Risse bekommen: die Fachtreue. Unter der Fachtreue — Witthöft: „Bis zur Groteske zu einem Schlagwort degradiert“ — hat man sich die Gewohnheit aller Uhrenkundigen vorzustellen, sich als Teil einer großen Familie zu betrachten: Uhrenfabrikanten vertreiben ihre Ware nur durch Uhrmacher, Uhrmacher kaufen nur über die eingefahrenen Wege des Fachhandels, jeder Seitensprung ist Todsünde.

Die Uhrenindustrie Westdeutschlands hat inzwischen begreifen müssen, daß sie mit der Fachtreue den „Absatz der Überfülle“ nicht mehr ganz erreichen kann. Während ihre Technik immer mehr den Massenausstoß ermöglicht, stagniert der Abfluß durch die verkalkten Äderchen des herkömmlichen Uhrenhandels.

So hat etwa das diesjährige Ostergeschäft — neben Weihnachten bringt Ostern normalerweise den zweiten großen Jahresaufschwung für den Uhrenhandel — im März nur einen Umsatzzuwachs von 0,7 Prozent gegenüber dem März des Vorjahrs ergeben, der nicht einmal Ostermonat war.

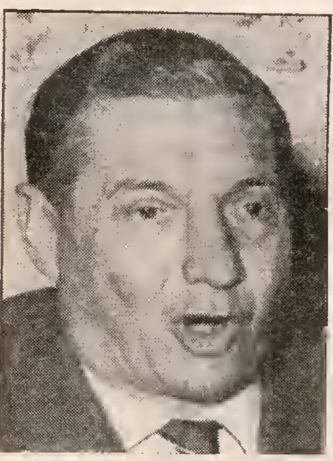
Die Produktion der Uhrenindustrie geht denn auch seit dem Vorjahr zurück. Der Gesamtwert der Erzeugung betrug 1958 nur noch 533,6 Millionen Mark gegenüber 547,8 Millionen Mark im Jahr 1957, von Taschen- und Armbanduhren wurden 7,71 Millionen Stück hergestellt, während es 1957 noch 7,91 Millionen Stück gewesen waren. In den ersten drei Monaten 1959 war die Produktion von Armbanduhren um 13,5 Prozent geringer als in den Vergleichsmonaten des Vorjahrs.

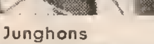
Es überrascht, daß die Industrie ihrem Absatzproblem offenbar nur widerwillig mit dem kaufmännisch wirksamsten Hilfsmittel zuleibe gehen möchte: mit niedrigeren Preisen. Dieser Widerwille erklärt sich jedoch leicht aus der tief verwurzelten Vorliebe für das in Westdeutschland perfektionierte System der vom Hersteller gesteuerten Preise. Es findet in der Uhrenindustrie einen besonders fruchtbaren Nährboden.

Die Produktion von Kleinuhren — Armband- und Taschenuhren — bietet nämlich in Westdeutschland ein ähnlich verwirrendes Bild wie etwa ein auseinandergenommenes Uhrwerk. Beteiligt sind knapp 300 Firmen, die sich vorwiegend im „Uhrendreieck“ Pforzheim-Schwarzwald häufen und zusammen rund 35 000 Belegschaftsmitgliedern Brot geben. Nur 25 dieser Firmen beschäftigen mehr als die Durchschnittszahl von 100 Arbeitnehmern, dagegen werkeln 90 Betriebe mit wenigen oder nur einem Beschäftigten praktisch in Heimarbeit.

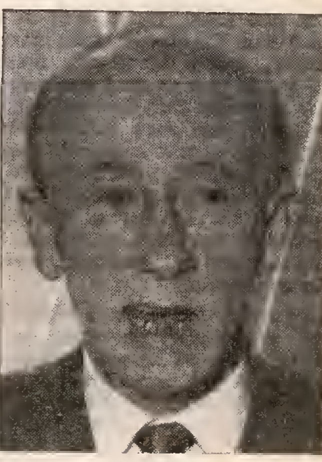
Nicht mehr als ein Dutzend dieser Fabriken verfügt über eine komplette Produktion vom kleinsten Schräubchen bis zum fertigen Uhrwerk, vielmehr werden die sogenannten Rohwerke meist stückweise zusammengekauft und dann remontiert. Ein Remonteur, der auch als Fabrikant zählt, bleibt dem kaufenden Publikum unbekannt, seine Erzeugnisse sind zunächst anonym.

Nun übernimmt das Zifferblatt eine bedeutsame Rolle: Es trägt geduldig jeden Markennamen. Über 500 Uhrenmarken werden in Westdeutschland zum Verkauf angeboten, jeder Remonteur und jeder Händler kann seine Phantasie auf den Zifferblättern austoben. Dieses Chaos hat dazu geführt, daß das runde Dutzend wirklicher Marken einen beträchtlichen Vertrauens- und damit Marktvorteil genießt.





Junghans



Witthöft



Bauer

Franck

Weiß-Gegner: Zünftlertum statt Verkaufsdenken

Die Firmen Junghans, Kienzle und Mauthe beispielsweise bauen ihre Uhrwerke selbst und verkaufen sie auch nur unter ihrem Firmennamen. Die Marke „Laco“ (Lacher & Co., Pforzheim) prangt auf Uhrwerken der Deutschen Uhren-Rohwerke (Durowe), einem Schwesterbetrieb der Lacher & Co., ebenfalls in Pforzheim. Einige andere Rohwerk-Fabriken vertreiben ihre Erzeugnisse gemeinsam unter der Gruppenmarke „Parat“.

Zu den Namen mit Marktgeltung zählen auch „Dugena“ und „Zentra“, die allerdings keine Fabrikanten-, sondern Händlermarken sind. Hinter Dugena steht eine Einkaufsgenossenschaft von rund 1000 Mitgliedergeschäften, hinter Zentra eine Gruppe von vier Uhrengroßhändlern, die ihre eigene Kette von 1800 Fachgeschäften beliefern. Dugena und Zentra

beziehen ihre Uhrwerke von den verschiedensten Remonteuren, deren Arbeit von den Händlergruppen auf einen bestimmten Qualitätsstandard hin kontrolliert wird.

Auch Schweizer Markenuhren genießen eine gute Position am westdeutschen Uhrenmarkt. Am gesamten Umsatz sind die Schweizer Import-Uhren der Stückzahl nach mit vier Prozent, dem Wert nach jedoch mit sieben Prozent beteiligt, eine Differenz, die das Übergewicht der teureren Markenfabrikate verdeutlicht.

Die durch langjährige Werbung und gleichbleibende Qualität erhärteten Marken haben, einschließlich der Schweizer Produkte, am westdeutschen Uhrenmarkt einen Anteil von mehr als zwei Dritteln — allein 30 Prozent der Uhrenfachgeschäfte sind der Dugena oder Zentra angeschlossen — und sind deshalb auch die Preisführer. Unter ihnen haben zwar nur Junghans, Kienzle und Laco (für einen Teil der Produktion) sowie einige Schweizer Firmen die Preise gebunden, aber alle anderen versehen ihre Erzeugnisse mit empfohlenen Listenpreisen.

Solche Preisempfehlungen braucht der Einzelhändler zwar nicht zu beachten — was er bei einer rechtswirksamen Preisbindung des Junghans-Schemas tun muß —, aber das Bundeskartellamt kam in seinem ersten Jahresbericht dennoch zu einigen bitteren Erkenntnissen über „empfohlene" Preise:

„Die Folge sehr starker Marktgeltung ist, daß der Händler auf die Führung dieses Erzeugnisses in seinem Sortiment nicht verzichten kann und deshalb die Empfehlung beachtet ... Fehlt bei dem ... empfohlenen Verbraucherpreis der Zusatz, daß es sich um einen unverbindlichen Richtpreis handelt, wird der Verbraucher ihn in der Regel als Festpreis betrachten ... Erhält die Ware vom Hersteller ein Preisetikett, ... verstärkt das die durch die Werbung hervorgerufene Wirkung (eines Festpreises) ... Insgesamt ergeben sich für den Preisempfehlenden tendenziell ... dieselben Vorteile, die der Preisbinder genießt."

Bundesinnungsmeister Bauer meint, der empfohlene oder festgesetzte Aufschlag auf den Uhrmacher-Einkaufspreis erreiche „durchschnittlich 58 bis 65 Prozent", wodurch die Spanne des Uhrmachers — sein Anteil am Endverkaufspreis — rund 39 Prozent betrage. Bei einer solchen Spanne ergibt sich, laut Josef Bauer, für den Uhrenhändler ein Reingewinn von nicht mehr als fünf bis 15 Prozent. Der übrige Ertrag wird von den hohen Kosten des Verkaufsapparats verschlungen.

Die Preisgestalter der Uhrenindustrie nehmen also bei der Kalkulation der gebundenen oder empfohlenen Spannen darauf Rücksicht, daß auch der kleinste Uhren-Budiker, der im Monat nur eine Handvoll Uhren verkauft, noch auf seine Kosten kommt. Sie sorgen ebenfalls dafür, daß den großen Ladengeschäften der meist mit Schmuckhandel gekoppelten Uhrenbranche ihr kostspieliger Geltungsaufwand vom Kunden rückvergütet wird.

Ulkt Weiß: „Da muß man sich einen Zylinder aufsetzen, ist alles sehr feierlich, mit viel rotem Plüsch und so. Wir haben auch Plüsch, aber unserer ist nicht so teuer."

Diese Art der Fachtreue hat denn auch dazu geführt, daß unter allen Fachhändlern des Konsumgüterbereichs (ohne Lebensmittel) die Uhrenhändler den drittgrößten Spannenanteil aus ihrem Sortiment ziehen: Durchschnittlich 53,7 Prozent des Verbraucherendpreises entfallen bei Uhren auf

dieVerdienstspannen des Groß- und Einzelhandels. Dieser ansehnliche Schnitt wird nur noch bei Schreibwaren (55,1 Prozent) und bei Schmuckwaren, dem Zwillingssortiment der Uhrenhändler (57,9 Prozent), übertroffen.

Demgegenüber nehmen Rundfunk- und Fernsehgeräte (41,6 Prozent), Photoapparate (46,5 Prozent) und Autos (16,3 Prozent) sich ausgesprochen bescheiden aus. Nicht einmal die vielgelästerten Apothekerpreise reichen an die Uhren heran: Sie enthalten durchschnittlich eine Handelsspanne von 48,1 Prozent.

Neben dem Spannenrekord des Uhrenhändlers macht der Preisanteil des Uhrenproduzenten einen relativ sehr niedrigen Prozentsatz aus. Trotz der für die Industrie günstigen Optik hat Leon Weiß auch für solche Fabrikanten-Kalkulation nur zornige Verachtung: „Was ist da schon dran an so einer Uhr. Das Zifferblatt kostet 80 Pfennig bis 1,20 Mark, das Gehäuse 4 Mark, das Werk 13 bis 14,50 Mark. Der Kunde ist der Dumme, muß bezahlen Name, nicht Qualität."

Angesichts solcher Verallgemeinerungen pflegen altgediente Uhrenkünstler in rhapsodische Schilderungen des Wunders Uhr auszubrechen.

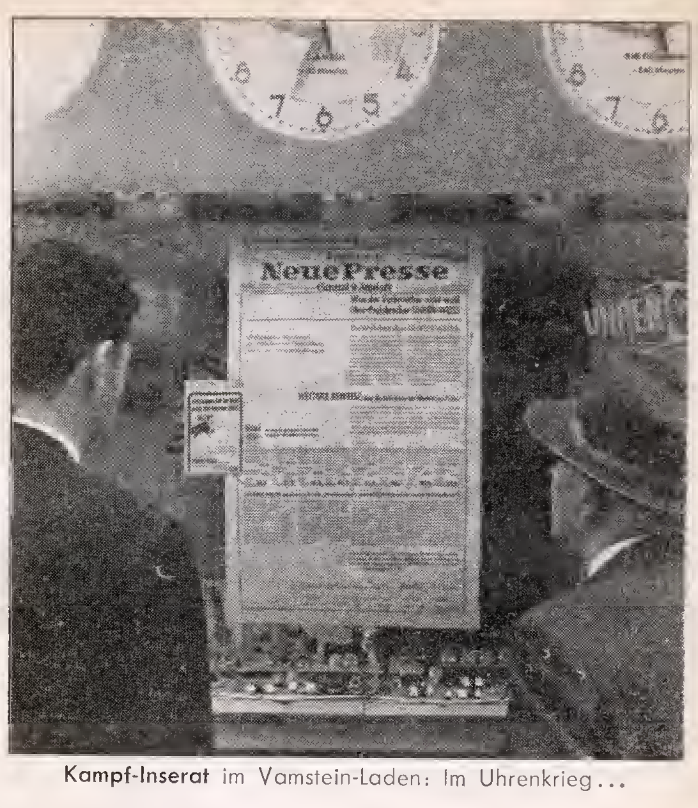
Die Lagerzapfen einer Armbanduhr, so heißt es etwa, hätten bei 0,04 Millimeter Dicke die Stärke eines feinen Frauenhaars. Die Zahnräder seien bei billigen Werken gestanzt, bei guten Werken würden die mikroskopisch kleinen Zähne jedoch ausgefräst. Für die Uhrenteile lasse sich entweder preiswerter Automatenstahl verwenden oder hochwertiger Schwedenstahl, der dann nicht nur im Einkauf, sondern auch in der Bearbeitung erheblich teurer sei.

Die Bearbeitung — im Fachjargon Finissage genannt — könne überhaupt sehr unterschiedlich ausfallen; bei sorgfältiger und mithin teurer Finissage der einzelnen Teile sei die fertige Uhr besser. Auch die Qualität der Remontage biete Kosten-Variationen Raum.

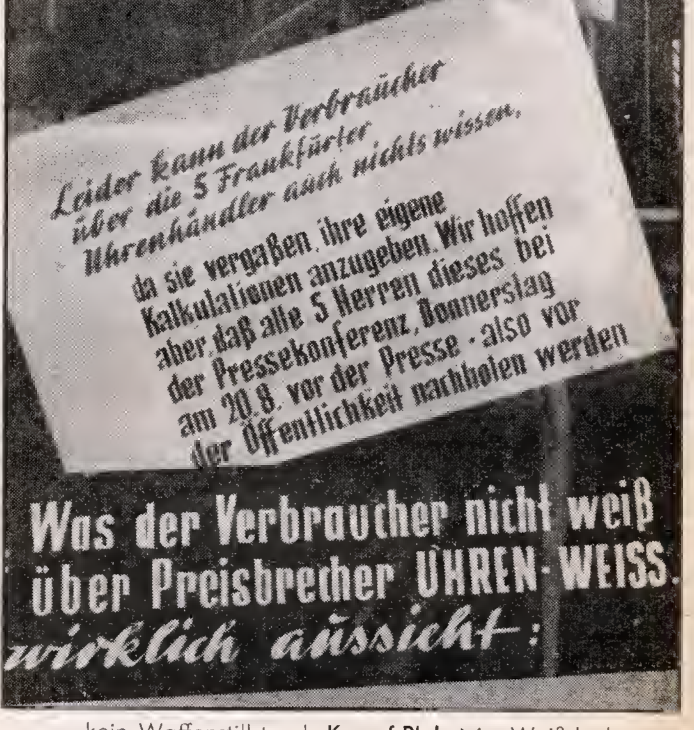
Solche Beispiele verdeutlichen, daß keineswegs alle Uhrwerke gleichwertig sind, jedoch ist damit nicht die penetrante Frage des Leon Weiß beantwortet, warum eine gute Gebrauchsuhr mittlerer Qualität für den Käufer allein dadurch so sehr viel teurer wird, daß sie einen anerkannten Markennamen auf dem Zifferblatt trägt. Uhrwerke der Durowe beispielsweise kann jeder Händler erwerben und frei verkaufen, während sie unter der Marke „Laco" preisgebunden sind. Auch die Remonteure der Zentra und Dugena bringen ihre Uhrwerke noch unter beliebigen anderen Namen — und billiger — in den Handel.

Zudem führt die Automation der Fertigung dazu, daß sich die Differenz zwischen den Herstellungskosten durchschnittlicher und denen guter Uhrwerke verringert. Auch Verbandsfunktionär Witthöft gibt das zu.

Jenseits der 250-Mark-Grenze will selbst Witthöft seine Hand nicht mehr für kostengerechte Preise ins Feuer legen: „Das ist Geltungskonsum. Wer eine so teure Uhr kauft, der will den Markennamen und sieht nicht mehr auf den Preis." Weiß hat



Kampf-Inserat im Vamstein-Laden: Im Uhrenkrieg ...



... kein Waffenstillstand: Kampf-Plakat im Weiß-Laden

dafür ein Beispiel parat: Die „Automatic" der Schweizer Firma Marvin kostet laut Firmenkatalog im Stahlgehäuse 290 Mark, im Goldgehäuse 620 Mark. Der reine Goldwert macht jedoch nicht viel mehr als 20 Mark aus.

So scheint es Weiß denn auch unschwer gelungen zu sein, seine Vorstellungen von kostengerechten Uhrenpreisen bei zahlreichen Fabrikanten und Großhändlern durchzusetzen. Er kauft dort seine Uhren in großen Stückzahlen zu knapp kalkulierten Einkaufspreisen.

Ein solches Weiß-Geschäft wird unter abenteuerlicher Geheimhaltung abgewikkelt, da vorläufig die Belieferung des Frankfurter Branchen-Schrecks — „Sehen Sie schwarz, wenn Sie ‚Weiß' hören?" schrieb die Kundenzeitung „Der Kienzle Reporter" — noch als skandalös gilt. In Pforzheim etwa, wo der Gezeiten-Verlag Gerhard Heinz zu Nutz und Frommen der ansässigen Industrie eine tägliche Fremdenliste — „nach dem Stand des Vorabends 21 Uhr" — mit den Namen der in der Stadt abgestiegenen Uhren- und Schmuckeinkäufer zu veröffentlichen pflegt, sieht sich Weiß nicht selten genötigt, unter falschem Namen zu nächtigen.

Eine Verhandlung zwischen dem Einkaufskünstler Weiß und seinen meist biederschwäbischen Lieferanten ist ein rares Schauspiel. Weiß handelt mit dem Genuß und der Theatralik einer orientalischen Basartype. Der Hinweis auf seine unmündigen Kinder fehlt ebensowenig wie das tieftraurige „Sie enttäuschen mich", sofern der Partner von seinem allerletzten Angebot immer noch nicht auf den von Leon Weiß scharf und mit Sachkenntnis kalkulierten Einstandspreis heruntergehen will.

Besonders hartnäckigen Kontrahenten kann der pfiffige Feilscher einen boshaften Sketch vorführen: Mit imaginärer Lupe mimt er den landläufigen Uhrmacher, der beim Einkauf stundenlang die Muster begutachtet und schließlich, immer noch unentschlossen, seine Frau anruft, ob er vom Muster A sechs Stück und vom Muster B drei nehmen solle oder umgekehrt. Am Ende läßt Weiß den von ihm parodierten Einkäufertyp dann zwei Uhren wählen — aber auf Kommission.

Den Fabrikanten oder Großhändlern ist schmerzlich bewußt, daß damit der „fachtreue" Absatz ihrer Ware nicht allzu unrichtig dargestellt wird. Sie begreifen auch die Pointe der kleinen Schau: Leon Weiß kauft in großen Serien und ist bereit, für eine Direktlieferung von 2000 Armbanduhren 50 000 Mark bar auf den Tisch zu legen. Er ist ein Kunde, wie ihn die Branche kaum kennt.

Trotz des Winkens mit dem großen Scheck fällt dem Preisbrecher das Heranschaffen der Ware nicht immer leicht, da sich längst nicht jeder Fabrikant oder Großhändler mit dem Branchen-Paria Weiß einzulassen wagt.

So muß denn Leon Weiß seinen Mercedes 190 nicht selten auch über die Bundesgrenzen steuern, um exportierte Erzeugnisse der westdeutschen Uhrenindustrie in seine Frankfurter Läden heimzuholen. Kurioserweise kann er sie — wegen des Wegfalls der Umsatzsteuer und der Preisbindung — im Ausland preiswerter erwerben als etwa ein deutscher Uhrenhändler im Inland.

Er kauft zum Beispiel die Kienzle „Automatic" im Ausland für 21,50 Mark, das heißt runde zehn Mark unter dem vom Kienzle-Werk festgesetzten westdeutschen Uhrmacher-Einkaufspreis, so daß er

trotz der beim Re-Import fälligen Umsatz-Ausgleichsteuer und Zollbelastung von durchschnittlich zehn Prozent immer noch einen guten Schnitt macht — die Uhr wird im Weiß-Laden für 45 Mark und nicht zum gebundenen Kienzle-Inlandpreis von 68 Mark verkauft.

Die aufreibende Einkaufstätigkeit scheint jedoch allmählich einem glatteren Geschäftsgang zu weichen. Wenn man Weiß glauben will, haben in letzter Zeit auch namhafte Firmen ihre Hemmungen aufgegeben. um das gute Geschäft mit dem zahlungskräftigen Großabnehmer zu machen.

Außer der Firma Kienzle, die Weißens Jonglieren mit ihren gebundenen und empfohlenen Preisen — zum großen Ärger der Händler, aber sicher nicht zum eigenen Nachteil — seit je stillschweigend übersehen hat, gehören auch die Schweizer Markenfirmen Marvin, Nicolet und Mause zu jenen Lieferanten, deren bedingungslosen Wohlwollens sich Leon Weiß rühmt. Auch die westdeutsche Vertriebsfirma der Schweizer Weltmarken „Omega" und „Tissot", die Uhren-Handelsgesellschaft in Frankfurt, so brüstet sich Weiß, sei auf ihn zugekommen.

Während Weiß im ohnehin etwas verwilderten Zaubergarten der Uhrenpreise somit relativ leichtes Spiel hat, geriet er auf einem anderen Gebiet an einen Gegner, der ihm bis heute den schärfsten, allerdings auch werbewirksamsten Kampf seiner kurzen Karriere geliefert hat. Der Prozeß der Firma Rodi & Wienenberger AG (RW) in Pforzheim gegen Weiß, bei dem es um einen Streitwert von 800 000 Mark geht, beschäftigt seit bald zwei Jahren die Gerichte.

Rodi & Wienenberger stellen neben dem Modeschmuck „Floralia" und Uhrengehäusen die elastischen Uhrarmbänder „Elastofixo" und „Fixoflex" aus Stahl und Walzgold-Doublé her. Diese Bänder sind im Sortiment jedes Uhrenhändlers begehrte Artikel, nicht nur, weil das Band „Fixoflex" eine besonders glückliche Konstruktion ist, sondern weil die Herstellerfirma ihren Bändern durch eifrige Werbung eine fast konkurrenzlose Marktposition verschafft hat.

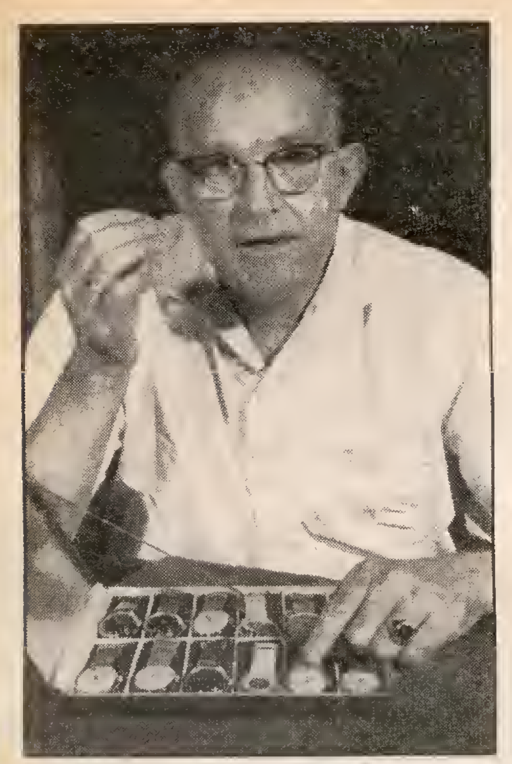
RW haben ihre Armbänder preisgebunden, und zwar mit den auch bei Uhren üblichen Spannen: 40 Prozent Aufschlag für den Großhandel, 66 Prozent (auf den Großhandelspreis) für den Einzelhandel. So kostet beispielsweise ein „Elastofixo"-Band von 16 Millimeter Breite in Walzgold-Doublé ab Fabrik 11,35 Mark, beim Großhändler 15,90 und im Laden 26,50 Mark.

Als Weiß die Rodi-Bänder unter Preis zu verkaufen begann — statt 26,50 nahm er 18 Mark — und das auch in Inseraten mitteilte, eröffneten RW den Kampf, der wie ein schlechter Kriminalfilm ablief und alle Peinlichkeiten und Ungereimtheiten der Preisbindung bloßlegte.

Eine erste Einstweilige Verfügung, die RW beim Frankfurter Landgericht gegen Weißens Preisbrecherei beantragt hatten, fiel im Juli 1957 glatt durch. Das Gericht folgte den Darlegungen des Händlers, daß die RW-Preisbindung nicht lückenlos und somit nicht rechtswirksam sei.

Jetzt betonierten die Pforzheimer ihr Preisdiktat. Sie ließen außer den Großhändlern nun auch die Einzelhändler den heiligen Eid schwören, daß sie nicht unter Preis verkaufen würden. Jedem Großhändler wurde eine Kundennummer zugeteilt, die in der Fabrik den Bändern eingestanzt wurde. Schließlich verpflichtete das Unternehmen auch ausländische Abnehmer, die Bänder nicht nach Westdeutschland zu re-importieren.

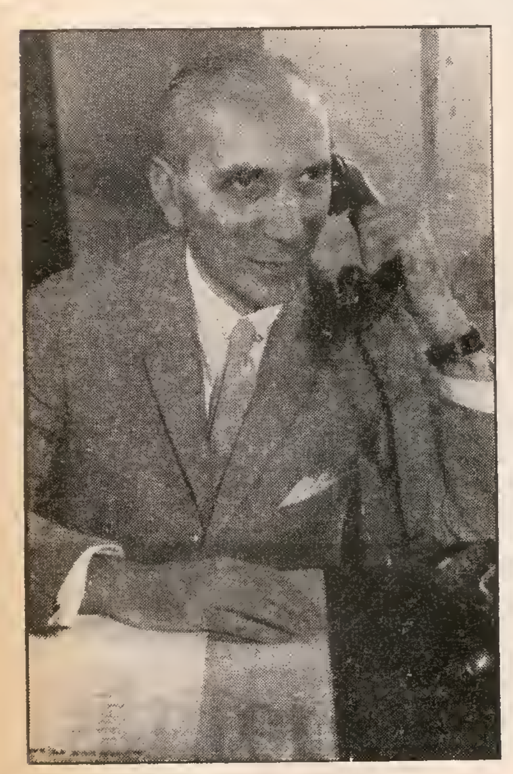
Der pfiffige Weiß ärgerte die Gesellschaft zunächst damit, daß er einige Arm-



Preisbrecher **Mönsters**
Nicht angemessene Preise ...

bänder ordnungsgemäß zum Ladenpreis erwarb und sie dann zu seinen billigen Preisen verkaufte. Die Pforzheimer, die bei Weiß fortgesetzt Testkäufe tätigten, gerieten denn auch prompt an solche Bänder, stellten begierig die Kundennummer fest — und bekamen Krach mit ihren besten Kunden.

Im März vorigen Jahres sandte der Frankfurter Schalk einen treuherzig-unverschämten Brief nach Pforzheim: „ . . . werden wir im Laufe der nächsten Wochen eine großangelegte Werbekampagne ins Leben rufen ... Dabei beabsichtigen wir auch Ihren ... Uhrenarmbändern einen Sonderplatz einzuräumen. Wir tragen uns mit der Absicht, Ihre Bänder sogar zu dem besonders attraktiven Preis von 16 Mark anzubieten, weil das einen noch höheren Absatz erwarten läßt."



Weiß-Kampagnan **Weber**
Über der Marktwirtschaft ...

Die RW-Direktoren konnten — sofern sie überhaupt noch lasen — weiter erfahren: „Deshalb hoffen wir mit Ihrer Kooperation rechnen zu dürfen. Dies würde bedeuten, daß Sie uns direkt mit der von uns ständig benötigten Anzahl von Bändern beliefern . . . obwohl wir allerdings, wie Sie ja selbst wissen, auch über (den Zwischenhandel) ohne besondere Schwierigkeiten Ihre Bänder beziehen können." Weißens Angebot: „Abschluß eines Vertrages bei monatlicher Mindestabnahme von 10 000 Stück Elastofixo- und Fixoflex-Doublé-Uhrenarmbänder gegen Barzahlung. Voraussetzung jedoch ist, daß Sie uns sämtliche von Ihnen für Großabnehmer vorgesehenen Rabatte einräumen."

Die Pforzheimer hüllten sich in verletztes Schweigen. Weiß jedoch fand auch weiterhin Großhändler, die ihn mit RW-Produkten zu beliefern wagten. Einer seiner Angestellten gab sich wochenlang der stumpfsinnigen Beschäftigung hin, die Kundennummern aus den Bändern zu feilen. Die Rodi-Leute jedoch ließen im Wiesbadener Bundeskriminalamt durch Spezialphotographie die ausgefeilten Nummern wieder sichtbar machen und behaupteten außerdem, durch das Ausfeilen werde das Band beschädigt und damit der Kunde benachteiligt.

Leon Weiß gab sich nicht geschlagen. Er kaufte unter falschem Namen oder in der Tarnung eines Einkäufers für die französischen Besatzungstruppen. Vor allem aber fand er ausländische Bezugsquellen.

Für die exportierten Bänder kann die Gesellschaft die Preise nicht binden, umgekehrt ist auch ausländischen Firmen die Preisbindung in Westdeutschland untersagt, sofern sie nicht westdeutsche Zweigfirmen etablieren.

So lieferte die Antwerpener Schmuckhandlung „Etablissement Goldstar" ihre RW-Bänder — wie sie angibt, in gutem Glauben — zunächst an eine Baseler Firma M. Weber, die sie dann ihrerseits an Weiß weitergab. Der langjährige RW-Kunde Steinar Rasch in Oslo verkaufte Bänder an eine andere Osloer Firma, Eugen & M. Steinvall, die vorgegeben hatte, sie wolle die Ware nach Ungarn weiterverkaufen. Die RW-Produkte landeten denn auch bei einem Ungarn, aber der saß in Frankfurt.

Beide Seiten scheuten keine Mühe, sich gegenseitig auf die Schliche zu kommen. Grient Weiß: „Durch die Testkäufe meiner Gegner mache ich im Monat 25 000 bis 30 000 Mark Umsatz — deckt die Kosten meiner Reparaturwerkstatt." Er selbst fahndete nach Flecken auf der RW-Weste und glaubt auch einige gefunden zu haben.

Die Bänder, so verkündete Weiß, die im Laden 26 oder 28 Mark kosten, verursachten den RW-Leuten nicht mehr als 4,50 Mark Herstellungskosten: „Ein Aufschlag von 500 Prozent", trompetete Weiß. Er machte auch beim Berliner Bundeskartellamt eine Beschwerde gegen die Preisbindung der Pforzheimer anhängig, die heute noch läuft und den Spannenjongleuren äußerst peinlich ist.

Der ganze Streit sicherte über Monate hin den Behauptungen des Leon Weiß eine üppige Publizität und wurde von der Branche mit großem Unbehagen verfolgt. Man ist den Rodi-Leuten gram, daß sie sich so plump auf eine Schlägerei eingelassen haben. Sagt der Pforzheimer Fabrikant Dr. Manfred Speidel-Zachmann, der seine elastischen Uhrarmbänder („Elasta") ebenfalls preisgebunden hat: „Ich hoffe zu Gott, daß ich meine Preisbindung nie zu verteidigen brauche." Ob sie sich auf die Dauer aufrechterhalten läßt, bezweifelt er.



Preisbrecher **Krämer**
... sind nach keine Wucherpreise

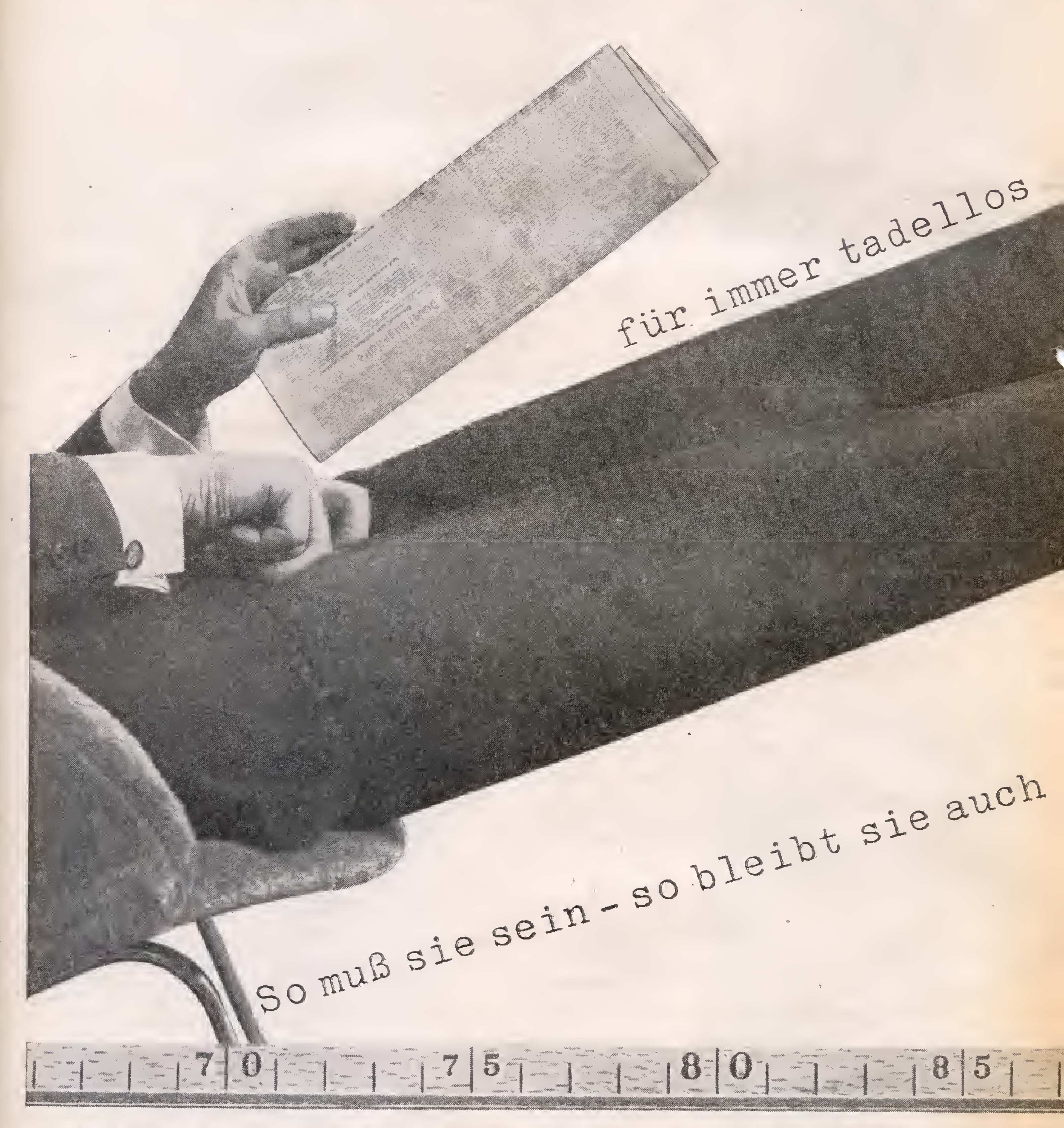
Auch Rodi & Wienenberger scheinen nicht ganz sicher zu sein. Zwar brüstet man sich damit, dem Weiß „alle deutschen Bezugsquellen verstopft" zu haben, aber immerhin schickte RW-Direktor Franck seinen Prokuristen Erwin Raupp im Juli vorigen Jahres nach Frankfurt, um mit Leon Weiß über einen Waffenstillstand im Uhrenkrieg zu verhandeln.

Man saß im Lokal „Schultheiss im Westend" bis in die Nacht zusammen und trennte



Weiß-Kampagnan **Paluch**
... ein würgendes Festpreisnetz

Die dauerhafte Bügelfalte in Wolle



Wolle ist Maßstab für Qualität

sich ergebnislos. Weiß verlangte — laut Raupp — erst 500 000, dann 300 000 Mark Abstand, wenn er sich dem Pforzheimer Preisdiktat anbequemen solle. Raupp bot — laut Weiß — 100 000 Mark und verlangte, Weiß solle den üblichen Preisbindungsrevers unterschreiben, worauf man ihn nach einer Frist von sechs Wochen ordnungsgemäß und mit Zuteilung einer Kundennummer wie jeden anderen Händler beliefern wolle.

Im Februar dieses Jahres fand dann eine andere Kammer des Frankfurter Oberlandesgerichts die RW-Preisbindung lückenlos genug, um dem Leon Weiß das Brechen des Preises der Pforzheimer Bänder durch eine Einstweilige Verfügung zu untersagen. Allerdings ließen die Richter auch diesmal die Rodi-Leute nicht völlig triumphieren: Die im Ausland gekauften Bänder, so urteilten sie, dürfe Weiß unter gebundenem Preis verkaufen, wenn er sie nicht von den unter Pforzheimer Re-Import-Verbot stehenden Ersterwerbern bezogen habe

Zum heikelsten Punkt des ganzen Streits, nämlich zur Frage nach den wirklichen Kosten der RW-Bänder, legte die Firma im Prozeß einen wenig überzeugenden Persilschein vor. Sie hatte sich von dem Pforzheimer Wirtschaftsprüfer und Steuerberater Dr. Karl Lutwitzi, der seit Jahren als Prüfer der RW-Bücher mit der Gesellschaft in enger Verbindung steht, bescheinigen lassen, „die nach den Regeln der betriebswirtschaftlichen Kostenermittlung“ festgestellten Kosten lägen so hoch, „daß bei einem Verkaufspreis von DM 11,35 pro Stück . . . ein kalkulatorischer Gewinn von nicht mehr als 12 Prozent verbleibt“.

Die Frankfurter Richter vermieden es, in den Kalkulations-Dschungel einzudringen. „Es kann dahingestellt bleiben“, orakelten sie, „ob die Preisspannen angemessen sind. Nach dem Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen (Kartellgesetz) haben die Gerichte nicht mehr über die Angemessenheit der vorgeschriebenen Preise zu entscheiden.“

Sie nahmen die zwölf Prozent kalkulatorischen Gewinns als gegeben hin („Wie der Wirtschaftsprüfer Lutwitzi zu diesem Ergebnis kommt, hat er zwar nicht näher erläutert“). Dafür, daß die vorgeschriebenen Aufschläge von 40 und 66 Prozent für den Groß- und den Einzelhandel „in dieser Höhe wucherisch sind“, so befand das Gericht, „haben die Antragsgegner (Weiß) die Beweispflicht“.

Die abstruse Unterscheidung zwischen einem „nicht angemessenen“ Preis — für dessen Feststellung das Kartellamt zuständig ist — und einem „wucherischen und sittenwidrigen“ Preis — der in die Zuständigkeit der ordentlichen Gerichte fällt —, ist eine Folge des bundesdeutschen Kartellgesetzes.

Nach diesem Gesetz sind vertikale Preisbindungen — vom Hersteller zum Händler — für Markenartikel generell erlaubt und bedürfen nur einer Anmeldung beim Kartellamt. 168 808 Preisbindungen — davon 78 942 in der Autoindustrie — waren Ende letzten Jahres von 949 Firmen angemeldet worden und machten das würgende Netz sichtbar, das sich über Erhards freier und angeblich sozialer Marktwirtschaft zusammenzieht.

Vom Kartellamt verfolgt und gegebenenfalls mit einem Verbot der Preisbindung geahndet werden lediglich Mißbräuche, also etwa „nicht angemessene“ Preise, die im Einzelfall jedoch nur sehr schwer nachweisbar sind.

Dem Bundeskartellamt liegt Weißens Antrag vor, die Preisbindung von RW wegen „übermäßiger Verdienstspannen“

für unwirksam zu erklären. Das Amt hat am 6. Mai vorigen Jahres mitgeteilt, daß es „eingehende volks- und betriebswirtschaftliche Voruntersuchungen eingeleitet" habe.

Bei diesen Untersuchungen mögen die Kartellbeamten auf die Tatsache stoßen, daß die Rodi & Wienenberger AG mit ihrer Produktion von mehreren Millionen Bändern pro Jahr und einem Marktanteil, der nach vorsichtiger Schätzung weit über 50 Prozent liegt, derjenigen Position zumindest nahesteht, die man als marktbeherrschend kennzeichnet.

Ein Beweis für die Führerstellung des Unternehmens ist auch darin zu sehen, daß RW-Konkurrenten — beispielsweise die Pforzheimer Firmen Fr. Speidel und Kollmar & Jourdan — ihre weithin unbekannten Erzeugnisse im Schatten des großen Bruders stillschweigend mit fast denselben Preisen gebunden haben.

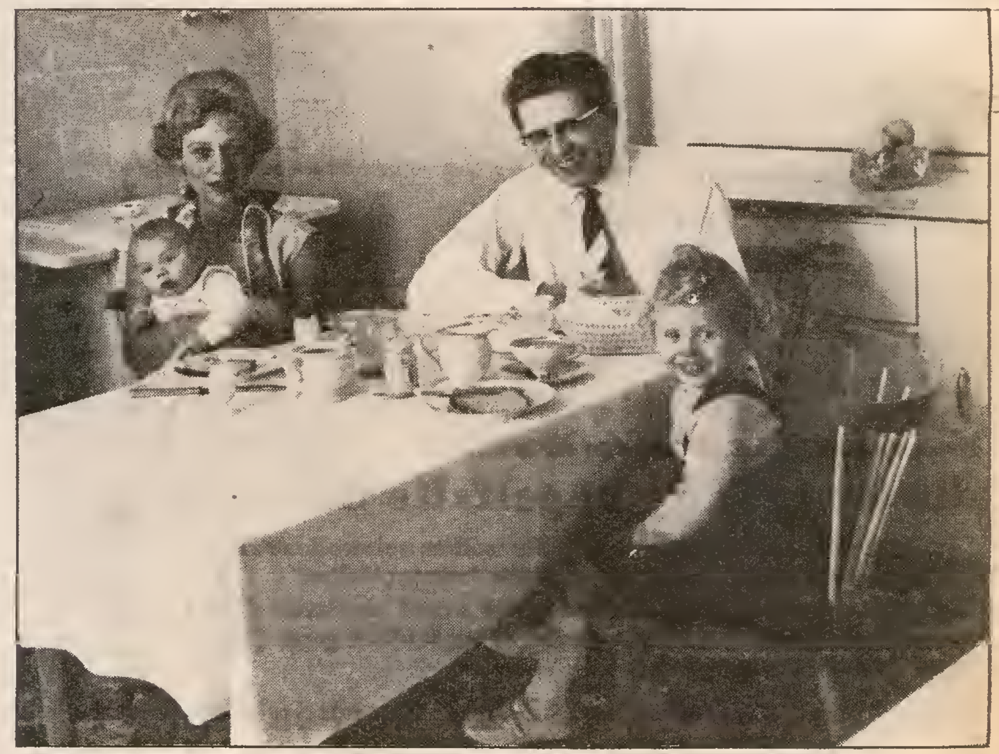
Es könnte die Kartellbeamten auch interessieren, daß RW in den letzten Jahren augenscheinlich glänzend verdient haben. So ist es der Gesellschaft immerhin gelungen, 6,2 Millionen Mark freie Rücklagen anzusammeln, fast viermal soviel wie das Aktienkapital von 1,625 Millionen Mark. Der Bilanzposten „Sonstige Rückstellungen" weist weitere 8,95 Millionen Mark aus, mehr als das Fünffache des Grundkapitals. RW-Aktien zählen mit einem Kurs von 1200 heute zu den zehn höchstbewerteten westdeutschen Papieren.

Da das große Geschäft wohl nicht mit „Floralia"-Schmuck und Uhrengehäusen gemacht worden ist — sagt ein Pforzheimer Branchenkollege: „RW lebt von Fixoflex" —, hat sich der Armbandverkauf mit seinen „12 Prozent kalkulatorischem Gewinn" als erstaunlich ergiebig gezeigt.

Schließlich huldigen auch Rodi & Wienenberger der sonderbaren Methode westdeutscher Preisbinder, ihre angeblich lückenlosen und knapp kalkulierten Preissysteme durch großzügige Skonti und Rabatte selbst lächerlich zu machen. So bekommt ein Händler bei RW fünf Prozent Skonto für Barzahlung und schon bei 3000 Mark Jahresumsatz — etwa 100 bis 150 Bänder — weitere fünf Prozent Mengenbonus. Den Endverkaufspreis darf er jedoch keineswegs etwa um diese zehn Prozent herabsetzen.

Einer Rüge des Kartellamts mag es jedoch gar nicht bedürfen, um RW und anderen Aposteln der Preisbindung bessere Einsicht aufzudrängen. Auch die Rodi-Leute klagen nämlich schon über Absatzschwierigkeiten, zum Beispiel auf den Exportmärkten. Im Grunde, so läßt sich mit einiger Sicherheit vermuten, ist es selbst den Pforzheimern schwergefallen, das Weiß-Geschäft mit 10 000 Bändern monatlich auszuschlagen.

Auch auf dem Uhrenmarkt — wie auf den Märkten vieler Konsumgüter — läuft heute das Angebot der Nachfrage davon. Der eingefahrenen — und nachfragehemmenden — Vorstellung einer „Uhr fürs Leben" kann nur mit der von Dr. Witthöft propagierten „Weckung neuer Käuferwünsche" begegnet werden. Dazu würde etwa der Wunsch nach einer zweiten Uhr für besondere Gelegenheiten gehören oder einfach das Verlangen, die Uhr im Lauf der Jahre häufiger zu wechseln, wie man es beim Auto gewohnt ist.



Weiß-Familie: Vom Hausierer-Koffer zu rotem Plüsch

Käuferwünsche lassen sich jedoch mit einem starren System hoher Handelsspannen schlecht wecken, um so weniger bei einem Artikel, der ohnehin nach landläufiger Ansicht teuer sein muß, um gut zu sein.

Die Uhrenhändler haben schon vor und trotz Leon Weiß dieses Dilemma erkannt und sich ihm stillschweigend zu entziehen versucht. Nicht nur die Hilfsstudenten des Leon Weiß konnten preisgebundene Junghans-Uhren allenthalben unter Preis erwerben, auch andere Testkäufer haben diese Erfahrung gemacht. Ein Uhrenhändler Reinhardt klagt in der „Uhr" bitterlich, daß er auf einer Test-Tour durch westdeutsche Fachgeschäfte „grundsätzlich und anstandslos" den verlangten Preisnachlaß erhalten habe.

Außer den vielen stillen Preisbrechern hat Weiß auch noch einige Kollegen, die

sich lauter hervorwagen. Ernst Krämer in Berlin („Ick würde mich ja gerne mit Weiß verbünden, aber der Kerl ist mir zu dumm"), Hans Mönsters in Karlsruhe (der ebenfalls, allerdings still, RW-Bänder unter Preis verkaufte und bisher von der Gesellschaft nicht behelligt wurde) und Margarethe Fitze in Fulda haben in der Branche einen gewissen Ruf erlangt.

Wie in anderen Branchen — etwa bei Kühlschränken und Fernsehgeräten — hat auch hier das Zerbröckeln des starren Preissystems die Industrie bereits zu eiligen Anpassungsmanövern veranlaßt. So stellt Kienzle seit einigen Wochen neben dem 68-Mark-Modell „Automatic" eine „Vollautomatic" her, deren gebundener Endpreis nur noch 59 Mark beträgt. Rodi & Wienenberger haben die Elastizität ihrer Kosten- und Preiskalkulation durch ein neues, dem „Elastofixo"-Band sehr ähnliches Produkt namens „Elastico" bewiesen: Bei einem Uhrmacher-Einkaufspreis von rund sechs Mark darf es für etwa 15 Mark verkauft werden, ist also elf Mark billiger als „Elastofixo".

Letztlich krankt der Uhrenmarkt an der Ausweglosigkeit, in der sich alle längerlebigen Verbrauchsgüter mit einem hohen Anteil von Marken befinden: Die Käufer verlangen die Markenqualität als etwas Selbstverständliches, wissen auch, daß sie sich heute billiger produzieren läßt als je zuvor, und wollen folglich möglichst wenig Geld dafür anlegen. Berlins Uhren-Krämer drückt das so aus: „Meine Kunden wollen nicht eine billigere Uhr, sondern eine teure, die weniger kostet."

Der Käufer verzichtet auch gern auf umfangreiche und preissteigernde Beratung, etwa durch die gelernten Fachkräfte im Uhrenladen, und auf ausgedehnten Kundendienst — Markenartikel gehen ja doch vor Ablauf der Garantiezeit meist nicht entzwei. Die Markenware ist durch die Werbung längst „vorverkauft", wenn der Käufer den Laden betritt.

Das „neue Preissystem", als dessen Held sich Leon Weiß anpreist, hat sich auf dem Riesenmarkt der USA längst eingespielt. Preisbindung ist zwar noch in 29 der 50 Staaten gesetzlich zulässig, aber selbst führende Firmen wie General Electric, Sunbeam, Ronson, McGraw-Edison haben im vorigen Jahr die Festpreise über Bord geworfen, weil es zu kompliziert und zu teuer wurde, sie durchzusetzen.

Die Entwicklung des neuen Preisschemas geht auch keineswegs den Fachgeschäften ans Leben. In den Vereinigten Staaten werden beispielsweise immer noch 43 Prozent aller Uhren durch den Fachhandel verkauft, bei den teureren Steinankeruhren sind es sogar 75 Prozent.

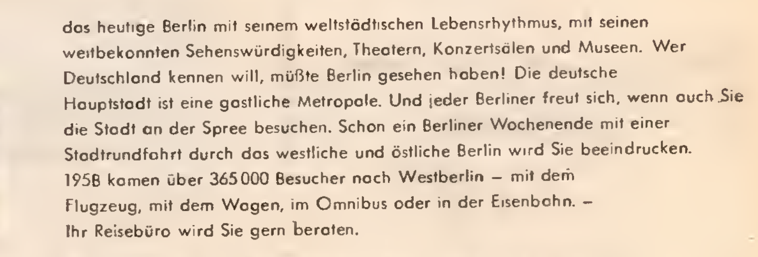
Inzwischen hat sich denn auch beim Zentralverband der Uhrmacher eine ruhigere Beurteilung des Phänomens Weiß durchgesetzt. Sagt Dr. Witthöft: „Die Diskont-Haus-Idee* hat durchaus ihre Berechtigung. Nur soll Weiß keine falschen Behauptungen in die Welt setzen."

Besonders übel hat man dem Preis-Apostel aus Tet die glatten Phrasen vermerkt, mit denen er seine Werbung schmückt. „Der Handel soll dienen" ist sein Lieblings-Slogan, dem die Kollegen entgegenhalten, daß Leon Weiß bei diesem Dienst mindestens ebensoviel verdiene wie der normale Uhren-Einzelhandel. In der Tat sind die Weiß-Aufschläge oft nicht geringer als branchenüblich.

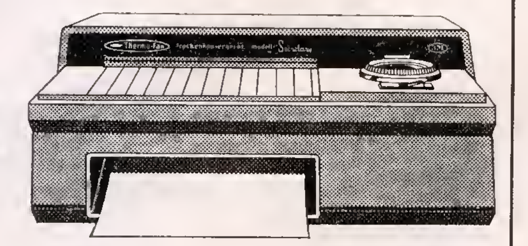
So konnten Weißens Frankfurter Gegner in ihrem jüngsten Inseraten-Feldzug unschwer demonstrieren, daß ihr Konkurrent

* Diskont-Häuser — eine in den USA verbreitete Form des Einzelhandelsgeschäfts — bieten Markenartikel ohne den sonst üblichen Kundendienst, wie etwa Verkaufsberatung, eigene Reparaturwerkstatt oder Lieferung frei Haus, zu knapp kalkulierten Endverkaufspreisen an.











auf seine Einkaufspreise oft mehr als 100 Prozent aufschlage. Weiß, so verkündeten sie, verkaufe etwa eine goldene Nicolet-Automatic mit 121,8 Prozent Aufschlag (200,65 Mark Einkauf, 445 Mark Verkauf), eine andere Nicolet mit 115 Prozent Aufschlag (52,55 Mark Einkauf, 113 Mark Verkauf), die Kienzle-Automatic — als „deutsches Fabrikat in der Kampf-Anzeige vorsichtshalber nicht erwähnt — mit 109 Prozent Aufschlag (21,50 Mark Einkauf, 45 Mark im Laden). Kalauert Weiß: „Der Handel muß dienen, ich habe nicht gesagt, wem."

Seine Aufschläge kalkuliert Leon Weiß mithin durchaus branchenüblich. Dem Frankfurter Uhrenhändler Vomstein zum Beispiel, einem der fünf Inserenten, konnte Weiß auf der Pressekonferenz am 20. August nachweisen, daß er für eine Laco-Uhr, die für 42,65 Mark eingekauft werden kann, einen Ladenpreis von 112 Mark nimmt — 163 Prozent Aufschlag.

Trotz der handfesten Aufschläge auf den Einkaufspreis liegen jedoch Leon Weißens Ladenpreise im allgemeinen 15 bis 20 Prozent unter denen anderer Uhrenhändler. Mit einigen Paradepferden seiner Werbung — beispielsweise der Kienzle-Automatic und den RW-Bändern — vermag Weiß die von den Werken vorgeschriebenen Endverkaufspreise sogar um 36 Prozent zu unterbieten.

Wie er es fertigbringt, gleichzeitig hohe Spannen für sich selbst und einen attraktiven Preis für die Kunden auszutüfteln, dafür hat der geborene Händler eine schlichte Erklärung: „Bei mir ist gar kein Geheimnis. Ich habe Geld in der Tasche, ich bin unterwegs, ich bin Barzahler, ich quetsche, ich hole den besten Preis raus." Pflichtschuldig bestätigt das Uhrmacher-Hausorgan „Die Uhr": „Im richtigen Einkauf liegt der Segen."

Trotz dieser richtigen Einsicht der „Uhr" verübelt man dem Leon Weiß gerade sein brillantes Händlertalent. Bei den leitenden Herren der gutschwäbischen Rodi & Wienenberger wird mit dezenten Hinweisen auf die „Religionszugehörigkeit" des Gegners — „Er geht ja dauernd in die Synagoge" — und auf seine „Hintermänner" nicht gespart. Auch der Uhrmacherverband ergeht sich gern in vagen Ausführungen über unsichtbare Kräfte, die den Leon Lipot Weiß „steuern".

Im allgemeinen zielen solche Spekulationen auf den Kommanditisten der Firma Uhren-Weiß KG, den Baseler Kaufmann Lewis Shelton Weber, 47. Weniger ist damit der dritte Mann des Unternehmens gemeint, der Frankfurter Schmuck-Großhändler Arje Paluch, 46, weil dieser schwarzhaarige kleine Herr, aus Friedland bei Waldenburg in Niederschlesien gebürtig, als Weiß-Kompagnon kaum bekannt ist.

Weber und Paluch — mit je 20 000 Mark Bareinlage an der Uhren-Weiß KG beteiligt — sind keineswegs nur stille Teilhaber. Jede Verkäuferin am Kleinen Hirschgraben und am Kornmarkt kennt die beiden. Lewis Weber ist schweigsam in Dingen, die seine Vergangenheit betreffen. Heute besitzt er die Staatsbürgerschaft der Vereinigten Staaten und leitet zwei in Basel beheimatete Handelsfirmen: die Scientific Auto Products Ltd., Handel und Fabrikation in chemisch-technischen Erzeugnissen, speziell auch der Autobranche, und die Promoventa AG, Import und Handel mit Waren aller Art, Marktforschung, in- und ausländische Beteiligungen.

Von den Münchner Brüdern Hans und Hermann M. Lorz, deren Werbeagentur die Firmen Kienzle und Laco vertritt und die an der Planung des Frankfurter Annoncenkriegs beteiligt waren, kann man einen in der Branche gehegten Verdacht zu hören bekommen: Weber, so vermuten sie, sei nur Mittelsmann der Schwei-

zer Uhrenhersteller Nicolet-Watch S. A. in Tramelan und der Marvin Watch & Co. Ltd. in La-Chaux-de-Fonds, die sich des Leon Weiß für eine „Vernichtungskampagne gegen die auf allen Märkten immer gefährlicher werdende deutsche Uhrenindustrie" bedienten.

Leon Weiß selbst macht aus der Tatsache kein Hehl, daß diese beiden Firmen ihn beliefern. Sollte er mit den Schweizern darüber hinaus noch einen weiteren Pakt geschlossen haben, so weiß er das jedenfalls geschickt zu tarnen: Gerade an den Listenpreisen der Marvin-Leute demonstriert Weiß besonders gern die Absonderlichkeiten der Uhren-Kalkulation.

Auch kann er einen Brief der Firma Nicolet vom November 1958 vorweisen, der ihn freundlich, aber bestimmt zur Preis-Ordnung ruft: „Die Sache kann auf keinen Fall so weitergehen ... Das Risiko, alle Verbindungen mit den deutschen Kunden ... abbrechen zu müssen, ist uns sehr unangenehm."

Überdies steht — nach Weiß — den westdeutschen Fabrikanten, wenn sie ernsthaft an die Schweizer „Vernichtungskampagne" glauben, ein relativ schlichtes Kampfmittel gegen solche Konkurrenz-Methoden zur Verfügung — sie könnten ihrerseits mit Weiß zusammenarbeiten.

Durch den Einfluß Webers und Paluchs — Paluch liefert das Schmucksortiment der Weiß-Läden und stellt Verbindungen zu einschlägigen Großhändlern her — wird der rabiate Leon Weiß etwas gebremst. Sagt Paluch: „Ich bin anders als der Weiß, ich will keinen Streit." Auch Weber meint: „Ich bin des Streites und der Prozesse etwas müde, ich bin kein Kämpfer so wie Weiß, aber er hat recht, wenn er hart bleibt."

Weber und Paluch stellen Leon Weiß auch die notwendige finanzielle Hilfe zur Verfügung, die er zumindest für die Anlaufzeit brauchte. Paluch: „Wir haben bisher alles mit eigener Kraft gemacht, Kredite brauchten wir keine aufzunehmen."

Inzwischen ist Leon Lipot Weiß nach menschlichem Ermessen gut genug fundiert („Wir haben eine Million Mark Reserven"), um zu überleben. Die Neigung seiner Fachkollegen, ihn als Eintagsfliege zu sehen, als unseriösen Schaumschläger, der es nicht lange treiben wird (RW-Direktor Raupp: „Wenn er den Prozeß verliert, ist er erledigt"), scheint heute kaum mehr gerechtfertigt.

Allerdings leistet Leon Weiß solchen abschätzigen Urteilen selbst geflissentlich Vorschub. Er hat eine diebische Freude daran, seinen Gegnern mit ausgesprochen gehässiger Werbung auf den Fuß zu treten. Ebensowenig kann Leon Weiß offenbar auf die Unverschämtheiten verzichten, mit denen er nach Gassenjungenmanier seine Widersacher immer wieder anrempelt.

Anläßlich der Schweizer Uhrenmesse suchte er den Omega-Stand heim und fragte nach Dr. Tobler, dem Geschäftsführer des westdeutschen Omega-Ablegers. Der ließ sich verleugnen, wie Weiß im stillen gehofft hatte. Ein Treffen sei ihm auch nicht so wichtig, ließ daraufhin der Frankfurter wissen, er habe dem Dr. Tobler nur sagen wollen, daß er, Weiß, 2000 Omega-Uhren gekauft habe und sie unter Preis verkaufen werde. Tableau: Tobler war plötzlich zu sprechen, aber jetzt hatte Weiß keine Zeit mehr.

Solche Clownerien begründet Weiß leichthin: „Das Geld ist mir gar nicht mehr so wichtig, ich mache das jetzt aus Spaß. Ein anderer geht in die Spielbank nach Bad Homburg, für mich ist das hier Roulette."

Der Uhrenspieler kann sich heute bereits Hoffnungen machen, daß er eines Tages die Bank sprengen werde. Frohlockte Weiß: „Rodi haben gedacht, ‚den kleinen Weiß pusten wir weg', sind reingefallen. Jetzt können die Rodi nichts mehr machen, haben schon lange bereut, gegen Uhren-Weiß vorgegangen zu sein."

Diese Reue hat inzwischen auch die fünf Frankfurter Inseratenkämpfer gepackt. Das Frankfurter Landgericht erließ auf Antrag von Weiß am letzten Mittwoch eine Einstweilige Verfügung, wonach es Weißens Händlerkonkurrenten untersagt wurde, „Zeitungsanzeigen zu veröffentlichen, in denen sie sich mit dem Verkaufssystem ... der Antragstellerin (Weiß) befassen und im Zusammenhang damit ... die Behauptung aufstellen, daß die Antragstellerin maßlos überkalkuliere".

Leon Weiß hofft indes, seinen Gegnern neuen Kummer zu bereiten, wenn er seine nächsten Pläne in die Tat umsetzt. Im Oktober wird der erste Weiß-Laden außerhalb Frankfurts am Hamburger Glockengießerwall gegenüber dem Hauptbahnhof eröffnet. Außer der Hamburger Filiale stehen Geschäftseröffnungen des Uhren-Weiß in Düsseldorf („auf der Kö"), Essen und Mannheim für die nächste Zukunft bevor.

Am meisten Spaß mag dem unverwüstlichen Preis-Boxer jedoch ein Coup in seiner Wahlheimat Frankfurt bereiten: die Eröffnung eines dritten Geschäfts, diesmal direkt gegenüber der Hauptwache.



Neuer Weiß-Laden in Frankfurt: 1960 Vorstoß zur Kö

GEWERBE

SPIELHALLEN

Moralische Anstalten

Ihr alle, liebe Leser, Aufsteller, Spielhallen-Besitzer, Fabrikanten und Großhändler werdet im gewohnten SPIEGEL-Jargon eins verpaßt kriegen Euch wird es jucken und es wird euch gelüsten, euch zu kratzen, indem ihr protestierende und empörte Briefe an den SPIEGEL schreibt. Das ist verständlich. Doch überlegt euch vorher, was dabei herauskommt. Abgedruckt wird doch nur, was dazu dient, euch zu veralbern und bloßzustellen, was anderen Zuschriften widerspricht und dadurch unglaubhaft wird . . . Wir warnen deshalb und bitten: Laßt die Finger vom Kugelschreiber . . . Lest, denkt und schweigt!

„Automatenmarkt", Fachzeitschrift für Internationale Münzautomaten-Wirtschaft, 1. September 1959.

Die bundesdeutschen Spielhallen, jene grellbunten Etablissements, in denen man rein zum Vergnügen oder auch in der Hoffnung auf einen Gewinn Groschen in die verschiedenartigsten rasselnden und klingelnden Apparate stecken kann, haben gegenwärtig einen verblüffenden Reputations-Anstieg zu verzeichnen: Die Besitzer der Groschengräber, eben noch als gewissenlose Taschengeldräuber verschrieen — jedenfalls, sofern es sich um die Verleitung Jugendlicher zum Glücksspiel handelt —, dürfen heute ihre Glücksspiel-Institute mit Fug und Recht als Anstalten zum Schutze der Jugend vor moralischem Verfall betrachten. Die „Aktion Jugendschutz", ein Zusammenschluß aller mit Jugendschutz befaßten öffentlichen und privaten Institutionen, hat es ihnen bestätigt.

Die absonderliche Gemeinschaft der Jugendschützer mit den Spielhallen-Unternehmern ist das Ergebnis eines grotesken Kampfes zwischen

- dem Verband der Deutschen Automaten-, Sport- und Spielhallen-Besitzer e. V., der die Interessen von rund 125 Spiel-Etablissements vertritt, und
- dem Zentralverband der Organisationen des Deutschen Automaten-Aufstellgewerbes (ZOA), dem fast zweieinhalbtausend Automatenaufsteller angehören, deren Geräte in Gaststätten und ähnlichen Örtlichkeiten hängen oder stehen.

Ursprünglich waren auch die Spielhallen-Besitzer im ZOA organisiert. Einen eigenen Verband gründeten sie erst 1954, nachdem sich — angesichts moralisch verbrämter Presseangriffe — fast die gesamte übrige Automatenbranche von den Spielhallen-Inhabern distanziert hatte. Die 1955 vollzogene dritte Änderung des Paragraphen 33d der Gewerbeordnung* entsprach dem Presse-Trend: Nun durften nur noch zwei Geldspielautomaten je Spielhalle aufgestellt werden. Der ZOA hatte diese Neuregelung zum Ärger der Spielhallen-Besitzer nicht nur nicht bekämpft, sondern sogar gefördert, denn die Mehrheit der übrigen Automatenaufsteller konnte sich ausrechnen, daß die Verbannung der *Gewinn*automaten aus den Spielhallen — bis auf je zwei Geräte dürfen die Hallenbesitzer nur noch reine *Unterhaltungs*automaten aufstellen — einen entsprechenden Mehrbedarf an Geldspielautomaten in Kneipen und Gaststätten zur Folge haben würde, was tatsächlich auch der Fall war.

Die Spielhallen dagegen wurden durch das Gesetz schwer angeschlagen: Die handlichen, relativ billigen (700 Mark) Geldspielautomaten mit ihrem geringen Raumbedarf sind das wirtschaftliche Rückgrat der Spielhallen. Sie werden an der Wand aufgehängt — im Gegensatz zu den meistens tischförmigen Unterhaltungsautomaten — und haben den umsatzsteigernden Vorteil einer kurzen Spieldauer von nur rund 15 Sekunden. Ein solcher Apparat erbringt nach Angaben des Spielhallenverbandes eine Brutto-Einnahme von etwa 120 Mark im Monat — zuwenig bei nur zwei Geräten, aber eine solide Basis, wenn neben den Unterhaltungsgeräten ein halbes Dutzend oder mehr solcher Groschenschlucker an der Wand hängen.

Spielhalle: Vom Jugendschutz empfohlen

1957 mußte der Spielhallen-Verband unter seinen beiden Präsidenten Willi Becker, Oberhausen, und Lars K. Skriver, Hamburg, noch einen zweiten schweren Schlag hinnehmen: das Gesetz zum Schutze der Jugend in der Öffentlichkeit, das den Spielhallen einen großen Teil ihrer jugendlichen Stamm-Glücksritter raubte. Als moralisch vertretbares Alter für den Spielhallen-Besuch wurden 18 Lebensjahre fixiert. Kommentar des Becker-Skriver-Verbandes: „Die jugendlichen Spielhallen-Kunden wurden in die Kneipen getrieben, in denen sie — unter Alkoholeinfluß — nun noch mehr Geld in die Automatenschlitze warfen. Für sie wurden verstärkt Geldspielgeräte aufgestellt."

Erst im Frühjahr dieses Jahres sahen Becker und Skriver eine Chance, Löcher in den Zaun zu brechen, der in Gestalt des Paragraphen 33d der Gewerbeordnung zwischen den Spielhallen-Unternehmern und besseren Profiten steht: Seit April liegt dem Bundestag ein Entwurf für eine Änderung des störenden Paragraphen vor.

Die Spielhallen-Funktionäre beknien seitdem das federführende Bundeswirtschaftsministerium mit der Forderung, die zahlenmäßige Beschränkung der Geldspielautomaten auf je zwei pro Spielhalle fallenzulassen und statt dessen vorzuschreiben, daß die Hälfte der Belustigungsapparaturen einer Spielhalle Geldspielgeräte sein dürfen. Becker und Skriver genierten sich nicht einmal, den ZOA-Konkurrenzverband um Schützenhilfe für diese Forderung anzugehen.

Wie nicht anders zu erwarten, lehnte die Mitgliederversammlung des ZOA diese Offerte rundweg ab und beschloß, „jedem Antrag des Spielhallen-Verbands auf eine Erhöhung der Zahl der Geldspielgeräte die Unterstützung zu versagen".

Darauf hatten Becker und Skriver anscheinend nur gewartet, denn die Antwort — von Skriver „Konterschlag", vom Verbandsblatt der Gegenpartei wütend „Dolchstoß" genannt — ließ nicht lange auf sich warten. Becker und Skriver machten dem Wirtschaftsministerium einen Vorschlag, der in der Tat für das kneipengebundene Automatengewerbe tödlich sein könnte: Sie regten an, das Aufstellen von Geldspielautomaten überhaupt nur noch in Spielhallen zu gestatten.

Daß dieser Vorschlag gute Aussichten hat, bei Jugendschützern, Kirchen und Parlamentariern Beifall zu finden, liegt in der Tatsache begründet, daß nur ein sehr geringer Teil der Groschenschlucker in den als Lasterhöhlen verrufenen Spielhallen steht oder hängt: knapp 2500 Stück von insgesamt etwa 100 000. Mit anderen Worten: Wenn Beckers und Skrivers Vorschlag, der außerdem für Orte bis 50 000 Einwohner die Konzessionierung nur einer Spielhalle und für jede weiteren 50 000 Einwohner eine zusätzliche Spielhalle vorsieht, Gesetz würde, müßten mehr als 90 000 Geldspielautomaten in Kneipen und Gaststätten abgebaut werden; dagegen würde die Zahl der Geldspielgeräte in den Spielhallen nur auf etwa 7500 ansteigen.

Der Becker-Skriver-Verband ließ es sich angelegen sein, zur Begründung seines Vorschlags auf Gerichtsurteile hinzuweisen, in denen festgestellt wurde, daß die Spielhalle als Aufstellplatz „am ehesten geeignet ist, Jugendliche vor dem Spiel an solchen Spielgeräten zu bewahren". Zahlreiche dem Becker-Skriver-Verband angeschlossene Spielhallen-Besitzer beschäftigen ausgediente Polizeibeamte als Kontrolleure mit der Aufgabe, Jugendliche aus den Hallen fernzuhalten.

Soviel Wohlanständigkeit in Tun und Planen blieb denn auch nicht ohne Lohn: Die Bundeszentrale der „Aktion Jugendschutz" in Hamm (Westfalen) bestätigte dem Präsidenten Skriver, daß dessen Bestrebungen ihre „volle Billigung" fänden. Schrieb der Vorsitzende der „Aktion Jugendschutz", Leitender Regierungsdirektor Becker: Die Jugendschützer würden es sehr begrüßen, „wenn künftig Geldspielautomaten nur in Spielhallen Aufstellung finden würden, nicht aber in den zahlreichen Gastwirtschaften".

Angesichts derart honoriger Rückendeckung hoffen Becker und Skriver zuversichtlich, daß der Bundestag den neuen Paragraphen 33 d so gestalten wird, wie es zum Wohle der Jugend und der Spielhallen-Besitzer notwendig ist.

* Paragraph 33d der Gewerbeordnung regelt die gewerbsmäßige Aufstellung mechanisch betriebener Spiele und Spieleinrichtungen mit Gewinnmöglichkeiten.

Diese vier „Seeleute" lieben den frischen Wind

'Dralon' - Inbegriff zeitgemäßer Qualität

Gerade die jungen Männer unserer Tage lieben das atemberaubende Tempo des Fortschritts, den Schwung der Zeit, in die sie hineingeboren sind. Auch ihre Kleidung ist Ausdruck ihrer weltoffenen Haltung, auch hier nutzen sie den Fortschritt für sich: sie tragen 'Dralon'; denn es entspricht ihren modernen Anforderungen. Ob wir 'Dralon'-Anzüge für den Sommer oder für den Winter kaufen: 'Dralon' ist immer herrlich leicht und angenehm zu tragen. Ja, wir können froh sein, daß es 'Dralon' gibt — daß man sich beim Kauf beruhigt sagen kann:

Warum Muttis Wert darauf legen, daß ihre Jungens von 6 bis 60 'Dralon' tragen: ■ Sie sehen in ihrer 'Dralon'-Kleidung immer gut aus ■ und — 'Dralon'-Anzüge sind so leicht zu pflegen ■ ihren Bügelfalten schadet nicht einmal ein Regenguß.

Diese eleganten und zugleich zweckmäßigen Anzüge erhalten Sie in fortschrittlichen Fachgeschäften oder Kaufhäusern. Auch gute Herrenschneider halten für Maßanzüge 'Dralon'-Stoffe bereit.

Es gibt Stoffe aus 'Dralon' in Mischungen mit Schurwolle oder Chemiefasern und Stoffe aus rein 'Dralon'.

Greif zu - dralon ist Bayer-Qualität



INTERNATIONALES

TRUPPEN-STÄRKE

Der amerikanische Oberbefehlshaber der Nato-Truppen in Europa, General Norstad, hat die Theorie zerstört, nach der die Sowjet-Union der Nato militärisch überlegen ist. Vor dem Bewilligungsausschuß des amerikanischen Repräsentantenhauses rechnete Norstad kürzlich aus, daß die Nato „unter Ausschluß der amerikanischen und kanadischen Streitkräfte" 3,5 Millionen Mann unter Waffen hält. Dagegen betrage die Stärke der sowjetischen Wehrmacht etwa 4,5 Millionen Mann. Füge man noch die eine Million Satelliten-Soldaten und die 2,5 Millionen Mann kanadischer und amerikanischer Truppen hinzu, ergebe sich folgendes Bild:

▷ Nato-Truppen: 6 Millionen Mann,

▷ Ostblock-Truppen: 5,5 Millionen Mann.

ZITAT

„Unter den westlichen Bundesgenossen sollte es nicht immer notwendig sein, sich gegenseitig des guten Willens zu versichern. Das ist so, als erwarte man von dem Obersten Richter alle paar Monate die Erklärung, er wolle auf keinen Fall den Staatsschatz der Vereinigten Staaten plündern." (Der amerikanische Star-Kolumnist Walter Lippmann.)

EISENHOWER-REISE

Der spanische Trumpf

Die letzten Minuten auf britischem Boden waren sehr gefühlvoll. Ein solcher Abschied, seufzte der amerikanische Präsident, gehöre eigentlich nicht vor die kalten Mikrophone. Mit mildem Lächeln fügte er hinzu: „Ich spüre immer Traurigkeit im Herzen, wenn ich England verlasse." Dann flog er in einer Boeing 707 nach Paris.

Premier Macmillan rief ihm nach: „Unsere guten Wünsche begleiten Sie!" Denn alle seriösen Zeitungen beiderseits des Atlantik hatten prophezeit, daß Frankreich — dem atlantischen Bündnis seit Monaten halb entfremdet — die schwierigste Etappe dieser Präsidenten-Reise sein werde.

56 Minuten später rollte Eisenhowers Düsenmaschine über die Landebahn von Le Bourget. Der Empfang war sehr gefühlvoll; denn die V. Republik schien entschlossen, sich an spontanem Jubel weder von den Deutschen noch von den Briten übertreffen zu lassen.

Frankreichs Staatschef Charles de Gaulle breitete beide Arme aus, um seinen „treuen Freund und Kriegskameraden" mit einem „Hallo, how are you?" zu begrüßen. Eisenhower strahlte: „Ich bin entzückt, wieder in Paris zu sein." Diesen Willkommenssatz ergänzte er mit einer Schmeichelei, die allen französischen Ohren wohltat: „Für jeden Amerikaner ist Frankreich ein zweites Vaterland, und ich glaube, für mich auch."

Als der amerikanische Präsident schließlich nach einer Jubel-Fahrt an der Seite de Gaulles über die flaggengeschmückten Champs-Elysées — Behörden und Betriebe hatten ihre Angestellten vorsorglich für diesen Nachmittag beurlaubt — den Parisern vor dem Rathaus in französischer Sprache mit hoch erhobenen Armen zurief: „Je vous aime tous" (Ich liebe euch alle), da schien auch diese Staatsvisite, über deren bitterernste Gesprächsthemen zuvor so viel orakelt worden war, zu einer schlichten „Familienangelegenheit" zu werden.

Mit diesem Wort hatte der liberale „Guardian" die sechs Besuchstage Eisenhowers auf der britischen Insel charakterisiert, nicht ohne ein wenig enttäuscht hinzuzufügen: „Aber ihre wirkliche Bedeutung blieb verborgen."

In der Tat waren die offiziellen Sprecher des amerikanischen Präsidenten und der britischen Regierung recht knauserig mit Informationen. Es gab keine Pressekonferenzen des Präsidenten (wie in Bonn), es gab auch kein Schlußkommuniqué. Statt dessen ein freundlich dahinplätscherndes Zwiegespräch zwischen Präsident und Premier vor der Fernsehkamera, in dem die große Politik auf leicht verdauliche Banalitäten reduziert wurde.

Sagte Macmillan: „Sie sprachen vom Frieden, Herr Präsident, und ich stimme Ihnen zu. Ein großer Teil unseres Volkes fürchtet den Krieg ..."

Und Eisenhower erwiderte: „Well, Harold. ... wenn wir über den Frieden sprechen, so sprechen wir über etwas, das für unsere Zeit eine zwingende Notwendigkeit ist."

Worauf Churchill-Sohn Randolph diese schlichte Fernseh-Plauderei im Smoking mit dem boshaften Satz kommentierte: „Es war faszinierend, Macmillan auf dem Bildschirm zusammen mit dem Manager seines Wahlfeldzuges, Präsident Eisenhower, zu sehen."

Der britische Premier hatte sich diese ungewöhnliche Gelegenheit nicht entgehen lassen, im Gespräch mit Eisenhower, dem mächtigsten Mann der westlichen Hemisphäre, angesichts der bevorstehenden Unterhaus-Wahlen einerseits von der Morgenröte eines neuen Commonwealth zu schwärmen, andererseits für erhöhte Exporte englischer Wollstoffe nach den USA zu plädieren (um sich die Stimmen der um ihre Arbeitsplätze besorgten Textilarbeiter zu sichern). Sogar die besonnene Londoner „Times" rügte die „ungesunde Tendenz", anstelle einer Pressekonferenz einen Fernseh-Dialog zu veranstalten, um „unbequemen Fragen aus dem Wege zu gehen".

Die unbequemen Fragen — Algerien, Atom-Bombe, Nato-Direktorium — wurden auch in Frankreich hinter dicht verschlossenen Türen erörtert. Zwar hatte de Gaulle, um das Zwiegespräch mit dem amerikanischen Präsidenten auf Schloß Rambouillet vorzubereiten, bei seiner jüngsten Inspektionsreise in Nordafrika durchblicken lassen, daß er unter dem Stichwort „Selbstbestimmung" eine liberale Algerienlösung vorbereite, doch konnte er nicht erwarten, daß ihm Eisenhower für dieses Unternehmen, dem noch immer das ominöse Wort „Befriedung" anhängt, eine Blanko-Vollmacht erteilen werde. Dennoch schrieb „Paris-Presse" optimistisch: „Der Präsident ist bereits von Macmillan — ebenso wie von Bundeskanzler Adenauer — aufgefordert worden, diese Politik zu unterstützen."

Die Polit-Strategen im State Department hatten sich im übrigen schon vor der Präsidenten-Reise einen Schachzug ausgedacht, um Frankreichs Sitz-Streik in der Nato unauffällig zu beenden, ohne den atomaren Ehrgeiz des gaullistischen Regimes stillen zu müssen. Sie luden den spanischen Außenminister Fernando María Castiella y Maiz — zum Befremden der britischen Regierung — zu einer Aussprache mit Präsident Eisenhower nach London ein.

Dem Dr. jur. Castiella war noch 1951 das Agrément als Botschafter Spaniens am Hofe von St. James verweigert worden, weil er 1941 als Kriegsfreiwilliger in der „Blauen Division" an der deutschen Ostfront gedient hatte und dort mit dem Eisernen Kreuz dekoriert worden war. Außerdem hatte der Professor für Völkerrecht — was die Briten viel schlimmer traf — in demselben Jahr im Auftrag der Franco-Regierung ein Buch („Spanische Ansprüche") geschrieben, worin er das englische Gibraltar für Spanien beanspruchte. Nun konferierte der unerwünschte Gast, seit zwei Jahren Außenminister General Francos, mit dem amerikanischen Staatsoberhaupt in der britischen Hauptstadt. Mehr noch: Englands Außenminister Selwyn Lloyd gab für den Spanier ein Frühstück.

Auf neugierige Journalisten-Fragen, ob über Amerikas militärische und wirtschaftliche Hilfe für Spanien verhandelt worden sei, antwortete Eisenhowers Pressechef James Hagerty lakonisch: „Das wurde diskutiert." Doch er korrigierte sich sogleich: Man habe lediglich über „Hilfe" (aid) gesprochen — ohne schmückende Beiworte.

So viel auffälliger Geheimhaltung hätte es kaum bedurft, um jenes diplomatische



Stockholms-Tidningen

„Man muß sie beide im Auge behalten!"

Geschäft bekannt werden zu lassen, dem sich der spanische Außenminister in London offensichtlich mit Erfolg gewidmet hat. Im Tausch gegen eine umfangreichere Wirtschafts- und Finanzhilfe bot Castiella dem amerikanischen Präsidenten Raketen-Stützpunkte in Spanien — insbesondere auf der Ferien-Insel Mallorca — an, mit denen die USA einem halsstarrigen de Gaulle demonstrieren könnten, wie wenig die Nato auf die französischen Basen angewiesen ist. Spanien beherbergt bereits einen Teil des Strategischen Bomber-Kommandos (SAC) der USA.

Castiella — „die Grundlage des Friedens ist die Einheit des Westens" — dementierte zwar bei seiner Ankunft in London, daß er Spaniens Aufnahme in die Nato


Europa-Reisender **Eisenhower, Verbündeter:** „Ich liebe euch alle!"

fordern wolle, doch verließ er die britische Hauptstadt mit einer Einladung der englischen Regierung, zu einem späteren Zeitpunkt als ihr offizieller Gast zurückzukehren. Daraufhin prophezeite der liberale „Guardian" bereits, Großbritannien werde mit der Mehrheit stimmen — „wenn auch ohne großen Enthusiasmus" —, falls im Atlantikrat über den Beitritt Spaniens entschieden werden sollte.

Den spanischen Trumpf in der Tasche, konnte Eisenhower viel unbeschwerter mit seinem alten Kriegskameraden de Gaulle über jene „Familienstreitigkeiten" innerhalb des westlichen Bündnisses plaudern, die Frankreichs Regierung mit ihrer Obstruktion in der Nato heraufbeschworen hatte. Während manche gaullistische Blätter — um den Spielraum anzudeuten, den sich die französische Diplomatie offenhalten möchte — noch demonstrativ mit dem Gerücht spielten, Sowjetpremier Chruschtschew werde nach Paris eingeladen, schien es dem französischen Staatschef ratsam, die Isolierung nicht zu weit zu treiben.

„Zwischen uns ist alles sehr gut gegangen", kommentierte de Gaulle selbst seine Besprechungen mit dem amerikanischen Präsidenten, obschon Eisenhower ihn weder einlud, dem Atom-Klub beizutreten, noch ihm jenes lang umstrittene Nato-Direktorium zum Geschenk machte.

Der Pariser Besuch verlief allerdings trotz aller zur Schau gestellten familiären Herzlichkeit nicht nach jener in London von Macmillan geprägten Formel „Ein bißchen Arbeit — ein bißchen Entspannung"; denn Eisenhower konferierte allein mit de Gaulle zwölf Stunden und empfing außerdem noch den italienischen Regierungschef Segni nebst Außenminister sowie den Holländer Dr. Luns als Präsidenten des Nato-Rates und Nato-Generalsekretär Spaak. Er erschien auch überraschend vor dem Ständigen Nato-Rat und versicherte dort mit deutlicher Spitze gegen den französischen Gastgeber, der für sich hartnäckig eine Sonderstellung beansprucht, daß es innerhalb der Allianz nur „gleichberechtigte Partner" geben dürfe.

In London feierte der Präsident dagegen fröhliches Wiedersehen mit den Memoiren-Schreibern des letzten Krieges, unter ihnen Altpremier Sir Winston Churchill und der bissige Lord Montgomery, Englands pensionierter Feldmarschall, der an Eisenhowers Weltkriegs-II-Strategie kein gutes Haar gelassen hatte. Dazu ein Beamter der US-Botschaft: „Über Memoiren wurde nicht gesprochen."

Doch hatten die hohen Herren — außer ihren Erinnerungen — ein anderes Hobby gemeinsam, das Eisenhower zwar in Frankreich, seinem „zweiten Vaterland", nicht ausüben, dem er sich jedoch auf dem Landsitz des britischen Premiers in Chequers widmen konnte, sofern nicht gerade das Schicksal der Welt vor oder nach seinem Treffen mit Chruschtschew zur Debatte stand — das Golfspiel.

An einige erholsame Runden Golf dachte der strapazierte Präsident offenbar auch, als er mit müdem Lächeln „von seiner kleinen geheimen Ambition am Wochenende" sprach. Auf dem schottischen Schloß Culzean, in dessen Nähe ein Dutzend prächtiger Golfplätze liegt, überdachte Eisenhower die Ergebnisse seiner Reise zu den europäischen Bundesgenossen, einer Reise mit viel geschickt mobilisiertem Gefühl und einer Handvoll Politik.

Die Bilanz dieser Entdeckungsfahrt in die Alte Welt hatte die „New York Herald Tribune" bereits gezogen, noch ehe der Präsident wieder amerikanischen Boden betrat: „Es muß nun für alle in Ost und West klar sein, daß Chruschtschew — was immer er auch in seinen Gesprächen mit dem Präsidenten vorbringen mag — nicht in der Lage sein wird, die Vereinigten Staaten von Europa zu trennen."

INDIEN

GRENZKONFLIKTE

Druck von Norden

Ich bin der erste Reporter, der Jorhat erreichte", kabelte Geoffrey Thursby vom Londoner „Daily Express" seiner Redaktion und schilderte dann im atemlosen Stil des Kriegsberichters die militärische Aktivität in dem wenige Tage zuvor errichteten „vorgeschobenen Hauptquartier" der indischen Armee in Assam, das weitere chinesische Übergriffe im nordöstlichen Grenzgebiet verhindern soll.

Thursbys Bericht aus dem verschlafenen Jorhat, durch dessen Straßen plötzlich Lastkraftwagen voller Soldaten in Stahlhelmen und grasgrünen Uniformen rollen, während von seinem Flugplatz Transportmaschinen der indischen Luftwaffe starten, um über dem dampfenden Dschungel Proviant und Munition für die bedrängten Grenzposten abzuwerfen, erschien in der vergangenen Woche unter der alarmierenden siebenspaltigen Schlagzeile „An Indiens bedrohter Grenze". Gleichzeitig warf das konservative Blatt dem indischen Verteidigungsminister vor, daß dies eine „Stunde der Schande" für ihn sei. „Kein Mann hat mehr dafür getan, sein Land schutzlos zu machen", zürnte der britische Kommentator, „denn er (Menon) hat es von seinen wahren Freunden isoliert, auf die sich Indien jetzt gegen die Drohung aus dem Norden verlassen könnte."

Militärische Versäumnisse und politische Eigenmächtigkeiten scheinen auch die Oberbefehlshaber der drei indischen Wehrmachtsteile ihrem Verteidigungsminister anzukreiden, dem sie in der vergangenen Woche demonstrativ mit ihrem Rücktritt drohten. Dazu wußte die in Kalkutta erscheinende Zeitung „The Statesman" zu berichten, der 62jährige Sozialist Menon, der als Chefdelegierter bei der Uno und diplomatischer Grenzgänger zwischen Ost und West zur internationalen Prominenz aufstieg, habe eine fragwürdige „politische Infiltration der Streitkräfte" betrieben.

Dem langjährigen Freunde Nehrus, der die Aufnahme des kommunistischen China in die Vereinten Nationen mit missionarischem Eifer betreibt, wurde vorgeworfen, er sei gegenüber den chinesischen Ambitionen an Indiens 3500 Kilometer langer Nordgrenze allzu sorglos gewesen. Krischna Menon, seit über zwei Jahren indischer Verteidigungsminister, hatte ebenfalls seine Demission eingereicht.



Indiens Premierminister Jawaharlal Nehru, der Menon vor dem Parlament sein Vertrauen aussprach, sieht sich damit vor einem doppelten Dilemma. Der zunehmende Druck, den der große kommunistische Nachbar im Norden auf Indiens kaum geschützte Grenzgebiete ausübt, gefährdet nicht nur den außenpolitischen Kurs seiner Regierung, die seit Jahren an dem Dogma der Bündnisfreiheit festhält, sondern hat auch einen innenpolitischen Konflikt ausgelöst, der Indiens militärische Führung zu lähmen droht — und das in einem Augenblick, in dem das Land eine geschmeidige Diplomatie ebenso nötig hat wie ein wirksames Verteidigungsinstrument. Denn die Nachrichten aus den Dschungelwäldern von Assam und den Gebirgstälern des Himalaja lauten nicht gut.

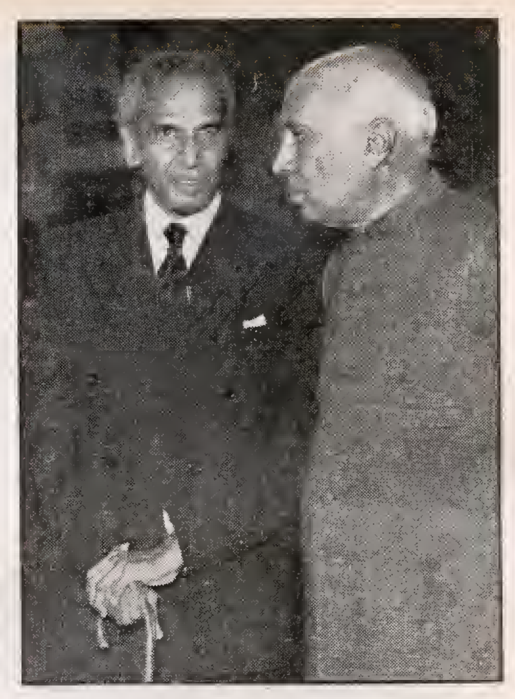
Ende August hatten chinesische Truppen an der Nordost-Grenze einige indische Grenzwachen überrumpelt und nach kurzem Feuergefecht nach Süden abgedrängt. Der Vorposten Longju fiel in chinesische Hand. Seitdem steht der gesamte nordöstliche Grenzbezirk unter dem Kommando der Armee, die am Ufer des Brahmaputra ihr vorgeschobenes Hauptquartier einrichtete und eilig Verstärkungen heranschaffte. Etwa ein Drittel des 500 000 Mann zählenden indischen Heeres soll hinter den gefährdeten Grenzabschnitten versammelt sein.

Bei den Schießereien mit den Soldaten Maos, die noch immer etwa 15 Kilometer tief auf indischem Boden stehen, hat es Tote und Verwundete gegeben. Auch das Fürstentum Bhutan, neben Sikkim ein Schützling Indiens im Himalaja*, meldete chinesische Übergriffe. In den menschenleeren Grenzgebieten Kaschmirs ereigneten sich ebenfalls einige Zwischenfälle.

Während Gerüchte über chinesische Truppenkonzentrationen die indische Öffentlichkeit beunruhigten, erklärte Nehru vor dem Parlament, das erregt die Grenzzwischenfälle debattierte: „Es gibt für uns keine andere Möglichkeit, als die Grenzen unseres Landes zu verteidigen." Den chinesischen Überfall auf Longju nannte Nehru einen „klaren Angriffsakt". Auch den Himalajastaaten Sikkim und Bhutan sicherte der indische Premier militärische Hilfe zu.

Solche starken Worte aus dem Munde des indischen Regierungschefs wurden zwar im Westen („New York Times": „Nehru ... hat die moralische Unterstützung der Vereinigten Staaten und anderer nichtkommunistischer Nationen") beifällig aufgenommen, konnten jedoch nicht verschleiern, daß Indiens Position für den Ernstfall nicht nur militärisch zu schwach, sondern auch juristisch anfechtbar ist. Zwar bezeichnete Nehru die McMahon-Linie** als Indiens unveränderliche Nord-Grenze — „unveränderlich durch Herkommen und Recht" —, doch hat China das Abkommen von 1914, das diese Grenze festlegte, niemals unterschrieben.

Alle heute umstrittenen Gebiete — die Fürstentümer Sikkim und Bhutan, den Nordteil Assams und den Ostteil Kaschmirs, Ladakh, ja sogar das Himalaja-Königreich Nepal sowie Burma — rechnet das rote Peking zu jenen Ländern, die dem kaiserlichen China in Zeiten der Schwäche von den „Imperialisten" entrissen wurden und deshalb eines Tages wieder unter chinesische Herrschaft zurückkehren müßten. Eine Broschüre Mao Tse-tungs („Die chinesische Revolution und die Kommunistische Partei") aus dem Jahre 1939, die heute in Indien zitiert wird, läßt daran keinen Zweifel.



Premier **Nehru**, Minister **Menon** (l.)
China treibt Indien ...

Das bestätigen auch jene mysteriösen chinesischen Landkarten, auf denen bereits vor Monaten mit einem Federstrich große Teile Indiens dem Reiche Maos einverleibt wurden. Als Nehrus Regierung dagegen protestierte, kam im April aus Peking die lapidare Antwort, jene Karten stammten noch aus der Ära Tschiang Kai-scheks; man habe noch keine Zeit gehabt, sie zu korrigieren. Jetzt, so stellte die „Times of India" bestürzt fest, wird die „kartographische Aggression der Chinesen Wirklichkeit".

In der Tat dringen seit Wochen aus dem Himalaja bedrohliche Gerüchte nach Neu-Delhi. So soll der chinesische Beauftragte in Tibet, Tschang Kua-hua, in einer Rede unverblümt die „Befreiung" der Fürstentümer Sikkim und Bhutan sowie Ladakhs und Nord-Assams gefordert haben. In diesen Gebieten, deren Bevölkerung den Tibetern näher verwandt ist als den Indern, sucht China zugleich für eine von Peking ferngesteuerte „Himalaja-Föderation" Propaganda zu machen. Dazu Nehru: „Wir sollten auf alle Möglichkeiten vorbereitet sein."



Pakistanischer Staatschef **Ajub Khan**
... auf die Seite der Demokratie

Zu diesen Vorbereitungen gehört eine fieberhafte diplomatische Tätigkeit in der indischen Hauptstadt, wo bereits der Ministerpräsident von Bhutan, Gigme Dorji, und der indische Resident in Sikkim sowie der in Indien im Exil lebende Dalai-Lama zu Besprechungen eintrafen. Nehru selbst reist in wenigen Tagen nach Afghanistan und Persien.

In Neu-Delhi rätselt man noch immer darüber, welche Ziele China mit seinem militärischen Druck auf die indische Grenze verfolgt. Zwar ist man überzeugt, daß Peking keinen großen Krieg vorbereitet, doch halten westliche Fernost-Experten es für möglich, daß China

▷ mit einem Nervenkrieg sein Einflußgebiet in Südostasien zu erweitern sucht,

▷ die bevorstehenden Gespräche zwischen Eisenhower und Chruschtschew stören will und

▷ von den wirtschaftlichen Schwierigkeiten im eigenen Lande ablenken möchte.

Mit seinen Störmanövern hat Peking wider Willen bereits etwas herbeigeführt, was Millionen von Indern undenkbar schien: eine Zusammenkunft Nehrus mit dem Staatschef Pakistans, General Ajub Khan, der eine Reise in die Osthälfte seines Landes Anfang September in Neu-Delhi zu einem zweistündigen Gespräch unterbrach.

Ajub Khan plädiert seit dem tibetischen Aufstand für eine gemeinsame Verteidigung des indischen Subkontinents, fand jedoch bisher mit seinen Vorschlägen bei dem behutsam zwischen den Machtblöcken lavierenden Premier Indiens taube Ohren. Nehru wollte keine militärischen Bindungen an den in den Bagdad-Pakt und den Südostasien-Pakt (Seato) eingegliederten muselmanischen Nachbarn, mit dem die Indische Union überdies wegen Kaschmir seit Jahren verfeindet ist. Nach dem Gespräch der beiden Regierungschefs hieß es jedoch vieldeutig, alle noch offenen Fragen zwischen beiden Ländern sollten „gerecht und in beiderseitigem Interesse gelöst" werden.

Urteilte der britische „Guardian" vorsichtig: „Die Seato wird zwar auf Indien nicht als Magnet wirken, China hat jedoch Indien endgültig auf die Seite der Demokratie getrieben." Auch in den USA frohlockten die Kommentatoren. „China hat das getan, was die Vereinigten Staaten seit Jahren versucht haben", schrieb die „New York Herald Tribune", „... es hat die Augen Indiens für die kommunistische Bedrohung geöffnet."

Dennoch wird Präsident Eisenhower nicht, wie Englands Wochenzeitung „Observer" voreilig vermutete, auf der Rückreise aus Moskau Indien besuchen. Sein Pressechef Hagerty hat bereits abgewinkt.

---

* Die Himalajastaaten Sikkim (7100 Quadratkilometer, etwa 137 000 Einwohner) und Bhutan (50 000 Quadratkilometer, rund 623 000 Einwohner) haben seit 1949 beziehungsweise 1950 vertragliche Vereinbarungen mit der Indischen Union, wonach diese für Außenpolitik, Verteidigung und Verkehr der beiden Staaten zuständig ist. In Sikkim stehen 2000 indische Soldaten. Bhutan hat eine eigene Miliz aufgestellt, seit die Chinesen Tibet besetzt haben. Ein Politischer Beauftragter Indiens residiert in der Sikkim-Hauptstadt Gangtok.

** Die McMahon-Linie erhielt ihren Namen von Sir A. H. McMahon, der von 1911 bis 1914 dem Vizekönig von Indien als Staatssekretär für Auswärtiges diente. Auf einer Konferenz in Simla legte er 1914 zusammen mit Vertretern Tibets und Chinas die tibetisch-indische Grenze fest. Diese McMahon-Linie verläuft von Burma, das damals noch zu Indien gehörte, über die Nordgrenze von Assam, Bhutan und Sikkim nach Kaschmir. Das Grenzabkommen wurde jedoch nur von Großbritannien und dem damals autonomen Tibet unterzeichnet.

HANDELSBOYKOTT

Der Slum-Pater

Südafrikas redegewandter Außenminister Eric Louw hatte jüngst Gelegenheit, seiner langgehegten Feindschaft gegenüber einem hageren Geistlichen der Anglikanischen Kirche neuen Ausdruck zu geben, einem Mann, der für die weißen Rassentrenner in Südafrika nachgerade zu einem Alpdruck geworden ist. Der englische Pater Trevor Huddleston — so schimpfte Rassentrenner Louw — drohe der Südafrikanischen Union mit seinen internationalen Machenschaften großen Schaden zuzufügen.

Der Außenminister spielte damit auf eine Boykottbewegung in Afrika und Amerika an, die seit einigen Wochen das erklärte Ziel verfolgt, die burischen Nationalisten Südafrikas zu einer Mäßigung ihrer robusten Apartheid-Politik zu zwingen. Wo immer Neger wohnen, werden sie aufgefordert, südafrikanische Waren und südafrikanische Transportmittel zu boykottieren. Dazu Louw: „Diese Idee kommt von Pater Huddleston!"

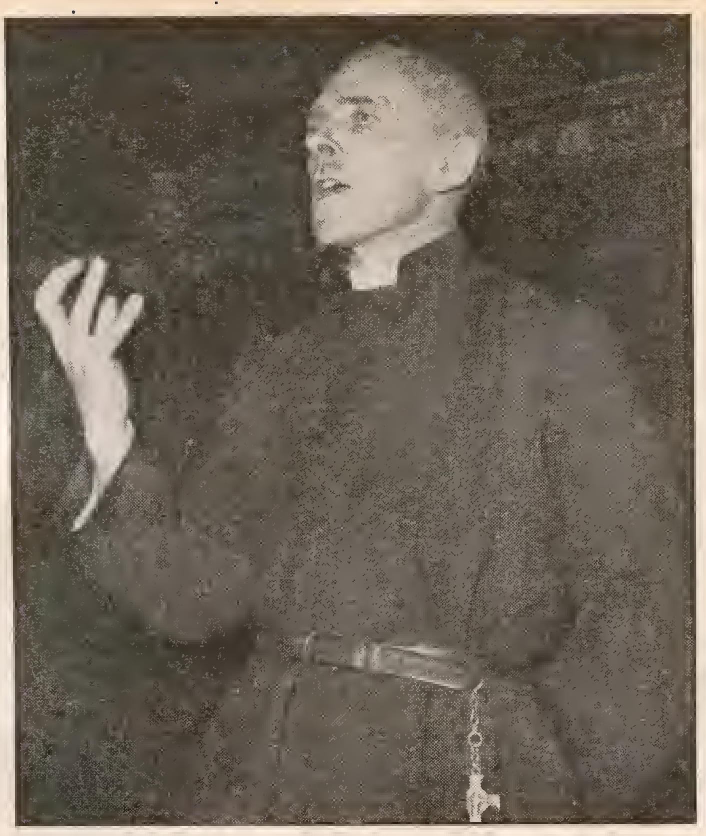
Der im fernen England lebende Geistliche ließ die Herausforderung des Außenministers Louw nicht lange unbeantwortet. Eiferte Trevor Huddleston: „Ich bin in der Tat der Meinung, daß der Handelsboykott eine moralische Waffe im Kampf gegen eine gewisse Rassenpolitik ist. Das habe ich verschiedentlich in meinen englischen Reden ausgesprochen. Wenn einer Gruppe von Menschen in Afrika die verfassungsmäßigen Freiheiten vorenthalten werden, dann muß man eben auf nichtgewaltsame Art dagegen protestieren."

Die Worte des 46jährigen Paters konnten seine Triumphstimmung kaum verbergen, denn zum erstenmal ist es den Gegnern der südafrikanischen Rassenpolitik gelungen, die sonst so selbstsichere Regierung der Union ernsthaft in Verlegenheit zu bringen.

Die Vision eines weltweiten Wirtschaftsboykotts gegen die südafrikanische Regierung hatte den asketischen Mönch und Offizierssohn Huddleston seit jenem Jahr 1943 beschäftigt, in dem ihn die Oberen des anglikanischen Klosters Mirfield als Missionar nach Sophiatown, in die Negerslums von Johannesburg, entsandten. Der hagere Gerechtigkeitsfanatiker lernte rasch die Rassenpolitik Südafrikas zu verachten.

In seinem Bestseller „Nichts zu deinem Trost"* hat der Pater später die Rechtlosigkeit seiner schwarzen Gemeinde beschrieben: zu Tode geprügelte Kirchengänger, von der Polizei verhaftete Schulkinder, gedemütigte Kirchendiener. Huddleston geriet in einen so scharfen Gegensatz zu den herrschenden Mächten in Südafrika, daß er bereit war, die Ungehorsamkeitsfeldzüge der Neger bis zur letzten Konsequenz zu unterstützen.

„Die Unruhen in Sophiatown", polterte Außenminister Louw im April 1956, „sind das natürliche Resultat der verantwortungslosen und aufreizenden Reden des Paters Huddleston und seiner linken Freunde." Und ein anderer Minister stichelte: „Im Mittelalter hätte man einen Mann wie Huddleston auf dem Scheiterhaufen verbrannt!" Die Stellung des Paters war schließlich so unhaltbar, daß ihn seine Oberen aus Südafrika abberufen mußten.



Pater **Huddleston**: Kalter Krieg gegen die Rassentrenner

In England aber entfaltete Huddleston einen regen Feldzug für die Emanzipation der südafrikanischen Neger. Unter dem Beifall aller britischen Zeitungen veröffentlichte er mit seinem Erlebnisbericht „Nichts zu deinem Trost" die bisher kompromißloseste Anklageschrift gegen die Rassenpolitik Südafrikas. Auf der Kanzel, an weltlichen Rednerpulten, in den bereitwillig geöffneten Zeitungsspalten verkündigte er seine Parole: Die Neger der ganzen Welt müßten sich zu einer wirtschaftlichen Boykottbewegung gegen südafrikanische Waren zusammentun, um den bedrängten Schwarzen der Union zu helfen.



Dabei machte der streitbare Gottesdiener kein Hehl daraus, daß sein Bild über die Zustände in Südafrika einseitig ist. Huddleston: „Mein Wahlspruch war immer: Handle nur aus dem Impuls heraus!" Ihm ging es darum, die Menschen zu schockieren und zu einer Aktion aufzuputschen — freilich nur mit friedlichen Mitteln. Als ihn Louw beschuldigte, er stachle die Neger zu Gewaltsamkeiten gegen die Regierung auf, protestierte der Pater: „Für einen christlichen Minister schickt es sich nicht, einen Priester des Aufrufes zur Gewalt zu bezichtigen."

Bald zeigte seine unermüdliche Kampagne erste Wirkungen unter den neun Millionen Negern der Union. Im Sommer 1957 traten — zum erstenmal in der Geschichte Südafrikas — Zehntausende schwarzer Arbeiter in den Streik, um ein staatliches Unternehmen unter Druck zu setzen.

Als die städtische Busgesellschaft des Johannesburger Neger-Vorortes Alexandra eine Erhöhung des Fahrpreises anordnete, stieß sie auf den Widerstand der Neger, die fortan zehn Wochen lang zu ihren Arbeitsplätzen marschierten. Vergebens drohte die Regierung, sie werde den Boykott gewaltsam brechen und die Busse aus dem Verkehr ziehen. Die Neger blieben Sieger.

Der Busstreik von Alexandra machte der Regierung in Pretoria deutlich, wie schwer eine wirtschaftliche Boykottbewegung zu bekämpfen ist. Doch Huddleston ließ sich von den ersten Erfolgen nicht täuschen. Unermüdlich predigte er, die südafrikanischen Neger allein könnten den Kampf gegen die weißen Rassentrenner nicht bestehen; von den Negern ganz Afrikas und von anderen Ländern müsse entscheidende Hilfe kommen.

Sie kam im Dezember 1958, als die Pan-Afrikanische Konferenz in der Goldküsten-Metropole Accra die neun unabhängigen Staaten des schwarzen Erdteils* feierlich aufforderte, gegen Südafrika einen Kalten Krieg zu eröffnen. Mit wirtschaftlichen Sanktionen, dem Boykott südafrikanischer Waren und einem Reiseverbot schwarzer Arbeiter müsse die Union gezwungen werden, ihre diskriminierenden Neger-Gesetze abzuändern.

Der Aufruf von Accra hatte einen unerwarteten Erfolg:

▷ Anfang Juli brach die Regierung von Jamaika alle Handelsbeziehungen zu Südafrika ab.

▷ Kurz darauf beschloß der Gewerkschaftskongreß Ghanas, südafrikanische Waren zu boykottieren und die südafrikanischen Schiffe in den Häfen Accra und Sekondi-Takoradi nicht mehr zu entladen.

---

* Father Trevor Huddleston: „Naught for your Comfort"; Verlag Collins, London; 1956; 256 Seiten; 12½ Shilling.

* Ghana, Guinea, Äthiopien, Liberia, Tunesien, Marokko, Libyen, Sudan, Vereinigte Arabische Republik.

▷ Mitte August erklärten die Gewerkschaftsorganisationen Kenias, Ugandas, Tanganjikas und Sansibars auf einer Konferenz, ihre Mitglieder würden ebenfalls einen Massenboykott südafrikanischer Waren und Schiffe durchführen.

Fast gleichzeitig gaben die Führer des Afrikanischen Nationalkongresses, der politischen Organisation des südafrikanischen Negertums, das Signal zu einer Streikbewegung gegen jene Wirtschaftsunternehmen in der Union, die Südafrikas Rassenpolitik unterstützten.

Die Neger wurden durch lange schwarze Listen angewiesen, bestimmte Marken von Zigaretten, Tee, Konserven und Fruchtsäften nicht mehr zu kaufen. Da die Neger der Union immerhin als Konsumenten (sie geben jährlich 500 Millionen Mark für Konsumgüter aus) ins Gewicht fallen, ist der schwarze Boykott geeignet, die südafrikanischen Industriellen schwer zu treffen.

Wie empfindlich der Boykott-Aufruf die Wirtschaft berührte, spürte die Langeberg-Konsumgenossenschaft, eine Konservenfabrik, die doppelt betroffen war. Während der Boykott der ostafrikanischen Gewerkschaften ihren Absatzmarkt in Ostafrika gefährdete, sah die Leitung der Fabrik ihre Produkte gleichzeitig auch von dem Boykott der südafrikanischen Negerkäufer bedroht.

Kaum war daher der Firmenname auf den Schwarzlisten des Afrikanischen Nationalkongresses aufgetaucht, da bot die Langeberg-Konsumgenossenschaft dem Kongreß bereits einen Waffenstillstand an. Unbeirrt von den Protestrufen der nationalistischen Presse standen die Vertreter der Firma den Negern das Recht auf eigene Gewerkschaften zu und versprachen außerdem, sie würden „nicht mehr den Eindruck aufkommen lassen, als arbeite die Firma mit gewissen Polizeiorganen zusammen und bereite führenden Gewerkschaftlern Schwierigkeiten“.

Die offensichtlichen Erfolge der interafrikanischen Boykottbewegung bewogen die Regierung in Pretoria, diplomatische Schritte zu unternehmen. Außenminister Louw schickte eine Protestnote nach London und forderte, die Regierung Ihrer Britischen Majestät müsse Kolonien wie Jamaika von ihren handelspolitischen Abenteuern abhalten.

„Das Hauptbemühen der weißen Führer in Südafrika“, so ließ sich die „New York Herald Tribune“ aus Johannesburg berichten, „ist darauf gerichtet, eine Ausbreitung der Boykottbewegung auf noch weitere Länder zu verhindern. Würde die Bewegung epidemischen Charakter annehmen und auch auf Großbritannien übergreifen, dann würde die Südafrikanische Union gerade dort schwer getroffen werden, wo sie am verletzlichsten ist — am Geldbeutel.“

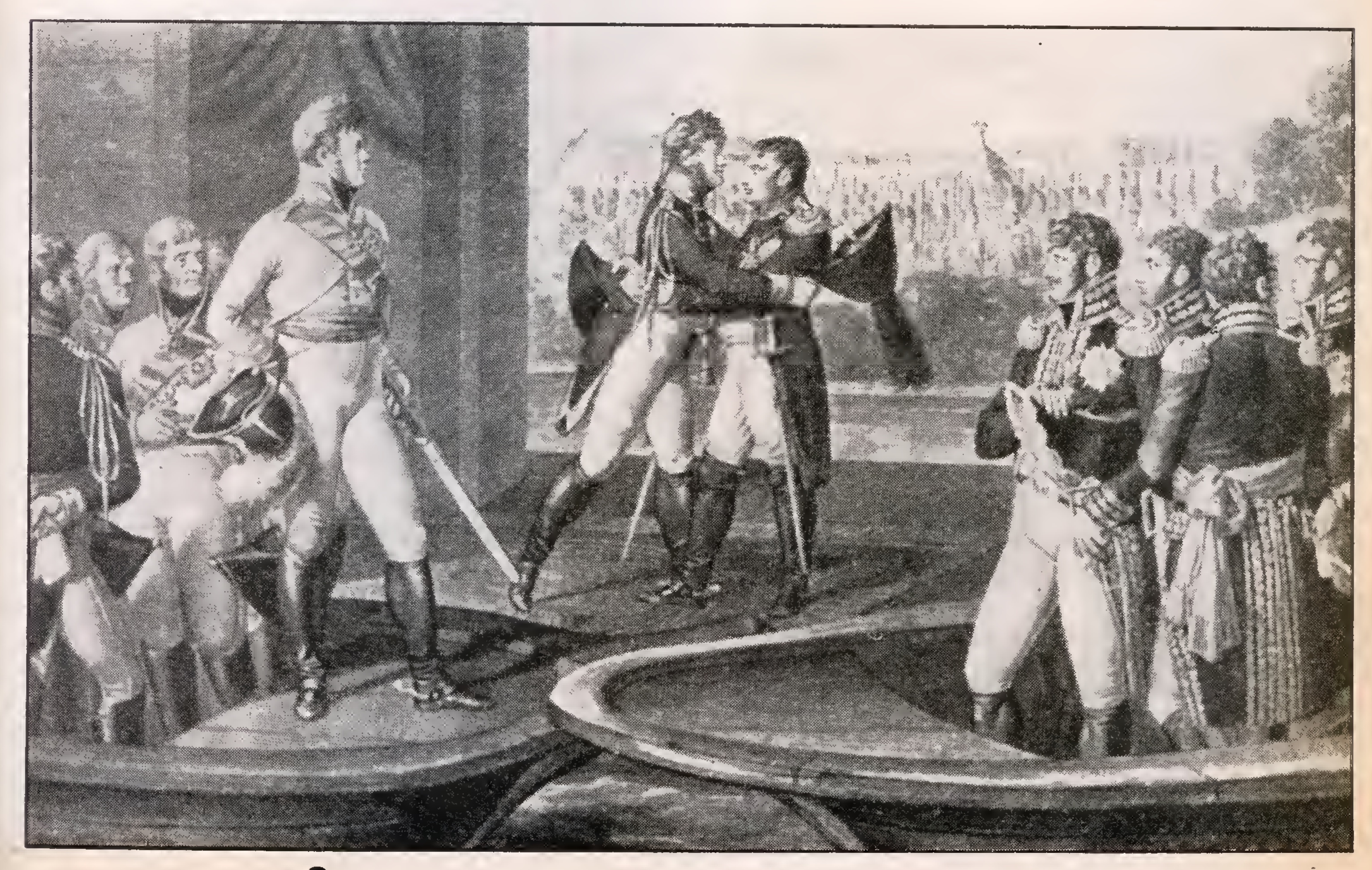
Derartige Besorgnisse haben denn auch Außenminister Louw dazu verleitet, den Pater Huddleston als das Meistergehirn einer internationalen Verschwörung gegen Südafrika zu denunzieren. Der ehemalige Slum-Pater von Johannesburg aber zahlt mit gleicher Münze zurück und hält an seiner Auffassung fest: „Das weiße Südafrika wird sich glücklich schätzen können, wenn es in 50 Jahren noch eine geduldete Minderheitengruppe ist, der man erlaubt, dort zu bleiben, wo sie seit Jahrhunderten lebt.“



GESCHICHTE UNTER VIER AUGEN

Politische Zweiertreffen seit Napoleon

Sie sind nicht immer zusammengekommen, um die Welt aufzuteilen, es ging oft sehr viel bescheidener zu, und ihr Spielraum ist, je demokratischer sich die Welt gibt, um so kleiner geworden. Die Diktatoren sind vielleicht die letzten echten Partner solcher Zwiegespräche; was sie verabreden, wird an den heimischen Parlamenten gewiß nicht scheitern. Schon die Potentaten, nach deren Geschmack einst die Grenadiere zu zähe an ihrem dürftigen Leben hingen, wo es doch um den Ehrgeiz der Könige ging, haben in diesem Jahrhundert nicht mehr vieles zu bestellen gehabt — das Bündnis, das der deutsche Kaiser Wilhelm II. und der russische Zar Nikolaus II. 1905 tränenden Auges schlossen, wurde von den Kabinetten gouvernantenhaft beiseite gelegt, als sei da etwas Unschickliches passiert. Und doch sind es von Zeit zu Zeit immer mal wieder die Männer, die einzelnen, die Geschichte machen — sie sind es ja auch, die in den demokratischsten Demokratien gewählt werden, und nicht die Parteiprogramme. Das Viertel eines Kontinents aufzuteilen wie Aktienbündel unter zwei Konzernen — zu solchen Vorschlägen, wie sie Churchill noch 1944 dem Gesprächspartner Stalin machen konnte, kommt es gewiß nur nach historischen Katastrophen, oder, noch öfter, dicht vor ihnen. Aber es gibt auch jenes Gespräch, das — wie König Eduard VII. 1903 in Paris vorführte — eine traditionelle Rivalität besänftigen und zu einer Entente cordiale führen kann, an die man sich gewöhnt hat, als sei es nie anders gewesen. So sehr sich die Diplomatie für eine exklusive Geheimwissenschaft ausgibt — die Antriebe der Politiker sind so esoterisch nicht. Wer nicht weiß, daß Adenauer in der Weimarer Zeit zweimal in Berlin scheiterte — könnte er es nicht erraten? Die Kulisse spontaner Herzlichkeit, die Gomulkas Treffen mit Nixon einrahmte, wird ebenso gewiß etwas Politisches bewirken, wie es gewiß ist, daß die imposanten Steinschluchten von New York dem einreisenden Nikita Chruschtschew nicht seinen Sputnik-Hochmut verschlagen werden. Die historischen Chancen der Zweiertreffen sind evident — im Sinne des Wortes, man mag es auf den gespannten Mienen der Verbündeten ablesen, die an der Unterhaltung nicht teilnehmen.



❶ *Zar Alexander I. und Napoleon I. auf der Memel bei Tilsit (1807)*



❷ *Karikatur aus dem „Kladderadatsch" (1865): Bismarck trifft Napoleon III. in Biarritz*

❶ Keiner von beiden nahm sich damals die Zeit, seine Verbündeten zu konsultieren. Zar Alexander I. hatte dem bei Jena und Auerstedt schon vernichtend geschlagenen Preußenkönig Friedrich Wilhelm III. zwar späte Waffenhilfe geleistet, aber auch diese russische Hilfstruppe war im ostpreußischen Friedland von Napoleon wie mit beiläufiger Feldherrngeste fortgewischt worden. Sieben Tage später unterzeichnete der Zar einen heimlichen Waffenstillstand, wiederum vier Tage darauf, am 25. Juni 1807, trafen sich der französische Imperator und der Herrscher aller Reußen auf einem Prunkfloß, das in der Memel ankerte. Napoleon, Emporkömmling und Vollstrecker der Großen Revolution, schlug dem Zaren vor, was immer schon in den Köpfen der Usurpatoren gärte und auch später noch oft aufbrodeln wird: der Welt eine neue Ordnung zu geben. Und der Aristokrat Alexander, mächtiger als irgendein Monarch in Europa sonst, akzeptierte. Für solche Begegnung, als Rehabilitierung, apotheotischer Triumph und Machtdemonstration von dem ehemaligen Leutnant aus Korsika geplant, war die prächtigste Kulisse gerade recht. Nach Napoleons Regieanweisung marschierten die Heere an den Ufern des Flusses auf, in Paradeformation zum Wasser einander zugekehrt. Die Kanonen, die noch anderthalb Wochen zuvor gegeneinander gerichtet waren, schossen den Ehrensalut für die Kaiser, als sich im gleichen Augenblick von den Ufern die Boote der beiden Potentaten gelöst hatten. Auf dem Prunkfloß in der Mitte des Flusses – der schwankende Pavillon war mit Eichenlaub, Blumen und den Initialen der Kaiser, einem N und einem A, staffiert – begegneten sich die Herrscher. Sie entließen ihre Begleitung und verhandelten allein, in französischer Sprache. Ein Protokoll wurde nicht angefertigt, aber die Welt merkte bald, was ausgehandelt worden war. Zar Alexander – noch zwei Monate zuvor hatte er dem Preußenkönig Friedrich Wilhelm III. in öffentlicher Rührszene gelobt: „Nicht wahr, keiner von uns beiden fällt allein! Entweder beide zusammen oder keiner von beiden!" – ließ den Bundesgenossen allein fallen und blieb allein stehen. Er gab her, was dem verbündeten Preußen aus der zweiten und dritten Teilung Polens zugefallen war, und überließ Napoleons Rheinbund auch noch, was Preußen westlich der Elbe gehört hatte. Danzig wurde Freistadt. Gönnerhaft empfahl Napoleon, dem es um den Besitz Europas ging, seinem Gesprächspartner, die Kriegsanstrengungen gegen die Türkei und Persien zu forcieren, auch Indien erschien am Horizont des Gesprächs. Ein Jahr darauf, 1808, proklamierte Napoleon den Zaren als seinen Mitkaiser über Europa und verkündete, der Kontinent sei in eine russische und eine französische Hälfte aufgeteilt worden. Fünf Jahre später führten die beiden Kaiser wieder Krieg, gegeneinander.

❷ Den Vorschlag an die Russen, sich doch lieber um Asien zu kümmern – wo man sich dann nicht einmischen werde – hat 1940 auch Hitler dem Außenminister Molotow gemacht, und diesmal brauchte es nicht fünf Jahre, sondern nur noch eines, bis die Parteien miteinander im Krieg waren. Auch das Treffen zwischen Bismarck und dem dritten Napoleon haben die Nationalsozialisten im Stalin-Ribbentrop-Pakt kopiert – mit dem Tenor „ein Stück Weges gemeinsam", bevor der Entscheidungskampf zwischen beiden Staaten beginnt. Den Krieg von 1864 gegen Dänemark hatte Bismarck schon gewonnen, Schleswig war unter preußische, Holstein unter österreichische Verwaltung gekommen, aber nun stand die Konkurrenz um die Hegemonie in Deutschland zwischen Österreich und Preußen gewitterschwül über dem Land. Inkognito reiste der Preußenjunker Bismarck, von seinem König frisch in den Grafenstand erhoben, im Oktober 1865 in das elegante Seebad Biarritz zu Napoleon III., einen Zweifrontenkrieg gegen Österreich und das als Militärmacht damals renommierte Frankreich abzuwenden. Dem Franzosen Napoleon war die Konkurrenz zwischen den deutschen Staaten nur recht. Er ermunterte beide Seiten zum Krieg und erhoffte für sich, während der Zeit unbehelligt in Italien operieren zu können, zugleich auch einige Stücke vom deutschen Rheinland zu kassieren. Hinsichtlich des Rheinlandes aber wollte Bismarck feste Zusagen durchaus nicht machen, und der zeitgenössische „Kladderadatsch", prophetischer Witzbold, skizzierte recht genau, was Bismarck im Sinne hatte. Austern (Symbol für das österreichisch verwaltete Holstein) für den einen, Wein (Symbol für das Rheinland) für den anderen, schlägt Napoleon vor, aber Bismarck möchte alles beides. 1866 bekam er die Austern, 1870/71 bekam er Elsaß, Lothringen, ein preußisch regiertes Deutsches Reich und den Franzosenkaiser als Gefangenen dazu.



❸ *Frankreichs Ministerpräsident Faure bei Zar Nikolaus II. (l.) in Kronstadt (1897)*

❸ Zuweilen sind die Begegnungen von Staatsmännern nur das Ornament einer längst beschlossenen Politik, pathetischer Händedruck über vor Jahren paraphierten Verträgen. Gegen Bismarcks Deutschland, das nicht eben harmloser geworden war, seit der ehrgeizige Wilhelm II. seinen Mentor aufs Altenteil geschickt hatte, war ein Bündnis zwischen Rußland und Frankreich eine Art politischer Naturnotwendigkeit. 1897 sollte die Gemeinsamkeit der Interessen nun auch vor aller Öffentlichkeit demonstriert werden. Zum ersten Male arrangierte Nikolaus II., der letzte unumschränkte Autokrat Europas, für den gewählten Präsidenten einer demokratischen Republik, für den Franzosen Faure, einen spektakulären Staatsempfang, zum ersten Male schossen die Kanonen der kaiserlichen Flotte Salut für einen Republikaner, salutierte der Zar zu den Klängen des Liedes der Revolution, der Marseillaise, das die Bürger Frankreichs zum Kampf gegen Fürstentyrannei aufruft. In Kronstadt legten der Zar und der Präsident das Fundament für eine Allianz, die als Antwort auf den deutsch-österreichisch-italienischen Dreibund deklariert worden war und nun zu ihrer Vollständigkeit noch einen Partner brauchte: England.

❹ Im dritten Jahr unseres Jahrhunderts gibt es einen Händedruck zwischen zwei Staatsmännern, der in diesem Augenblick noch alles andere ist als eine Geste, in der sich die Gefühle zweier Völker symbolisieren. Was ein halbes Jahrhundert europäischer Geschichte prägen wird und den Schulkindern von 1959 wie eine uralte Tradition erscheinen mag, die „Entente cor-

❹ *Der englische König Eduard VII. besucht den französischen Präsidenten Loubet in Paris (1903)*

diale“ zwischen England und Frankreich, war bis zum Beginn des Jahrhunderts wahrhaftig noch nicht über den politischen Horizont emporgetaucht und wurde doch 1903 durch das Treffen zweier Staatsmänner, gegen alle aufgehäuften Ressentiments, gegen alle Stimmungen in der öffentlichen Meinung, zu einer Realität, an der die deutschen Weltmacht-Träume zweimal zuschanden gingen. Als Kolonialmächte waren England und Frankreich immer wieder oneinandergeraten, in Faschoda im Sudan kam es sogar zu einem Zwischenfall (den die Engländer zu ihren Gunsten entschieden), der zum Schlagwort für eine Epoche wurde. Lange blieb ungewiß, ob England sich gegen Rußland – und also gegen dessen Verbündeten Frankreich – oder gegen Deutschland entscheiden werde. Britische Diplomaten wetteten mit ihrem König Eduard VII., bevor er im Frühjahr 1903 nach Paris fuhr, daß die Franzosen ihn mit Wutschreien „Rache für Faschoda“ empfangen würden, aber siehe, die Fachleute verloren. Eduard VII., freilich auch als der pariserischste aller europäischen Fürsten renommiert, behielt recht. Es wor die heitere, elegante Stimmung der Festbankette, der Paraden und Opern-Galavorstellungen, die eine traditionelle Völkerfeindschaft zerschmelzen ließ. Die Verträge, im freundlichen Klima von Tischgesprächen und Toasts herangereift, folgten dann später; als sie unterzeichnet wurden, nahmen Engländer und Franzosen die Vereinbarungen wie eine Selbstverständlichkeit: 1903 ein Schiedsabkommen, alle Streitigkeiten zwischen den Staaten gütlich zu schlichten; 1904 jene „Entente cordiale“, deren Haltbarkeit erst neuerdings einer schweren, vielleicht schwersten Belastungsprobe ausgesetzt ist. Frankreich gab England freie Hand in Ägypten, die Briten überließen den Franzosen Marokko. Der große Interessenausgleich der Kolonialmächte teilte die Welt, er wollte und sollte zugleich das Deutsche Reich aus der Konkurrenz der Kolonialmächte aussperren. In Europa schloß sich der Ring der Großmächte um Deutschland und die Habsburger Donaumonarchie fest zusammen.

❺ Das Modell für ein Gipfeltreffen zu liefern, das wegen der politischen Naivität seines Initiators mehr schadet als nutzt, blieb dem deutschen Kaiser Wilhelm II. vorbehalten, in dessen Kopf Naivität und Arroganz eine geradezu furchterregende Verbindung eingegangen waren. Den mißtrauischen Russen war die „Entente cordiale“ zwischen England und Frankreich, so wirksam sie gegen Deutschland sein mochte, von Anfang an nicht ganz geheuer gewesen, und im Russisch-Japanischen Krieg von 1904 bis 1905 hatte es eine erste Enttäuschung gegeben: Rußlands Verbündeter Frankreich begnügte sich, statt Waffenhilfe zu leisten, mit einer Sendung von Proviant für die russische Flotte, die dann auch von den Japanern bei Tsuschima vernichtet wurde. In der Phantasie Wilhelms II. rückte eine Sternstunde herauf; er glaubte, Rußland jetzt oder nie aus dem Einkreisungs-Block herausbrechen zu können. Er bedaure es tief, schrieb er nach Petersburg, daß Rußland nicht einen „Heiligen Krieg gegen die Gelbe Gefahr“ führe. Schließlich ließ der Kaiser von seinem Kanzler Bülow die Paragraphen für ein

❺ Wilhelm II. in russischer Admiralsuniform trifft vor Björkö Nikolaus II., der die deutsche Admiralsuniform trägt (1905)



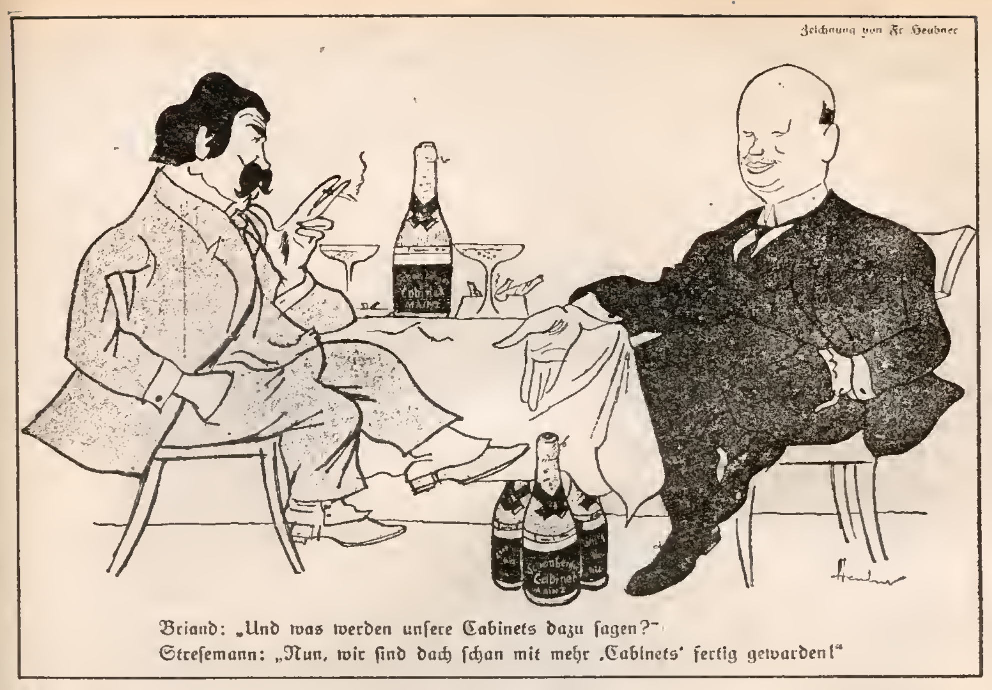
❻ Reichskanzler Wirth, Außenminister Tschitscherin (2. u. 4. v. l) in Rapallo (1922)

deutsch-russisches Verteidigungsbündnis entwerfen, bestieg seine Luxusjacht „Hohenzollern" und traf vor der finnischen Schärenküste bei Björkö am 23. Juli 1905 auf seinen Neffen, den Zaren Nikolaus II. Mit einer Anspielung auf die englisch-französische Entente fragte er den Zaren, den er an Bord eines russischen Kriegsschiffes besuchte: „Wie wäre es denn, wenn wir auch so ein ‚little agreement' machten?" Nach der Schilderung, die der Kaiser seinem Kanzler gab, habe Nikolaus ihn in die Kajüte gezogen und alle Türen fest verschlossen. „Zeig es mir, bitte", sagte er. „Dabei funkelten die träumerischen Augen in hellem Glanze", erzählte der Kaiser. „Ich zog das Kuvert aus der Tasche, entfaltete das Blatt auf dem Schreibtisch Alexanders III." – es war ein türkisfarbener Bogen Büttenpapier mit einem kaiserlichen Wappen als Wasserzeichen, auf den Wilhelm den kurzen Text von vier Artikeln eigenhändig mit Feder und Tinte niedergeschrieben hatte – „und legte es vor den Zaren hin. Er las einmal, zweimal, dreimal den ... Text. Ich betete ein Stoßgebet zum lieben Gott, er möge jetzt bei uns sein und den jungen Herrscher lenken. Es war totenstill; nur das Meer rauschte, und die Sonne schien fröhlich und heiter in die trauliche Kabine, und gerade vor mir lag leuchtend weiß die ‚Hohenzollern', und hoch in den Lüften flatterte im Morgenlicht die Kaiserstandarte auf ihr; ich las gerade auf deren schwarzem Kreuz die Buchstaben ‚Gott mit uns', da sagte des Zaren Stimme neben mir: ‚Das ist ganz ausgezeichnet.' Ich

stimme vollständig zu!' " Der Kaiser berichtet, sein Herz habe so laut geschlagen, daß er es hören konnte: „Ich raffe mich zusammen und sage so ganz nebenhin: ‚Würdest du bereit sein, es zu unterzeichnen? Es würde eine sehr nette Erinnerung an unser Zusammentreffen sein!' " Nikolaus von Rußland überflog noch einmal das Blatt, dann antwortete er: „Ja, ich will." Der deutsche Kaiser klappte das Tintenfaß auf, reichte dem Zaren die Feder, „und er schrieb mit fester Hand ‚Nikolaus', dann reichte er mir die Feder, ich unterschrieb, und als ich aufstand, schloß er mich gerührt in seine Arme und sagte: ‚Ich danke Gott und ich danke dir, es wird von den wohltätigsten Folgen für mein und dein Land sein; du bist Rußlands einziger wahrhafter Freund in der Welt; ich habe das während des ganzen Krieges gefühlt, und ich weiß es.' " Wilhelm „stand das helle Wasser der Freude in den Augen – allerdings rieselte es auch von Stirn und Rücken herab", und er dachte: „Friedrich Wilhelm III., Känigin Luise, Großpapa (Wilhelm I.) und Nikolai I., die sind in dem Augenblicke wohl nahe gewesen. Herabgeschaut haben sie jedenfalls, und gefreut werden sie sich alle haben. So ist der Morgen des 24. Juli 1905 bei Björkö ein Wendepunkt in der Geschichte Europas geworden." Der Kaiser irrte sich vollständig. Der Vertrag von Björkö wurde nicht ratifiziert. Das Petersburger Kabinett machte dem Zaren klar, daß die Bündnisverpflichtung, auf die er sich eingelassen hatte, mit der französischen Allianz schwerlich vereinbar sei. In Paris und London wurde der Inhalt des vom Kaiser vorgeschlagenen „Kontinentalpaktes" bekannt, und beide Staaten fanden sich angesichts der „deutschen Gefahr" nur noch enger zusammen.


Nikolaus II. (l.) und Wilhelm II. an Bord des Kreuzers „Berlin" (1905)

6 Auch so kann ein Zweiertreffen zustande kommen, gewissermaßen mit negativen Vorzeichen: daß sich die underdogs, die Besiegten, die Parias der internationalen Bühne zusammenfinden. Zwar waren unter die 28 Staaten, die sich im April 1922 in Genua zu einer Weltwirtschaftskonferenz getroffen hatten, zum ersten Male seit dem Ende des Ersten Weltkriegs wieder die Russen und die Deutschen als gleichberechtigt aufgenommen worden. Aber der sowjetische Außenkommissar Tschitscherin erinnerte sich sehr gut der „Politik des cordon sanitaire", den die Westmächte nach dem Scheitern ihrer militärischen Intervention um das Revolutionsrußland gezogen hatten. Daß der deutsche Reichskanzler Wirth nach allem, was dem Reich im Versailler Vertrag auferlegt worden war, das Gefühl haben mußte, Regierungschef einer ausgestoßenen Nation zu sein, lag gewiß in der Absicht der Weltkriegssieger; es stand nicht zwischen den Zeilen, sondern in jeder Zeile



❼ *Simplicissimus-Karikatur: Geheimtreffen Briand -Stresemann in Thoiry (1926)*

des Friedensvertrags zu lesen. Der Ort Rapallo, an dem sich Tschitscherin und Wirth an einem konferenzfreien Sonntagmorgen trafen – „Morgen ist Sonntag, und ich muß in die Kirche“, so hatte der deutsche Rußland-Referent von Maltzan den russischen Vorschlag zunächst abgelehnt –, ist seitdem zu einem Symbol geworden, zu einem Schreckgespenst, das noch heute den Nato-Partnern die Schauder eines Zweifels an der deutschen Bündnistreue über den Rücken jagen kann. Tatsächlich hat das, worauf sich die russischen und deutschen Unterhändler in Rapallo endlich einigten, Geschichte gemacht, wenn auch auf die friedlichste Weise. Die Quintessenz war, daß die beiden Parias verabredeten, keine Ansprüche aus dem vergangenen Krieg aneinander zu stellen. Freilich hatte diese deutsch-sowjetische Annäherung einen eminent politischen Charakter; der größte Teil dieser politischen Wirkung war aber jedenfalls der Eindruck, den Rapallo auf den Westen machte. Sie glaubten dort, den Widerschein eines Biwakfeuers zu sehen, an dem sich Dschingis Khan und die Teutonen zusammengesetzt haben.

❼ Nicht immer gelingt es zwei Staatsmännern, die verabredet haben, sich zu treffen, das zu Gebirgen getürmte Ressentiment fortzuschaffen und echte Interessenkonflikte, die zwischen den Staaten bestehen, mit dem Inhalt der leger gehaltenen Sektgläser fortzuspülen. Was Eduard VII. 1903 noch erreichen konnte, blieb Stresemann versagt. Der erste groß angelegte Versuch einer deutsch-französischen Zusammenarbeit scheiterte an der Ungunst der politischen Realität. Er war vorsichtig genug begonnen worden, mit dem besten Willen auch des Gesprächspartners, des französischen Außenministers Aristide Briand. Von Genf aus – im gleichen Jahr erst war Deutschland in den Völkerbund aufgenommen worden – machten sich am 17. September 1926 beide Minister in aller Heimlichkeit auf den Weg, als ginge es um eine Pfadfinderübung. Gegen elf Uhr vormittags schlenderten sie aus ihren Hotels, jeder für sich schien eine Motorbootfahrt auf dem Genfer See unternehmen zu wollen. Wie zufällig landeten die Boote am französischen Ufer, für jeden Minister stand ein Wagen bereit. Die Autos fuhren zu dem ländlichen Gasthaus der Madame Léger in Thoiry; der Frühstückstisch war gedeckt. Das Menü, von Briand kennerisch zusammengestellt, bot warme Wurstscheiben, gebackene Forellen, Rebhühner, Morcheln in Sahne, junge Ente mit Apfelsinenscheiben. Dazu ließ Briand erlesene Weine auffahren, danach Champagner. Was Briand mit Stresemann aushandelte, ist nicht protokolliert worden; die Notizen, die Stresemann später aus dem Gedächtnis machte, stoßen bei französischen Historikern heute auf Skepsis. Nach Stresemann hat Briand, als das Frühstück abgeräumt war, beim Mocca die Frage gestellt, ob Deutschland den Franzosen die Rheinlandbesetzung, die Militärkontrolle und das Saargebiet abkaufen wolle – als Bezahlung sei an eine Finanzhilfe für Frankreich gedacht, die durch eine Emission von Obligationen der Deutschen Reichsbahn über den internationalen Kapitalmarkt aufzubringen



❽ *Zum ersten Male: Hitler trifft Mussolini (Venedig 1934)*

wäre. Die gewagte Idee, den Franzosen politische Zugeständnisse am Rhein und an der Saar abzukaufen – sie dient heute als Modell für die Spekulation, die DDR bei der Sowjet-Union gegen Dollars auszulösen – konnte nie realisiert werden. Briands Regierungschef Poincaré, der eiserne Mann der Ruhrbesetzung, zeigte nicht das mindeste Interesse an politischen Geschäften mit Deutschland. Es gelang ihm übrigens durch eine ebenso drakonische wie orthodoxe Finanzpolitik, den französischen Franc auch ohne eine Finanzhilfe zu sanieren, die das reparationspflichtige Deutsche Reich wahrscheinlich ohnehin niemals hätte leisten können.

8 Die beiden, die sich 1934 in Venedig trafen, hatten nichts Gemeinsames, noch nichts – außer daß sie zum Gruß den rechten Arm erhoben. Obendrein sah Mussolini, seit Jahren erfolgreicher Volkstribun und Staatsführer, in Hitler, der da in schlappendem Veloürshut und Wettermantel aus dem Flugzeug stieg, eine Art minderbegabten Nachahmer, dessen unfreiwilliger oder freiwilliger Lehrmeister er wohl fürs erste bleiben werde. Tatsächlich mußte sich Mussolini später an diesen Mann klammern und klammerte sich an ihn mit aller Ungeschicklichkeit des Ertrinkenden, der am Ende seinem Retter die Luft abdrückt. 1934 aber ging alles, was der ebenso linkische wie großmannssüchtige Besucher auf ihn einredete, dem Duce gegen den Strich. Mussolini hatte sich verpflichtet einzugreifen, falls Deutschland die französische Grenze gefährden oder auch nur das deutsche Rheinland wieder militärisch besetzen würde; seine Bündnispflicht, Österreichs Unabhängigkeit zu garantieren, hatte Mussolini noch ein Vierteljahr vor Hitlers Besuch gegenüber dem österreichischen Heimwehr-Kanzler Dollfuß feierlich bestätigt. Er hatte sogar gebilligt, daß Dollfuß in Österreich die Verfassungsfreiheit unterdrückte und keine Wahlen zuließ, um einen befürchteten Wahlsieg der Nationalsozialisten zu verhindern. Italien fühlte sich als Siegermacht des Ersten Weltkriegs, und wahrhaftig, Mussolini ließ ein Leben lang keine Gelegenheit vorbei, die es ihm ermöglichte, sich als Sieger zu fühlen. An der „Heimkehr der Ostmark", die sich Hitler aufs Programm geschrieben hatte, konnte Mussolini nicht gelegen sein, im Gegenteil. „Ich beabsichtige nicht, mit Hitler die Landkarte zu verändern", rief er vom Balkon des Dogenpalastes der demonstrierenden Menge zu. Sein Gast stand derweilen hinter geschlossenem Fenster im Nebenraum. Mussolinis Schwiegersohn Graf Ciano behauptete später, Hitler habe bei den – nicht protokollierten – Gesprächen mit Mussolini auf den Anschluß Österreichs verzichtet, und Mussolini habe ihm als Gegenleistung versprochen, nichts zu unternehmen, falls in Wien ein Nationalsozialist Bundeskanzler werden sollte. Auch habe der Duce zugesagt, sich in Paris und London dafür zu verwenden, daß die Siegermächte dem neuen Deutschland eine beschränkte Aufrüstung erlauben möchten. Als Hitler abgereist war, ließ die italienische Regierung allerdings sogleich erklären, der Duce habe sich zu gar nichts verpflichtet. Schon 1935 wurde alles anders – als Italien wegen seines Überfalls auf Abessinien mit England und Frankreich in Konflikt kam und im Völkerbund als Angreifer verurteilt wurde. Von nun an konnte sich zwar nicht Hitler auf Mussolini, aber Mussolini auf Hitler verlassen, und bald darauf war er auf ihn angewiesen, auf Hitler und seinen Skorzeny.



9 *Premier Chamberlain besucht Hitler in Godesberg (1938)*

9 Das Treffen zwischen dem britischen Premier Chamberlain und Hitler im Herbst 1938 – Österreich war inzwischen zu Deutschland geschlagen – gilt noch heute als Muster einer kaschierten englischen Kapitulation, zu Recht, solange nicht gefolgert wird, das Godesberg von 1938 sei Modell für den Besuch Macmillans bei Chruschtschew im März 1959. Macmillan hat auf Berlin nicht verzichtet. Chamberlain hatte die Tschechoslowakei schon aufgegeben, als er bei Hitler ankam, und sein Entente-Kollege, der französische Ministerpräsident Daladier, hatte ihn dazu animiert – Hitler mag es geahnt haben. Er ließ seinen Sudeten-Häuptling Henlein randalieren und wetterte in Nürnberg, damals „Stadt der Reichsparteitage", gegen die unerträgliche Verfolgung deutscher Volksangehöriger durch die Tschechoslowakei. Der Aufmarsch der großdeutschen Wehrmacht gegen die Tschechoslowakei lag, exakt ausgearbeitet wie ein Manöverplan, beschlossen und genehmigt in den Geheimschränken; die Kompromißvorschläge der Engländer und Franzosen, die nicht daran dachten, der Tschechoslowakei militärisch zu helfen, waren dem großdeutschen Führer nur lästig. Sie waren aber auch großzügig – auf Kosten der Tschechoslowakei. Die Westmächte wollten einen Plan zu einer von internationalen Kommissionen überwachten Rückgliederung des von drei Millionen Sudetendeutschen bewohnten Gebietes vorlegen, und die Bündnisverträge, die zwischen der Tschechoslowakei einer-



⑩ *General Franco trifft Hitler im besetzten Frankreich nahe der spanischen Grenze (Oktober 1940)*

seits und Frankreich und der Sowjet-Union andererseits bestanden, sollten aufgehoben werden. Nach der Eingliederung des Sudetenlandes in das Großdeutsche Reich sollten alle beteiligten Mächte, einschließlich Deutschlands, die Unabhängigkeit der Rest-Tschechoslowakei garantieren. Als Chamberlain dies vorgeschlagen hatte, fragte Hitler – jedenfalls in der Hoffnung, eine negative Antwort zu erhalten –, ob die tschechische Regierung diese Vorschläge ausdrücklich angenommen habe. Der britische Premier antwortete: „Ja." Eine kurze Pause entstand. Dann sagte Hitler, es täte ihm leid, aber nach den Ereignissen der letzten Tage hätte diese Läsung keinen Sinn mehr. Im Sportpalast tobte er los: „Wir sind entschlossen! Herr Benesch muß jetzt wählen!" Es scheint, daß den britischen Premier an der Sache weniger Hitlers Furor in Harnisch gebracht habe, als die Erkenntnis, daß die langwierigen diplomatischen Aktivitäten zwischen London, Paris und Prag vergeudete Zeit gewesen waren. Der Weg nach München war frei; die kaschierte Kapitulation wurde zu einer öffentlichen.

⑩ Der Generalissimus trug zwar das Abzeichen der Legion Condor, als er aus dem Zug kletterte, aber er war durchaus nicht bereit zu honorieren, was ihm die deutschen Bomber bei seinem Kampf um die Macht vorgeschossen hatten. Franco war – ganz anders als Mussolini – von Anfang an bereit gewesen, Hitlers Hilfe zu nutzen, aber es schien ihm nicht notwendig oder nicht nützlich, Hitler zu helfen. Frankreich war damals geschlagen und besetzt, Hitler rüstete zum Angriff auf England, und die Kriegsmarine forcierte den U-Boot-Krieg im Atlantik. Aber noch immer bot der von Deutschen beherrschte Kontinent der britischen Seemacht im Mittelmeer eine ungedeckte Flanke. Südfrankreich hatte unter der provisorischen Hauptstadt Vichy eine makabre Autonomie bewahrt, bildete aber einen sehr realen Schutz für Nordafrika, das die Briten von Ägypten bis Tripolitanien beherrschten; sie fingen obendrein an, die italienische Libyen-Armee in ernsthafte Schwierigkeiten zu bringen. Nun also sollte Spanien nach Hitlers Plan in den Krieg gegen England eintreten und die westliche Pforte des Mittelmeeres schließen. Der Außenminister hatte in Berlin schon einen Bündnisvertrag vorbereitet, der vorsah, daß Spanien für seine Hilfsdienste aus französischem Kolonialbesitz entschädigt werden sollte. Dann aber hatte sich Hitler die Sache anders überlegt; noch auf dem Bahnsteig, auf dem er Francos Sonderzug erwartete – der Zug hatte eine Stunde Verspätung –, sagte er zu seinem Außenminister Ribbentrop, daß schriftliche Zusagen dieser Art nicht mehr in Frage kämen, weil „bei der Geschwätzigkeit der Romanen die Franzosen bald davon erfahren würden". Hitler befürchtete Schwierigkeiten mit der Vichy-Regierung, vor allem fürchtete er, daß Zusagen an Franco möglicherweise das gesamte französische Kolonialreich hinter die Fahnen de Gaulles treiben könnten. Aber Franco wollte ohnehin nicht in den Krieg ziehen und versteckte seine Ablehnung hinter unerfüllbaren Bedingungen. Er forderte für Spanien das gesamte Marokko samt einem großen Teil der Sahara, außerdem Westalgerien mit der Stadt Oran. Im übrigen klagte er, sein Land sei vom Bürgerkrieg noch völlig erschöpft und zerstört, die Armee bedürfte einer völlig neuen Ausrüstung an Waffen und Kriegsmaterial, und obendrein sei Spanien von den Lieferungen aus Übersee abhängig. Die Unterhaltung endete ergebnislos. Als sie vorbei war, nannte Hitler den Caudillo wütend einen „unverschämten" und „verrückten" Menschen: eine Titulatur, die den Generalissimus Franco heute in den Augen der Amerikaner rehabilitieren könnte – wenn es einer solchen Rehabilitierung bedürfte.

⑪ Am Anhalter Bahnhof spielte der Musikzug der Ehrenkompanie den Präsentiermarsch – um Peinlichkeiten zu vermeiden. Die Internationale, die fällig gewesen wäre, war im Berlin des Jahres 1940 immer noch zu geläufig. Zum ersten Mal traf Hitler auf einen Staatsmann des bolschewistischen Rußlands; der Gast, der in Berlin ankam, war der

sowjetische Ministerpräsident und Außenminister Molotow. Der Pakt, den Ribbentrop 1939 mit der Sowjet-Union geschlossen hatte – jenes absurde Bündnis, das weniger die westliche Diplomatie als ganze Kader von Altkommunisten an der Unfehlbarkeit der KPdSU hatte irre werden lassen –, bedurfte irgendeiner Auffrischung oder Bestätigung. Polen war – zum vierten Male – aufgeteilt, und die Diktatoren in Moskau und Berlin wollten nun herausfinden, wie es weitergehen solle. So kam ein Zweier-Treffen von jener Art zustande, in der einer dem anderen die Teilung der Welt anbietet und doch schon ahnt, daß es zwischen beiden zur Auseinandersetzung kommen müsse. Napoleon hatte den Zaren nach Asien abzulenken versucht, und so versuchte es diesmal Hitler bei Molotow. Aber das buchhalterische Naturell Molotows bestimmte den Tenor der Verhandlung. Und so viel Mühe er sich auch dieses eine Mal gab – Hitler hatte wenig Talent, die insistierenden Fragen eines Rechnungsprüfers lange zu ertragen. Er sprach in allgemeinen Wendungen davon, daß Deutschland nirgendwo gegen Rußland Stellung bezogen habe, daß er, der Sieger von Frankreich, Verständnis für eine Expansion Rußlands zum freien Meer aufbringe, daß die deutsch-russische Zusammenarbeit intensiviert werden solle. Mit Allgemeinem aber wollte sich Molotow nicht abspeisen lassen. Er fragte, was es im einzelnen mit der von Hitler proklamierten „neuen Ordnung" in Europa und Asien auf sich habe; er fragte, welches die Grenzen des von Deutschland und Italien den Japanern konzedierten „großasiatischen Raumes" seien; er fragte, welche Ziele präzis und im einzelnen der Dreier-Pakt zwischen Deutschland, Italien und Japan verfolge. Immer wieder antwortete Hitler geduldig und höflich. In keinem Falle, versicherte er, solle es in Europa ohne Zustimmung der Sowjet-Union zu irgendwelchen Änderungen kommen, deshalb bitte er die Sowjetregierung, ihre Wünsche darzulegen. Prompt begann Molotow über Finnland zu reden. Einen neuen Krieg der Sowjet-Union gegen Finnland aber wollte Hitler nicht haben – aus Sorge, die Engländer könnten diesen Anlaß zu einer Intervention nutzen und sich in der Ostsee breitmachen. Molotow, in dessen Hirn die Paragraphen aller Verträge wohlgestapelt bereitlagen, machte seinem Gastgeber daraufhin den Vorwurf, mit diesem Einspruch gegen „die Lösung der finnischen Frage" die Abmachungen von 1939 zu brechen; sodann fragte er Hitler nach der Bedeutung der deutschen Garantie des rumänischen Territoriums, die nach der Besetzung der rumänischen Bukowina durch sowjetische Truppen gegeben worden sei. Schließlich provozierte er Hitler mit der Forderung, Deutschland solle der Entsendung einer starken russischen Militärmacht in die Nähe der Dardanellen zustimmen – und es half Hitler gar nichts, daß er den Russen, nach napoleonischem Vorbild, in Richtung Asien ablenken wollte, indem er Persien, Afghanistan und Indien als „russische Einflußzone" anbot. Die Herren einigten sich in keinem Punkt. Der amerikanische Außenminister Byrnes nannte später das Berliner Novembergespräch zwischen Hitler und Molotow den „Wendepunkt des Krieges". Es hatte Hitler von der Notwendigkeit überzeugt, einen Krieg gegen die Sowjet-Union zu beginnen. Es wurde der letzte Feldzug, den Hitler eröffnete.

⓬ „Vorwärts, christliche Soldaten!" – der Choral, von Winston Churchill mit sicherem Instinkt für wirksame Symbole ausgesucht, wurde zum Motto der anglo-amerikanischen Gemeinsamkeit während des Zweiten Weltkriegs, die seitdem die einzige Konstante der westlichen Politik geblieben ist und sogar durch das Suez-Abenteuer nicht ernstlich gefährdet werden konnte. Als sie es zum ersten Male gemeinsam sangen, der amerikanische Präsident Roosevelt und der britische Premier Churchill, waren die Amerikaner noch nicht am Krieg beteiligt. Aber schon der Text des Telegramms, mit dem Churchill seine Abreise zum Geheimtreffen meldete, ließ erkennen, daß zwischen England und Amerika nicht mehr viel zu verhandeln blieb; man war einig. „Stechen eben in See. Heute vor 27 Jahren haben die Hunnen ihren vorletzten Krieg begonnen. Müssen diesmal unsere Sache gut machen", telegraphierte Churchill in der Nacht vom 4. auf den 5. August 1941 an Roosevelt. Das Zweiergespräch der beiden auf hoher See war Auftakt einer Serie von Konferenzen, auf denen die Regierungschefs der Alliierten ihre Pläne miteinander abstimmten. Churchill wollte in diesem Sommer 1941, daß Amerika in den Krieg eintrete, und zwar so schnell wie möglich. Am Morgen des 9. August kam Churchill in der Placentia Bay vor Neufundland an Bord der „Augusta", des Flaggschiffs des amerikanischen Präsidenten. Am nächsten Tage, einem Sonntag, machte Roosevelt zusammen mit mehreren hundert amerikanischen Marineoffizieren und -soldaten auf dem britischen Schlachtschiff „Prince of Wales" den Gegenbesuch, gemeinsam hielten die



⓫ *Gastgeber Hitler in der neuen Reichskanzlei, Besucher Molotow (November 1940)*

beiden Besatzungen ihren Gottesdienst. Und so wie der Choral, den sie sangen, wurde das Photo prominent, das diese englisch-amerikanische Eintracht für Millionen von Konsumenten fixierte. Vier Monate später griffen die Amerikaner in den Krieg ein – aber es war Hitler gewesen, der ihnen den Krieg erklärt hatte, seiner Bündnispflicht gegenüber den Japanern zu genügen, die eben eine bedeutende Formation der amerikanischen Flotte im Stützpunkt Pearl Harbor zerschossen hatten. Die Atlantik-Charta, die Roosevelt und Churchill verkündeten, ereilte später das Schicksal aller idealistischen Proklamationen, unter deren Signum die Politiker ihre Völker zu Kreuzzügen rufen. Die Botschaft der beiden Staatsmänner, an alle Völker der Welt adressiert, versicherte heilig, daß beide Staaten keinen Gebietsgewinn anstreben und daß sie kein Volk dieser Welt ihrem Willen unterwerfen werden.

⑬ Das unbehagliche Gefühl, nicht eben viel mehr als Objekt der Rechenstifte zu sein, mit denen die Politiker historische Fakten addieren, mögen die Völker selten mit mehr Recht gehabt haben als im Oktober 1944. Churchill machte in Moskau seinem Gastgeber Stalin eine Rechnung auf, und sie wurde sogar akzeptiert, aber aufgegangen ist sie niemals: Das Gesprächsthema war Ost- und Südosteuropa. Nach den relativ schnellen Vormärschen der Roten Armee in Ungarn und Rumänien war leicht vorauszusehen, daß die osteuropäischen Länder bei Kriegsende von den Sowjetrussen besetzt sein würden. England aber hatte den geflohenen Regierungen von Polen, Jugoslawien und Griechenland Asyl gegeben und behandelte die Exil-Kabinette weiterhin als die legitimen Repräsentanten ihrer Staaten. Was Churchill bei Stalin erreichen wollte, war ein Kompromiß zugunsten seiner Londoner Gäste. Die Sowjets sollten wenigstens nicht völlig ungestört in ihren Besatzungsgebieten kommunistische Regierungen installieren. Über den Verhandlungstisch schob Churchill einen Zettel zu Stalin – ein Dokument, das heute als Modell einer zynischen Zweier-Vereinbarung gilt, obwohl es zweifellos eher zum Schutz jener gedacht war, um die es hier ging wie um Aktienpakete. Churchill hatte politische Einflüsse in Prozente umgerechnet und schlug seinem Vis-à-vis vor:

Rumänien
Rußland: 90 Prozent
die anderen: 10 Prozent

Griechenland
Großbritannien: 90 Prozent (im Einvernehmen mit den USA)
Rußland: 10 Prozent

Jugoslawien 50 : 50 Prozent

Ungarn 50 : 50 Prozent

Bulgarien
Rußland: 75 Prozent
die anderen: 25 Prozent

Von Polen, der Tschechoslowakei und Albanien war nicht die Rede; mindestens die Tschechoslowakei und Albanien glaubte Churchill wegen der geographischen Lage dieser Staaten ohnehin für den Westen retten zu können. Stalin sah sich die Rechnung an. Churchill: „Dann nahm er einen Blaustift, machte einen großen Haken und schob mir das Blatt wieder zu. Die ganze Sache brauchte nicht mehr Zeit, als nötig ist, sie zu schildern." Stalin hatte seinen Vorteil gesehen. Außer Polen, das er durch seinen Vormarsch nach Westen in russischem Besitz würde halten können, hatte Churchill ihm Rumänien und Bulgarien konzediert. In Jugoslawien und Ungarn – Stalin sah es voraus – würden sich die Kommunisten bald und energisch durchsetzen. Churchill wollte seinen Prozent-Zettel vernichten, weil er sehr wohl spürte, daß sein Zahlenschema bei den Betroffenen nicht eben als Zeugnis humanitärer Politik verstanden werden würde. Aber Stalin antwortete: „Behalten Sie ihn", und Churchill behielt ihn – als Andenken: ein Muster ohne Wert.

⑭ Er wollte sein eigenes Gipfeltreffen haben, damals schon, und heute will er es wieder. Weil Churchill einige Male bei Stalin gewesen war, fragte nun auch de Gaulle, ob er nicht kommen könne, und endlich wurde er eingeladen: Am 2. Dezember 1944 war der General im Kreml. Was er plante, hatte Stalin ganz richtig geahnt und es vorweg in einem Brief an Churchill vermutet: einen Bündnisvertrag zwischen Frankreich und der Sowjet-Union, natürlich noch dem Vorbild des sowjetisch-englischen Vertrags, außerdem



⑫ *Geheimtreffen auf dem Atlantik: Kriegs-Premier Churchill und der Präsident der Vereinigten Staaten Roosevelt (1941)*

⓭ *Die Europa-Verteiler von 1944, Stalin und Churchill*

Stalins Zustimmung zur Internationalisierung des Ruhrgebiets und zur Annexion linksrheinischer Gebiete durch Frankreich. Stalin fragte in London an – und daß er anfragte, war schon ein sicheres Zeichen dafür, daß er nicht zustimmen wollte –, ob der britischen Regierung die Erfüllung solcher Forderungen genehm sei; betulich setzte er hinzu, daß aber ohne Einverständnis der Amerikaner keine Besprechungen über eine neue deutsch-französische Grenze östlich von Elsaß-Lothringen geführt werden könnten. Ein Bündnis-Pakt zwischen Frankreich und der Sowjet-Union kam immerhin zustande, linksrheinischen deutschen Boden aber gab Stalin an seinen Gast nicht heraus, nicht einmal eine Besatzungszone in Deutschland wollte er ihm lassen. De Gaulle hatte das Gefühl, kein allzu willkommener Gast zu sein – und sollte es wohl auch haben. Er wurde wie ein Tourist zur Besichtigung Moskaus losgeschickt, wobei er ein gutes Stück seiner Zeit in den marmornen Prunkschächten der Untergrundbahn zubringen mußte. Der General beschwerte sich später darüber, daß ihm russische Passanten dort mehrmals auf die Füße getreten hätten – seine Füße sind aber auch gar so lang. Seit Moskau ist der General diese Beschwerden nicht wieder losgeworden.



⓮ *Vertragspartner Stalin, de Gaulle (r.) in Moskau (1944)*

KLUBS

In der Lüneburger Heide

In Hamburg, wo es einst den Oberkellnern möglich war, am Gebrauch der Zuckerzange abzulesen, wer zur hanseatischen Gesellschaft gehörte (die Patrizier nahmen die Finger), sind heute die Standesunterschiede ungleich schwerer zu erkennen: Den Golfschläger jedenfalls, das neu-deutsche Society-Zepter, umfassen königliche Kaufleute und bundesrepublikanische Wunder-Händler mit dem gleichen saugend-schraubenden Griff.

Das Phänomen, daß der Golfsport — in den USA ein Massenzeitvertreib, dem zehn Millionen Amerikaner huldigen — in Deutschland immer noch als gesellschaftliches Sprungbrett angesehen wird, hat jahrelang niemanden mehr erbittert als die echten Sport-Golfer, die sich mit angehenden Snobs in die knappen Plätze teilen mußten.

Nun jedoch hat das gesellschaftliche Renommee des Sports den sportlichen Golfern Westdeutschlands zum ersten neuen 18-Löcher-Platz seit Kriegsende verholfen: An diesem Wochenende wird dreißig Kilometer südlich von Hamburg bei Hittfeld der Platz des „Hamburger Land- und Golf-Clubs in der Lüneburger Heide" eröffnet.

Sein Entstehen spiegelt wie keine andere Klub-Gründung der Nachkriegszeit Struktur und Charakter der pubertären Manager-Gesellschaft Westdeutschlands wider: Entstanden ist ein Golfklub, von dessen Mitgliedern weniger als ein Drittel den Sport tatsächlich ausüben kann, an dessen Vermögen jedoch nach amerikanischem, insbesondere südamerikanischem Vorbild die Mitglieder auf der Basis übertragbarer, aktienähnlicher Anteile beteiligt sind.

Am Anfang stand eine drohende Pleite: der Zusammenbruch des Hamburger Bankhauses Werner & Frese, das 1954 in den Konkurs der Hamburger Ölsaatenfirma Groenhoff & Laub hineingerissen wurde (SPIEGEL 32/1954).

Zu jener Zeit befand sich der Vizepräsident des Deutschen Golf-Verbandes, Alt-Golfer Dr. Wilhelm Amsinck Burchard-Motz, auf Suche nach einem geeigneten Terrain für einen *öffentlichen* Golfplatz.

Dr. Burchard-Motz, 81, Sproß der alten Hamburger Bürgermeister- und Patrizier-Familien Amsinck und Burchard, der selbst 1933/34 Zweiter Bürgermeister der Hansestadt war und heute Erster Vorsitzender des Golfklubs in der Lüneburger Heide ist, feierte erst unlängst sein 50jähriges Golfjubiläum.

Sagt Burchard-Motz: „Ich erinnere mich noch an Leute, die über Hamburg englische Sportarten wie das Tennis nach Deutschland brachten oder erste Fußballspiele mit Mannschaften zu je zwölf Mann austrugen. Und obgleich ich eigentlich nicht mehr viel von den Begriffen oben und unten halte, finde ich, daß auch der Golfsport von oben nach unten ins Volk getragen werden sollte."

Der Ex-Bürgermeister konnte zwar kein passendes Terrain für einen *öffentlichen* Golfplatz finden, aber er stieß in der Lüneburger Heide auf den Privatbesitz des zahlungsunfähig gewordenen Bankiers Frese, wohl geeignet zur Aufnahme eines privaten, zahlungskräftigen Golfklubs. Freses Villa eignete sich zudem für den Umbau in ein Smoking-fähiges Klubhaus.

Die Deutsche Bank, die mit anderen Großbanken eine Stützungsaktion durchgeführt hatte, als das Bankhaus Werner & Frese Zahlungsunfähigkeit anmeldete, war in der Lage, den Kauf der Freseschen Liegenschaften zu vermitteln; heute ist Direktor Johannes Feske von der Deutschen Bank Hamburg stellvertretender Vorsitzender des neuen Golfklubs auf Freseschem Grund in Hittfeld bei Hamburg.

Um die notwendigen Mittel zu beschaffen, wurde zunächst ein „Kreis der Freunde zur Schaffung eines Golf- und Landclubs in der Lüneburger Heide" ins Leben gerufen, dem außer Ex-Bürgermeister und Alt-Golfer Burchard-Motz auch Ex-Bürgermeister und Alt-Golfer Rudolf Petersen, 80, sowie Nicht-Golfer Johannes Feske angehörten.

In Abweichung vom Modell des klassischen Vereins, der als „juristische Person" des bürgerlichen Rechts in seiner Gesamtheit Eigentümer seines Vermögens ist, wobei die Mitgliedschaftsrechte des einzelnen Mitglieds weder übertragbar noch vererblich sind, beschloß der „Kreis der Freunde", nach überseeischem Muster in einer Art Genossenschaft auf kommerzieller Grundlage 400 Mitglieder zusammenzuschließen und sie durch Ausgabe von „Anteilen" am Klubvermögen zu beteiligen: Ihre Anteile können sie veräußern und vererben, Firmen können Anteile erwerben und wechselnde Firmenangehörige zur Ausübung der Anteilsrechte ermächtigen.

Jeder Anteils-Erwerber hatte ein unkündbares, zinsloses Darlehen in Höhe von 2500 Mark für die Zeit seiner Mitgliedschaft einzuschießen; Kosten des Anteils selbst: 500 Mark. Damit waren 1,2 Millionen Mark bereitgestellt.

Die Arbeiten am Platz konnten im September 1957 beginnen, nachdem alle Formalitäten erledigt und die Anteilscheine für 3000 Mark pro Kopf weggegangen waren wie neue Mercedes-Modelle.

Dieser Ansturm auf die kostspielige Mitgliedschaft — in der Regel 6000 Mark pro Interessent, weil die Ehefrau zur Mitgliedschaft einen eigenen Anteil zu vollen Kosten benötigt — entsprang den unterschiedlichsten Motiven. Er entspricht dem allgemeinen Golf-Trieb in der Bonner Republik, der fast überall zur Überfüllung der Golf-Plätze und zu Aufnahmesperren der Klubs geführt hat.

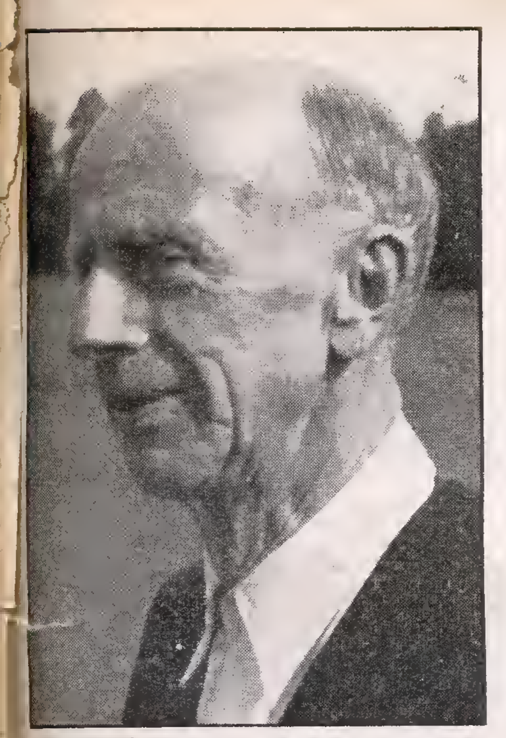
Heute liegt Deutschland mit insgesamt 45 Golfplätzen (sieben 18-Löcher-Plätze; siebenunddreißig 9-Löcher-Plätze; ein 6-Löcher-Platz) zwar im Vergleich mit den USA (rund 6000 Plätze) und England (über 1500 Plätze) rettungslos im Hintertreffen. Doch auf dem europäischen Kontinent wird es nur von Frankreich (68 Plätze) und Schweden (49 Plätze) übertroffen.

Hamburg, als Hafen- und Handels-Stadt mit anglophiler Tradition dem englischen Golf am frühesten aufgeschlossen, nimmt dabei eine Sonderstellung ein. Hier spielen 1500 von insgesamt etwa 7500 deutschen Golfern auf nunmehr vier Plätzen (New York: 280 Plätze). Von den sieben deutschen „Null"-Spielern — von denen erwartet wird, daß sie jeden Platz ohne Vorgabe fehlerlos in der festgelegten Schlageinheit spielen — sind vier an der Elbe beheimatet.

Die Golf-Möglichkeiten sind räumlich beschränkt; die Golf-Begeisterung aber wächst, fast zur Mode geworden, ständig: Zu den passionierten Golfern treten Sportler, die aus Altersgründen früher ausgeübte Sportarten, vornehmlich Hockey und Tennis, aufgeben müssen — in Bad Ems wird seit geraumer Zeit ein jährliches Turnier der sogenannten Hockey-Golfer ausgetragen. Golf gilt zudem als geeignete Bewegungs-Therapie gegen nervöse Herzbeschwerden und fördert die Durchblutung des Herzkranzgefäßgebietes. Die Unternehmen jener Manager, die der nervösen Herzkrankheit ihren populären Namen gaben, sind offensichtlich bereit, sich diese Therapie für ihre leitenden Angestellten etwas kosten zu lassen: Über ein Viertel der Anteile des neuen Golfklubs werden von Firmen gehalten (an der Spitze die Deutsche Bank des Johannes Feske mit allein zehn Anteilen).

Als letztes und gewiß geldträchtigstes Motiv wirken schließlich die gesellschaftlichen Ambitionen von Leuten, die Mitglied eines exklusiven Klubs sein möchten, ohne zu

Gutseinfahrt zum **Land- und Golf-Club** Hittfeld: Volkssport von oben nach unten



Klub-Vorsitzender **Burchard-Motz**
Mitgliedschaft für 5000 Mark

ahnen, daß sie — würden sie wirklich Golf spielen — an einem Golf-Sonntag mit zwei Runden mindestens zwölf Kilometer zu Fuß laufen müßten.

Um den verschiedenen Motiven für den Drang zum Golfklub und dem verbreiteten Wunsch nach einem zernierten Freizeit-Milieu abseits des öffentlichen Auto-, Touristen- und Bade-Trubels entgegenzukommen, beschloß der Golfklub in der Lüneburger Heide — ebenfalls in Abkehr von traditionellen Golfsitten und in Anlehnung an das Vorbild der amerikanischen Country Clubs —, sich auch noch ein Schwimmbad, Tennisplätze und einen Miet-Reitstall zuzulegen, in dem Mitglieder auch eigene Pferde einstellen können. Golf — so hat eine Umfrage der Klub-Leitung ergeben — wollen denn auch überhaupt nur 273 von 400 Mitgliedern spielen oder lernen.

Diese Zahl entspricht nicht durch Zufall fast genau der Länge der Warteliste des einzigen anderen 18-Löcher-Klubs in der Hansestadt: des „Hamburger Golf-Clubs" in Falkenstein, nahe den Residenzen der Elb-Prominenz.

Dieser Klub — daneben existieren nur noch in den Hamburger Vororten Flottbek und Reinbek Plätze mit sechs bzw. neun Löchern — ist bereits seit fünf Jahren für Neuaufnahmen gesperrt. Die Warteliste umfaßt 270 Anwärter; der jährliche Ausfall beläuft sich jedoch nur auf etwa 15 Mitglieder, so daß die letzten Aspiranten auf der Warteliste in etwa 20 Jahren mit ihrer Aufnahme rechnen könnten.

Dem gesellschaftlichen Vorbild jenes umworbenen Falkenstein-Klubs nachzueifern, ist das erklärte Ziel zahlreicher Neu-Golfer in der Lüneburger Heide. Nur etwa ein Dutzend Mitglieder von Falkenstein — unter ihnen Bürgermeister a. D. Burchard-Motz — und etwa die gleiche Anzahl aus Flottbek und Reinbek sind Mitglieder in Hittfeld geworden. Von den anderen erhoffen viele in Hittfeld, was ihnen in Falkenstein versagt bleibt.

Auch der Golf-Architekt von Hittfeld ist derselbe, der vor 30 Jahren den Falkenstein-Platz anlegte: Englands Altmeister im Platzbau John Morrison, 65, der für über 300 Plätze von Venezuela bis Hongkong verantwortlich zeichnet.

Zusammen mit dem in Deutschland hängengebliebenen britischen Besatzungs-Oberstleutnant, Golf-Experten und Hittfelder Platz-Verwalter Ralph („Herr Mister") Dollard hat er in zweijähriger Arbeit einen schwierigen, sportlich interessanten Platz geschaffen: Standard-Runde 6050 Meter bei 73 Schlägen.

Diese zu Meisterschaftsspielen einladende Anlage wird den Hittfelder Klub früher oder später vor ein erstes Problem seiner ungewöhnlichen Rechtsform stellen: Für die Dauer von Meisterschaftsspielen wird nämlich jeder Platz gesperrt; die nicht turnierreife Masse der Klubmitglieder kann nicht spielen. Normalerweise wird die Entscheidung, ob der Platz für Meisterschaftsspiele freigegeben werden soll oder nicht, vom jeweiligen Vorstand getroffen. Im Fall Hittfeld indes müßte diese Entscheidung wohl notwendigerweise einer Mitgliederversammlung überlassen bleiben, da niemand sonst die Mitglieder als Anteils-Eigentümer von ihrem Platz aussperren kann.

Obgleich die Juwelen der Hamburger Society dem Hittfelder Golfklub nicht angehören — Großgrundbesitzer Fürst Bismarck spielt Golf in Reinbek, Zeitungszar Axel Springer spielt in Falkenstein, Handelskammerpräses und Bankier Münchmeyer spielt überhaupt nicht —, enthält das Mitgliederverzeichnis genug klingende Namen, in deren Glanz sich ambitionierte Snobs als Klub-Kollegen wohl zu sonnen vermögen, vom ehemaligen „Rohstoffberater" der Bundesregierung Otto A. Friedrich (Phoenix-Gummiwerke) über den CDU-Landesvorsitzenden Erik Blumenfeld bis zu Rudolf August („Pudding"-)Oetker.

Da das 53 Hektar große Gelände nicht vollkommen ausgenutzt wird, sind sieben Parzellen abgeteilt worden, die nach Los-Entscheidung an interessierte Mitglieder zur Errichtung von privaten Sommer-Bungalows verkauft wurden. Unter den sieben sind CDU-Bundestagsabgeordneter und „Stern"-Verleger Gerd („Buzi") Bucerius sowie die Filmproduzenten Gyula Trebitsch und (Burchard-Motz: „Wie heißt der andere Filmmensch noch?") Walter Koppel.

Wenn es ursprünglich auch gelang, das 38 Hektar umfassende Grundstück des Bankiers Frese mit Villa und Stallungen für 400 000 Mark preisgünstig zu erwerben und den Platzausbau mit 330 000 Mark zu bewerkstelligen, so reichten doch die von den ersten 400 Mitgliedern aufgebrachten 1,2 Millionen nicht aus, um notwendige Arrondierungskäufe, die Abdeckung einer Hypothek von 200 000 Mark und zusätzliche Bauten (unter anderem eine geplante Reithalle von 50 000 Mark) zu finanzieren.

Noch ehe der erste Golfschlag getan war, beschloß die Mitgliederversammlung daher, den laufenden Jahresbeitrag pro Mitglied auf 450 Mark festzusetzen (Falkenstein: 400 Mark) und hundert weitere Anteile auszugeben. Um den Kurs für die Veräußerung von Anteilen an Außenstehende hochzuhalten, wurde beschlossen, die neuen Anteile nur Familienangehörigen von Mitgliedern zuzuteilen.

Die hundert Neulinge müssen außer dem unkündbaren Darlehen von 2500 Mark und Anteilgebühren von 500 Mark ein verlorenes Eintrittsgeld von 2000 Mark und eine Beitragsnachzahlung für 1959 von 450 Mark leisten. Der Kurswert eines Anteils am „Hamburger Land und Golf-Club in der Lüneburger Heide" ist damit bereits vor der Eröffnung praktisch von 3000 auf 5450 Mark gestiegen.

MALEREI

KOPIEN

Originalverwandt

Die Utrechter Staatsanwaltschaft beschäftigt sich derzeit mit einer angeblich holländischen Malerin, die sich seit einigen Jahren auf Ausstellungsreisen durch westdeutsche Städte als „anerkannt größte Kopistin“ von Originalgemälden alter und neuerer Meister ausgibt und Kunstinteressenten Kopien von Meisterwerken anbietet, die — wie es heißt — sogar ein „erfahrener Kunstkenner“ schwerlich vom Original zu unterscheiden vermag.

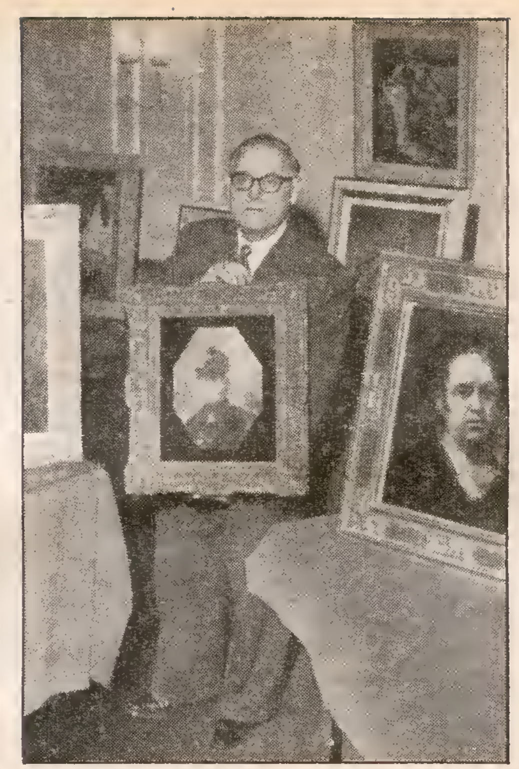
Zu Preisen, die zwischen 200 und 700 Mark liegen, verkaufen die Kopistin und ihr Manager, der holländische Kunsthändler Lew Vancoeverden, als Heimschmuck für kunstsinnige Bundesbürger „originalverwandte“ Nachbildungen der Werke Rembrandts, Leonardo da Vincis, van Goghs, Monets und Picassos, die nach einem Geheimverfahren „auf elektronisch-photographischer Grundlage“ hergestellt und von „Künstlerhand“ auf Leintuch — mit „plastischer“ Wirkung — aufgearbeitet sein sollen.

Allein in Hamburg, wo die 45jährige Holländerin, eine Madame Cox Vanmalsen, ihre Kunstprodukte im „Atlantic Hotel“ zur Schau stellte, wurden innerhalb einer Woche „Vanmalsen-Reproduktionen“ — das heißt: Vervielfältigungen der „Originalkopie“ eines Meisterwerkes in künstlich mit Holzwurmlöchern versehenen, originalverwandten Rahmen — für rund 40 000 Mark verkauft. Ähnlich günstige Umsatzziffern erzielte der geschäftstüchtige Manager der, wie es hieß, „Rompreisträgerin“ und „Utrillo-Schülerin“ Cox Vanmalsen auch in anderen westdeutschen Großstädten, so in Hannover, Dortmund, Köln, Düsseldorf, Frankfurt, Wiesbaden und Mannheim.

Westdeutsche Zeitungen berichteten seit zwei Jahren regelmäßig von der „ehrbaren Fälscherin“ Cox Vanmalsen, deren meisterliche Kopien dem bundesdeutschen Durchschnittsbürger erlaubten, für wenig Geld „dem eigenen Heim einen behaglichen Hauch von Mäzenatentum zu verleihen“, wie die „Rhein-Neckar-Zeitung“ zur vorjährigen Mannheimer Ausstellung des „Kleinen Vanmalsen-Louvre“ anerkennend schrieb. „Man schaut sich unwillig die Leinwand an. die wurmstichigen Rahmen — alles echt“, berichtete der Düsseldorfer „Mittag“ über eine Vanmalsen-Schau im Kölner „Musenhof“. „Die Kopien von Madame Vanmalsen gelten als die höchste Vollendung kopistischer Technik.“

Von ihrem Manager, dem Kunsthändler Vancoeverden, wird die Kopistin als Eigentümerin eines Pariser „Studio du Louvre et des Musées“ ausgegeben, wo sie mit ihrem Mitarbeiterstab — „alles junge Kunstmaler und -malerinnen, welche die Kunstakademie absolviert haben“ — sich der Aufgabe widme, den Kitsch zu bekämpfen und die „Meisterwerke schöpferischer Kunst unter voller Erhaltung ihrer Farbenpracht und genialen Linienführung in den Bereich vieler Kunstliebenden zu bringen“.

Madame Cox Vanmalsen, heißt es in den biographischen Notizen, die der Kunsthändler „zur sofortigen freien Veröffentlichung“ an die Presse verteilt, habe viele Jahre an den Kunstakademien in Paris und Rom studiert und sich besonders mit der „Technik der alten Meister“ befaßt. In Paris habe sie sich unter Führung des Malers Utrillo dem Kopieren der französischen Impressionisten zugewandt. Nach fünfjähriger Forschungsarbeit, so wird für naive Käufer der Vanmalsen-Reproduktionen behauptet, erfand die Künstlerin mit Unterstützung und Hilfe eines bekannten französischen Chemikers — der Name wird nicht genannt — „schließlich das nunmehr weltberühmte Kopierverfahren“.



Manager **Vancoeverden**
Elektronische Farbkunstdrucke ...

Über dieses Verfahren erfahren die Käufer nur soviel, daß eine von der Holländerin im Museum angefertigte Meisterwerk-Kopie später im Atelier durch Elektronen-Strahlen „abgetastet“ werde, wobei sich bis zu fünfzigmal eine „hauchdünne Schicht“ entfernen und „direkt auf das neue Leintuch“ übertragen lasse. Im Pariser Studio der Kopistin sei das Team der spezialisierten Mitarbeiter damit beschäftigt, die „elektronisch-photographisch“ übertragenen Farben der Original-Kopie auf dem Verkaufsobjekt zu „aktivieren“ und „genau nach der Technik des betreffenden Meisters“ die Pinselstriche nachzumachen, um dessen „Licht- und sonstige Effekte zu erreichen“.

„Natürlich kann Madame Vanmalsen das Geheimnis ihrer Erfindung nicht preisgeben“, hieß es in der Verlautbarung des Managers. „Den Werdegang eines ihrer Werke beschreibt sie jedoch wie folgt: Zuerst wird das gewünschte Gemälde im Museum kopiert und die Kopie der Museumsdirektion zur Beurteilung vorgelegt. Erst wenn diese nach sorgfältiger Prüfung ihr Einverständnis gibt, geht Cox Vanmalsen dazu über, ihre Erfindung ... anzuwenden.“

Listig pflegte die Meister-Kopistin bei ihren Besuchen in Westdeutschland — die holländische Luftfahrtgesellschaft KLM ließ es sich nicht nehmen, in ihrem Pressedienst die Uhrzeit der Landung anzugeben — ein Photo vorzuweisen, das sie in Gesellschaft eines renommierten holländischen Kunstsachverständigen zeigt, des „Professors Dr. C. de Laaff“, der als „Restaurator des Amsterdamer Rijksmuseums“ ausgegeben wird. Nicht ohne Verwunderung erkennt sich in jenem Sachverständigen heute ein Amsterdamer Bilderrestaurator mit Namen de Laaff wieder, den der Vanmalsen-Manager Lew Vancoeverden dazu überredet hatte, zusammen mit der „ehrbaren Fälscherin“ Cox auf einem Atelier-Photo im Arbeitskittel zu posieren.

Bei der Utrechter Staatsanwaltschaft glaubt man inzwischen zu wissen, daß die in Holland gänzlich unbekannte Meister-Kopistin Cox Vanmalsen weder in Paris ein „Studio du Louvre et des Musées“ besitzt, noch Malerin ist oder gar ein neues Kopierverfahren erfand, für das man ihr in Amerika „bereits viele tausend Dollar“ geboten habe. Die Holländerin, der die „Frankfurter Rundschau“ lobend nachredete, daß sie „mit ihrer Arbeit einen ernsten und harten Kampf gegen den Galakitsch“ führe, ließ sich vielmehr zu einem Betrugsunternehmen mißbrauchen, das ihr und ihrem „Manager“ Lew Vancoeverden erhebliche Beträge von leichtgläubigen Bilderliebhabern einbrachte.

Das „sensationelle Kopierverfahren“ war im wesentlichen eine Alltagsleistung des Druckereigewerbes. Übliche Farbkunstdrucke, wie sie seit Jahrzehnten im Handel sind, wurden auf eine Leinwand geklebt und mit einer dicken Firnisschicht überzogen.



... verkaufen sich gut: Restaurator **de Laaff**, „ehrbare Fälscherin“ **Vanmalsen**

MEDIZIN

RÖNTGEN-AUFNAHMEN

Das Recht am eigenen Bild

Seit Tagen plagten den Generalrichter außer Dienst Dr. Franz Ernst aus Köln heftige Schmerzen in der linken Hüfte. Die Ursache der Pein war dem pensionierten Staatsbeamten nicht unbekannt; er litt nach den Bekundungen der Ärzte an einer sogenannten Arthrosis deformans — einem Gebrechen, das die Verfasser medizinischer Lehrbücher als „Abnutzungskrankheit" einstufen.

Eingedenk der Tatsache, daß ihm früher eine mehrwöchige Moor-Kur schon einmal Linderung gebracht hatte, überlegte Richter Ernst nun, ob er erneut ein Heilbad aufsuchen solle. Dem Juristen war geläufig, daß die Behörden auch einem pensionierten Staatsdiener Beihilfen zu einer Heilbehandlung in Aussicht stellen, wenn sein Leiden von einem Facharzt gutachtlich bestätigt wird. Ernst konsultierte daher einen Orthopäden, der ihm zunächst auferlegte, zwei Röntgen-Bilder der kranken Hüfte beizubringen. Erst dann, so gab der Arzt zu verstehen, könne er sich zu dem Fall äußern — ein durchaus billiges Unterfangen.

Nichtsdestoweniger zeitigte die ärztlich erbetene Röntgen-Untersuchung eine Reihe von Komplikationen, die den Dr. Ernst im selben Maße als Leidenden berührten wie sie ihm als Juristen bedeutsam erschienen. Der Generalrichter sah sich nämlich unversehens einem jener grundsätzlichen Rechtsprobleme gegenüber, die in dem zuweilen recht unübersichtlichen Terrain zwischen Arzt und Patient eingelagert sind — und zwar der Frage, „ob der Besteller einer Röntgen-Aufnahme Anspruch auf den Film und das zugehörige fachärztliche Gutachten hat oder nicht" (Ernst).

Privatpatient Ernst hatte sich an ein Kölner Röntgen-Institut gewandt, um die erforderlichen Aufnahmen anfertigen zu lassen und das Gutachten einzuholen, das der Röntgenologe aufgrund der Knochen-Photos zu erstatten pflegt. Dabei hatte er mit den Röntgen-Assistentinnen — der Arzt selbst war nicht bei den Aufnahmen anwesend — ausdrücklich vereinbart, daß Gutachten wie auch Filme „in offenem Umschlag" ihm persönlich auszuhändigen seien.

Der mit den einschlägigen Gesetzesparagraphen und höchstrichterlichen Entscheidungen vertraute Jurist ging dabei von der sicheren Erwartung aus, daß er auf Bilder und Befund einen begründeten Rechtsanspruch besitze. Er glaubte mit dem Röntgen-Institut einen sogenannten Werklieferungsvertrag gemäß Paragraph 651 des Bürgerlichen Gesetzbuches geschlossen zu haben, nach dem ein Unternehmer verpflichtet ist, „dem Besteller die hergestellte Sache zu übergeben und das Eigentum an der Sache zu verschaffen".

Auch dünkte den Richter, er dürfe das Gutachten des Röntgen-Facharztes zu Recht beanspruchen, seit der Bundesgerichtshof — wie einst das Reichsgericht — als höchste Instanz der ordentlichen Gerichtsbarkeit entschieden hat, daß jeder Arzt verpflichtet ist, den Patienten über seine Diagnose aufzuklären. Dies aber, so schlußfolgerte der Richter in Ruhe, bedeute, daß der Patient den Befund selbst verlangen könne.

Indes, als Ernst nach einigen Tagen in dem Röntgen-Institut nachfragte, wurde er beschieden, Bilder und Gutachten seien bereits dem Orthopäden übersandt worden. Daraufhin wurde der Richter bei dem Orthopäden vorstellig, um die ersehnten Röntgen-Aufnahmen nebst Beurteilung in Empfang zu nehmen. Er berief sich dabei eindringlich auf das „Handbuch des Arztrechts", das er zuvor studiert und dem er entnommen hatte, daß ein Gutachten dem Patienten in jedem Falle und die verfertigten Röntgen-Bilder dann auszuhändigen sind, wenn dergleichen bei der Erteilung des Auftrages ausdrücklich vereinbart worden ist.

Der Kölner Orthopäde zeigte sich von dem juristischen Kolleg des pensionierten Richters allerdings nicht beeindruckt. Er unterrichtete den Ruhestandsbeamten, daß er das Röntgen-Gutachten vernichtet habe, da es ihn als Sachkenner nicht interessiere. Überdies gehörten Röntgen-Filme ausschließlich in die Hand des Arztes. Wenn Dr. Ernst unbedingt das Gutachten sein eigen nennen wolle, möge er den Röntgenologen um eine Abschrift bitten.

Der Röntgenologe wiederum bedeutete dem hartnäckigen Richter schriftlich: „Mein Gutachten und schriftlicher Bericht ist niemals für den Patienten, sondern ausschließlich für den behandelnden Arzt bestimmt." Vereinbarungen gegenteiliger Art, so erklärte der Mediziner, lehne er „grundsätzlich" ab.

Keineswegs entmutigt und an lange Instanzenwege gewöhnt, ersuchte der Jurist Dr. Ernst schließlich die Ärztekammer in Düsseldorf, ihm ihre „Rechtsanschauung zum . . . Sachverhalt . . . mitzuteilen, der auch von allgemeinem Interesse sein dürfte". Meinte der Ruhestandsrichter: „Der Bericht bzw. das Gutachten . . . steht immer und ausschließlich dem Patienten zu. Das erscheint mir auch selbstverständlich, denn in vielen Fällen wird der Patient sich erst aufgrund des Gutachtens entschließen wollen, ob und bei welchem Arzt er sich in Behandlung begeben will."

Patient Ernst: Unsitte in der Röntgen-Praxis?

Generalrichter Ernst verfehlte nicht, auf zahlreiche Paragraphen und Gerichtsentscheidungen hinzuweisen, in denen er eine Bestätigung seiner Ansicht sah. So zitierte er ein Urteil des Gießener Landgerichts, in dem es unmißverständlich heißt, daß „neben dem Wort der Aufklärung dem Kranken auch sein eigenes Röntgen-Bild nicht zu verbergen" sei, denn „die Würde des Menschen . . . wäre unnütz verletzt, müßten Assistenten oder Schwestern wie im Geheimen und Verbotenen den Wissensdurst des Kranken stillen, oder dürfte er von seinem eigenen Röntgen-Bild nur einen verbotenen Blick erhaschen".

Die Gießener Richter hatten sich auch an dem weithin geübten Brauch gestoßen, den Patienten mit einem verschlossenen Umschlag von einem Arzt zum anderen zu schicken, ihn gewissermaßen als Überbringer einer ihm unbekannten Depesche „über seine eigenen Innereien" (Ernst) zu engagieren. „Zwar verschließt der Arzt bisweilen den an den Kollegen gerichteten und vom Patienten zu überbringenden Brief in dessen Gegenwart und nimmt der das auch sprachlos hin", so befand das hessische Gericht, „aber daraus folgt nichts gegen die Aufklärungspflicht. Denn ... diese Verschwiegenheit ... bleibt Erwachsenen gegenüber ... befremdlich ..."

Die Ärztekammer war jedoch nicht gewillt, sich mit Ernst in eine juristische Debatte einzulassen. „Wenn Sie glauben", so ließ Kammerpräsident Dr. Weise den einstigen Generalrichter wissen, „einen Anspruch auf Einsichtnahme in die Röntgen-Aufnahme sowie in den Röntgen-Befund zu haben, so muß ich es Ihnen überlassen, diesen Anspruch auf dem dafür vorgesehenen Wege geltend zu machen."

Dieser Empfehlung, den kostspieligen Prozeßweg einzuschlagen, kam Ernst allerdings nicht nach. Mithin blieb es ihm versagt, in den Besitz des begehrten Röntgen-Gutachtens zu gelangen. Die Röntgen-Bilder jedoch hatte er sich — wenn auch nicht mit juristischen Argumenten — zuvor schon verschaffen können: Er weigerte sich, die Aufnahmen zu bezahlen, worauf sie ihm schließlich ausgehändigt wurden.

Just als der rheinische Jurist seine Auseinandersetzung mit den Ärzten austrug, stellte das Oberlandesgericht Stuttgart fest, daß „sich aus einem Arztvertrag, der ... keine ausdrückliche Abrede enthält, kein Anspruch des Patienten auf Herausgabe der dem Arzt gehörigen Röntgen-Bilder (ergibt). In ärztlichen Kreisen besteht von jeher die Übung, diese Bilder zurückzubehalten ... und sie nur einem später behandelnden Arzt herauszugeben ... Die Ärzte sind so überzeugt von der Rechtmäßigkeit dieser Handhabung, und von seiten der Patienten ist sie so selten beanstandet worden, daß man fast von einem Gewohnheitsrecht sprechen kann ..." Kommentierte Ernst: „Die Mehrheit der Patienten ist zweifellos der Ansicht, daß man eher von einer Unsitte sprechen müßte."

SCHRIFTSTELLER

GERHARD SCHUMANN

Undank rings

Ein „stark angeschlagener älterer Herr", der mit der Welt unzufrieden ist, fährt in den Urlaub und setzt sich in einen Garten. „Gift und Galle", berichtet er, „trieb in meinen Säften. Ich sah nur noch Niedertracht und Undank rings."

Aber plötzlich wird dem Griesgram „das trostlose Einerlei" weggezaubert, „das sich, aus meinem Inneren trüb aufwölkend, über die ganze Welt grau in grau legte". Denn: „Ein Auto fuhr vor. Ein Wildfang fuhr heraus" — freilich nur in den Nachbargarten.

Der entzückte Bericht des griesgrämigen Herrn über das, was er nun im Nachbargarten zu sehen bekommt, findet sich im Augustheft der Zeitschrift „Buch und Leben", mit der ein in Stuttgart, Zürich und Salzburg lokalisierter Literaturbetrieb, der „Europäische Buchklub", seine rund 200 000 Anhänger kostenlos versorgt. Prominente Mitglieder dieses Buchklubs, der jährlich gegen Monatsbeiträge von 4,20 Mark „6 auserlesene Werke der gegenwärtigen Weltliteratur" liefert, oder des kooperierenden „Europäischen Phonoklubs" sind die drei Bundesminister Erhard, Seebohm und Würmeling, SPD-Chef Erich Ollenhauer und der Berliner Regierende Bürgermeister Willy Brandt, Martin Niemöller und Werner Krauss, Vico Torriani und Dieter Borsche, Toni Sailer, Boxer Hans Stretz, Zauberer Kalanag.

Bei so erlesenen Literaturabonnenten darf die als Bindeglied fungierende Zeitschrift nicht eben leichtgewichtig sein. Sie proklamiert: „Geistige Führer der Gegenwart auf allen Gebieten der Kunst und Wissenschaft zählen zu den Mitarbeitern der Klubzeitschrift, die über das wesentliche Geschehen in der literarischen Welt unterrichtet."

Die Augustnummer der Klubzeitschrift enthält Aufsätze über den subtilen englisch-amerikanischen Romancier Henry James und den Lyriker Georg Trakl sowie eine Zeichnung des Bildhauer-Dichters Ernst Barlach; zu den „geistigen Führern der Gegenwart" rechnet das Heft aber wohl auch den Verfasser der Betrachtung über die „Urlaubsnixe in Nachbars Garten", Gerhard Schumann, der diese Skizze in die Form eines Briefes an die „süße Teenager-Aphrodite" von nebenan gebracht hat.

„Keine fünf Minuten später" — nachdem der Wildfang aus dem Auto gefahren ist —, heißt es in Schumanns Brief weiter, bereits im vertraulichen Du, „paradierst du eingenäht, wie man heute sagt, in ein Minimum von Badeanzügle, das dein sowieso ins Auge springendes vollendetes Maßwerk nur noch steigert, wie eine Fassung einen edlen Stein ..."

In diesem fettigen Neckton beschreibt Schriftsteller Schumann — „welch ein Augenschmaus für mich ..." — erfreut den „Schmollmund", den „schwarzen Wuschelkopf", die „lustigen blauen Augen unter dunklen Wimpern (welch ein Effet)" und das „neugierig schnuppernde Stupsnäschen" seiner Nachbarin, begnügt sich dann aber summarisch — „na, sagen wir, und so weiter ... Es ist alles da ..." — und genießt das Bild, das sich ihm bietet: „Herumtänzeln, mit dem riesigen weißblauen Gummiball spielen, allein, weil keiner da ist, der mitspielt — (denn der zwar sichtlich erfreute Herr von nebenan auf seinem Liegestuhl kommt ja wohl nicht in Frage, — noch nicht)."

Urlauber Schumann berichtet, wie sein „gut gewachsenes, hübsch erwachsenes Spiel-Kind", sein „meeräugiges Nixlein in Nachbars Garten" — „ein wenig ball-müd" —, den Effekt veranstaltet, „als Pünktchen aufs I noch eine Zigarette kokett ins Mündchen" zu stecken; was in dem „hübschen Wuschelkopf", in dem „kecken Herzchen" sich abspiele, wisse er freilich nicht. „Noch nicht." Er kann nur gestehen: „Du bist für meine weltmüden Augen ein Hors d'oeuvre des Lebens. Du hast mir wieder Appetit auf die anderen Gänge gemacht."

Nun hat der 48jährige Schumann einer möglichen Kritik an seinen kaum appetitlichen, jedenfalls geschmacklosen Briefbekenntnissen insofern vorgebeugt, als er bereits ins Maiheft der Klubzeitschrift einen Sechszeiler mit dem Titel „Toleranz" einrückte:



Buchklub-Geschäftsführer Schumann
... tritt stumm der nächste vor

Sei nicht päpstlicher als der Papst,
Salang du hienieden trabst.
Es geht hier nicht ahne Streichungen.
Es gibt auf der Welt keine hundert Prazent.
Selbst der Kampaß kennt
Seine Abweichungen.

Genau diese Aufforderung zur Toleranz dürfte freilich eine Frucht jener Jahre sein, die Schumann das Gefühl gegeben haben, „nur noch Niedertracht und Undank rings" zu sehen — der Zeit seit dem Ende des Dritten Reiches.

In längstvergangenen Zeiten nämlich hatte Schumann alles andere als Toleranz bereimt. In sieben „Sonetten des Hasses" erklärte er zum Beispiel 1936:

Mag Liebe duldend Graßes auch gebären —
Der Haß allein hält es van Hunden rein.

Schumann behauptete damals: „Denn auch den Haß verlieh uns Gott der Herr!" und übernahm es, „der Welt das neue erzne Maß" zu zeigen.

Haß-Prediger Schumann — 1934 bestätigte das völkische Organ „Reichssturmfahne" dem Schumannschen Kampfdrama „Das Reich" „erschütternde Bilder eines Weltanschauungskampfes auf Tod und Leben" — war in früheren Jahren nationalsozialistischer Studentenführer, SA-Standartenführer, Präsidialrat der Reichsschrifttumskammer und Reichskultursenator, später SA-Oberführer.

Vor Beginn seiner Karriere als nationalsozialistischer Funktionär hatte Schumann nur den Gedichtband „Ein Weg führt ins Ganze" veröffentlicht, nach 1933 machte er sich aber als „junger nationalsozialistischer Lyriker" (Franz Lennartz: „Die Dichter unserer Zeit", 1938) um so schneller bekannt. Er erhielt 1935 den „Schwäbischen Dichterpreis", 1936 für den Lyrikband „Wir aber sind das Korn" — Reichsminister Dr. Joseph Goebbels: „ist in allem gekonnt, sowohl was die politische als auch was die persönliche Lyrik anbetrifft" — den „Nationalen Buchpreis". Lennartz: „In ausgereifter, oft hymnischer Form gibt er hier seinem Erleben von Führer, Volk und Reich mitreißende Gestaltung ..."

Ob nun Schumanns Gedichtzeilen

Das Reich bricht an. Das Reich wird frei.
Und Deutschland braucht Saldaten

mitreißende Gestaltung beweisen oder nicht — erfolgreich waren sie schon deswegen,



Gründer des „Europäischen Schriftsteller-Bundes" 1941*: Wenn einer von uns fällt ...

* Generalsekretär Carl Rothe, Lyriker Hans Baumann, Gerhard Schumann und Herybert Menzel.

weil Hitler-Jugend und Schuljugend dieses entsetzliche Gereime auswendig lernen mußten. Seinen Führer — oder, als makabren Stellvertreter, den Tod — bedichtete Schumann etwa mit der Zeile: „Denn er befiehlt, daß wir gehorchen dürfen."

Folgerichtig hieß denn auch Gerhard Schumanns nächste Gedichtsammlung „Wir dürfen dienen"; in ihr legt der Autor ohne Umschweife „Bekenntnis" ab:

Einer: Wir haben dein Wort gehört!
Chor: Führer!
Einer: Jedes Herz schlägt und schwört!
Chor: Führer!
Einer: Verflucht, wer die Arbeit stört!
Chor: Führer!
Einer: Du bist das Ganze!
Chor: Führer!
Einer: Wir sind dein Teil!
Chor: Führer!
Einer: Dein Werk und dein Reich
Sieg
Alle: Heil!
Einer: Sieg
Alle: Heil!!
Einer: Sieg
Alle: Heil!!!

In Schumanns (vertonter) Gedichtfolge „Feier der Arbeit" wurde behauptet:

Was die tausend Jahre harrten,
Zwang der Führer in die Zeit.

Das Gedicht „Hitler" (1936) orakelte:

Mit aller Glocken donnernder Gewalt
So läutet seine Stimme in die Welt.
Die Welt wird hören.

Und Schumann durfte alsbald konstatieren (die beflissen vertonten Verse wurden 1942 im Liederbuch „Deutsche Musik in der Höheren Schule" gedruckt):

Nach tausendjährigen Wunden
Hat Blut zu Blut gefunden,
Geborsten Wall und Deich!
Vom Nordmeer bis zum Brenner
Nur flammende Bekenner:
Ein Führer, Volk und Reich!

In dem Band „Wir aber sind das Korn" hatte Schumann als Schlußstrophe die Prophezeiung formuliert:

Wir baun des Reiches ewige Feldherrnhallen,
Die Stufen in die Ewigkeit hinein.
Bis uns die Hämmer aus den Fäusten fallen.
Dann mauert uns in die Altäre ein.

Als dem Lyriker programmgemäß der Hammer aus den Fäusten fiel, wurde er allerdings weder in Altären noch sonst irgendwo eingemauert. Gerhard Schumann — „Wenn einer von uns fällt, tritt stumm der nächste vor" — veröffentlichte von 1953 an wieder Bücher, mit allerdings weniger strahlenden Titeln.

Im Kessler Verlag, Mannheim, erschienen „Die große Prüfung" und, 1955, „Freundliche Bosheiten" — worin die Fabrikmarke „Mercedes" auf „versteht es" gereimt wird. „Am besten in diesem gut ausgestatteten Band ... gefiel mir der prachtvolle Vierzeiler ‚Würde'", bekannte der Rezensent der „Deutschen Soldatenzeitung". Der Vierzeiler lautet:

Wenn einer, daß du schier verreckst,
Dich in den Hintern treten kann,
Und du ihm nach den Stiefel leckst,
Das kotzt sogar den Stiefel an.

Im Erscheinungsjahr der „Freundlichen Bosheiten", 1955, errang Schumann immerhin den Lyrikpreis der (heute nicht mehr existierenden) Modezeitschrift „Die Dame", und 1957 legte der Kessler Verlag „Verse aus den vergriffenen Büchern des bedeutenden Lyrikers neu vor"; dieser jüngste Band heißt: „Die Tiefe trägt".

In die Gesellschaft der „geistigen Führer der Gegenwart" hat den Lyriker Schumann — der 1941/42 die Gründungsurkunde eines nationalsozialistischen „Europäischen Schriftsteller-Bundes" mit unterzeichnete — aber erst die Zeitschrift des „Europäischen Buchklubs" wieder gebracht.

Gerhard Schumann ist der Geschäftsführer dieses Klubs.

SAGAN-SELLER

Gerettet, aber verloren

Ein resignierter Satz eröffnet den vierte Roman der inzwischen 24jährigen Fran zösin Sagan: „Paule betrachtete ihr Ge sicht im Spiegel und studierte darin die i 39 Jahren angesammelten Niederlagen, ein nach der anderen, nicht etwa mit Bestür zung, mit der in solchem Falle übliche Bitterkeit, sondern mit kaum aufmerk samer Gelassenheit."

Das zu Unrecht für kurzatmig gehalten Genie-Früchtchen Françoise Sagan hat sic zu einer publicity-beständigen Modeautori entwickelt. Noch vor dem Erscheine wurde die erste Seite des neuen Selle von französischen Zeitungen im Faksimil abgedruckt. Er ist dem novellistische Kleinformat der bisherigen Sagan-Pro duktion angepaßt und führt den Tite „Aimez-vous Brahms . ." („Lieben Si Brahms . .")*.

Der Titel bezieht sich auf die konven tionelle Frage, die ein 25jähriger „schöne zärtlicher Nichtstuer" mit Namen Simo der vierzehn Jahre älteren Paule auf eine Rohrpostkarte stellt: Er bittet Paule — das Sagan-Pendant zu Honoré de Balzac „Frau von dreißig Jahren" — zu einen Brahms-Konzert in der Pariser Sall Pleyel; von dem gemeinsamen Besuch er hofft er sich ein galantes Nachspiel.

Die beiden Gedankenpunkte hinter de Namen des deutschen Komponisten finde sich allerdings nur auf den Titelseiten de letzten Drittels der 150 000 Exemplare de Buches, die der Verleger Julliard — de Dreimillionen-Weltauflagenhöhe bisherige Sagan-Werke angemessen — bereits fü die Erstauflage drucken ließ. Die erste 100 000 Exemplare wenden sich noch mi der ursprünglich von Françoise Sagan be stimmten Titel-Frage „Lieben Sie Brahms? direkt an den Leser — ein Lapsus, de der Verlag nach dem Rat seiner Stilexper ten auszumerzen bestrebt war.

Sogar die Zahl der Titel-Punkte wa Anlaß einer subtilen Überlegung psycho logisch-typographischer Art: Weil der Nam Brahms als beiläufig angesehen wurde entschied sich der Verleger für nur zwe Punkte — unter Berufung auf eine Auto rität literarischer Feinst-Stilistik, de französischen Dichter Léon-Paul Fargu (1878 bis 1947), der ausdrücklich die Emp fehlungen der Gebrauchs-Grammatike mißachtete und erklärte: „Wo zwei Ge dankenpunkte genügen, sollte man nich drei setzen."

Die typographische Sparsamkeit des Ti tels entspricht der gedanklichen Sparsam keit des Romans. In zynisch-gepflegte Sagan-Manier spiegelt er die Leere un Melancholie einer diskret alternden, wenn auch als durchaus begehrenswert beschrie benen Pariserin, die im Milieu der Haute Couture als Dekorateurin tätig ist. Sie ha einen „reichen und langweiligen Ehemann verlassen und Roger, einen vitalen Ge schäftsmann mit unterentwickeltem Ge fühlsleben, zum Dauerfreund erwähl „Seine Lebenszufriedenheit wurde nu durch den Schlaf unterbrochen", berichte die Autorin. „Er schlief ohne Übergang die Hand auf seinem Herzen, sogar noch im Schlaf auf sein Leben bedacht."

Die trübsinnige Ruhe ihrer Existenz empfindet Paule wie eine „lange Krank heit"; sie sehnt sich nach einem Glück das ihr Roger nur „physiologisch" zu ver mitteln weiß. Da begegnet ihr der schön

* Françoise Sagan: „Aimez-vous Brahms . . Editions Julliard, Paris; 188 Seiten; 690 Francs

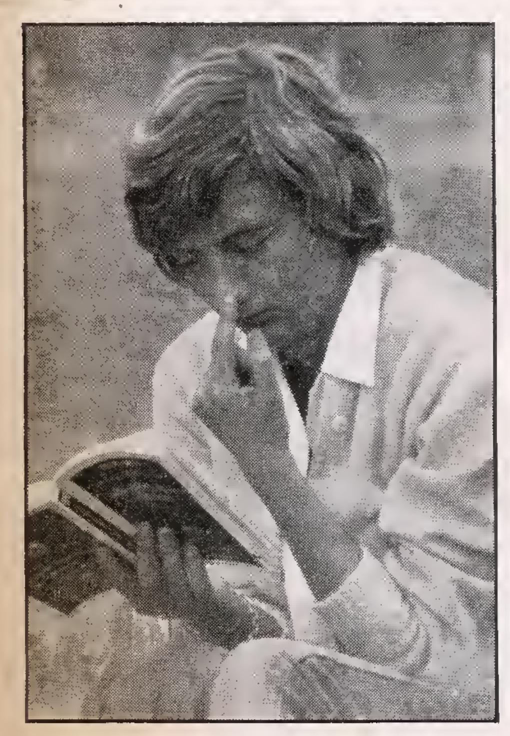
junge Simon, Gehilfe eines „ebenso bekannten wie widerwärtigen“ Anwalts, der aus Gründen, „die Simon zu verstehen fürchtete, seine (Simons) Albernheiten ertrug“. Simon „leidet“ unter seiner Physis und schwärmt von einem Leben der Askese, als verrufener Maler oder Hirt.

Die treuherzige Manier, mit der Simon die Sagan-Heldin zu hofieren beginnt, erweckt bei der glückshungrigen Enddreißigerin eine unbestimmte Sympathie; freilich muß Paule sich sagen, daß Simon ein „weinerlicher junger Mann“ ist, dem sie allenfalls Seelenvertraute oder mütterliche Trostspenderin sein könnte. Auch die poetisch-blaue Rohrpostkarte mit der Frage: „Lieben Sie Brahms?“ erinnert die Heldin an Fragen, die ihr gestellt wurden, als sie siebzehn war. Dennoch erscheint sie pünktlich zum Rendezvous: Sie meint aber, nicht Simon, sondern die Musik gewählt zu haben — „eine gute Beschäftigung für eine einsame Frau“.

Die Autorin stellt das Glück mit Simon als kurz und fragwürdig dar. Es geschah ihr wohl, heißt es von Paule, daß sie „in seinen Armen seufzte“ und eine jener besitzergreifenden Gesten übte, die „nur den Kindern oder den allzu geschickten Liebenden“ eigen sind — aber in solchen Augenblicken, so deutet Françoise Sagan die Psyche ihrer Heldin, „rührte sie an das Alter, an die wunderbare, einzige Leidenschaft der Altersliebe“. Simon sucht sich in dem Komfort dieser Liebe zu behaupten und bettet wie „schutzsuchend“ sein Haupt auf Paules Schulter; er wird ihr zur Last, zu einem unklar empfundenen „moralischen“ Ärgernis.

„Lieben Sie Brahms . .“ plädiert für einen Kompromiß, eine Rückkehr zum Ausgangspunkt des Abenteuers: Die Heldin erkennt, daß sie ihr Leben nach „gewissen moralischen oder ästhetischen Regeln“ eingerichtet hatte, deren Schlüssel nicht Simon, sondern der auf platte, aber „beruhigende“ Weise lebenstüchtige Roger besitzt. Zu ihm, zum vertrauten Geruch seines Körpers „und seines Tabaks“, kehrt Paule schließlich zurück — „gerettet, aber verloren“.

„Lieben Sie Brahms . .“ trägt die Widmung „Für Guy“. Gemeint ist der Geschäftsmann Guy Schoeller, Ehemann der Verfasserin.



Modeautorin **Sagan** auf dem Lande
Beruhigend lebenstüchtig

FERNSEH-SPIEGEL

Mit Anstand / Von Telemann

In süddeutschen Apothekerkreisen herrscht seit Monaten Beklommenheit: „Wo bleibt Angelika?“ hört man es aus den Rezepturen flüstern, und auch die Ärzteschaft dieses Lebensraumes sucht vergebens nach einer Antwort auf die Frage: „Wo bleibt Angelika Feldmann?“

Ja, wo bleibt sie? — Telemann hat es herausgekriegt: Sie bleibt beim Nord- und Westdeutschen Rundfunkverband und darf dort a) jene Geisterstimme sein, die sich namens des Fernsehens für Bild- und Tonstörungen entschuldigt (Ansage-Reserve), b) darf sie, im Nachmittagsprogramm, den weiblichen Bevölkerungsteil zum Basteln anregen („Selbst ist die Frau“). Doch das Abendprogramm ansagen darf Angelika Feldmann nicht mehr; ungeachtet der Tatsache, daß Süddeutschlands Pharmazeuten und Ärzte sie noch vor zwei Jahren bei der Umfrage eines Meinungsforschungs-Instituts für die beliebteste Ansagerin des Deutschen Fernsehens erklärt hatten. Die Hintergründe für diese verwunderliche Beschränkung ihres Wirkens erfuhr Telemann vom NDR-Intendanten Dr. Hilpert.



Angelika Feldmann

„Wir haben Frau Feldmann von einem Tag auf den anderen aus der Ansage herausnehmen müssen, weil im Werbefernsehen ihre Spots für Philips erschienen sind. Das Gesicht einer Ansagerin ist sozusagen die Visitenkarte eines Senders. Und die Firma, die dieses Gesicht für ihre Werbung nimmt, nimmt es ja gerade darum, *weil* es die Visitenkarte ist. Diesen Interessenkonflikt möchten wir doch niemandem zumuten. Frau Feldmann hat im Werbefernsehen ihren Filmspot gesprochen und ist am selben Abend in der Ansage erschienen. Und da hat's natürlich Sturm gegeben, da ist Eduard Rhein auf die höchste Palme gegangen und hat uns gleich vorgeknöpft von wegen Schleichwerbung mit indirekter Beteiligung der Anstalten.“

Telemann konnte nicht umhin, Dr. Hilpert wie auch dem „Hör zu“-Chefredakteur beizupflichten. Ja, als er Angelika Feldmann anschließend fragte, ob sie denn glaube, daß sich Werbetätigkeit („Nimm doch Philips!“) mit dem Amt einer Ansagerin vereinbaren lasse, schwang in seiner Stimme ein leiser Vorwurf mit.

Doch er bekam zur Antwort: „Ich habe das Abendprogramm zum letztenmal am 4. Februar angesagt, und der erste Spot für Philips lief am 1. April. Die Erlaubnis, fürs Werbefernsehen zu arbeiten, gab mir Dr. Pleister, nachdem er mir wörtlich mitgeteilt hatte: ‚Das Kuratorium hat beschlossen, daß Sie ab sofort nicht mehr in der Abendansage beschäftigt werden. Sie sind nicht mehr tragbar.‘“

Warum die Ansagerin Angelika Feldmann nach achtjähriger Tätigkeit beim nord- und westdeutschen Fernsehen nicht mehr tragbar sei, verschwieg ihr der damalige Intendant, nicht ahnend, daß — Pikanterie des Schicksals — über seine eigene Tragbarkeit wenig später auf ähnlich rauhe Weise befunden werden würde.

Als Telemann ein schickliches Weilchen darüber gestaunt hatte, welcher Einfallsreichtum dem Intendanten Hilpert zur Verfügung steht, wenn es gilt, personelle Veränderungen zu begründen, durfte er, weiterforschend, die Entdeckung machen, daß auch Dr. Pleisters Phantasie in befriedigendem Maße ausgeprägt war. Das NWRV-Kuratorium hatte nämlich gar nicht „beschlossen“.

„Wir hatten damals nur darüber gesprochen, daß man sich an den Ansagerinnen, die da nun tagtäglich in die gute Stube kommen, mal ein bißchen leid sieht“, erinnert sich das Kuratoriums-Mitglied Staatssekretär Dr. Karl Mohr. „Das galt aber für alle, auch für Irene Koss. Unsere Sorge war, daß sie nicht ihre Existenz verlieren — worauf man uns erklärte: Nein, nein, die Damen können ja fürs Werbefernsehen arbeiten.“

Nun weiß Telemann sehr wohl, daß die „Abnutzung der Gesichter“ ein Problem darstellt, daß früher oder später einmal gelöst werden muß. Und das Deutsche Fernsehen weiß dies nicht minder (Dr. Hilpert: „Ich habe mich bemüht, und ich werde mich bemühen, dafür zu sorgen, daß Ansagerinnen, die so lange bei uns sind, nicht an einen Punkt kommen, wo der Zuschauer sagt: ‚Also, nun haben wir genug.‘ Man muß vorher ablenken und umlenken. Der Beruf einer Ansagerin ist ein Saisonberuf, der sich vielleicht über zehn Jahre hinzieht, aber einmal muß ja Schluß sein. Ich habe zu allen, auch zu Frau Koss, gesagt: Liebe Damen, passen Sie auf, seien Sie selber einsichtig, den Punkt zu finden, an dem man mit Anstand abtreten kann.“).

Überdies weiß Telemann — jedenfalls wurde es ihm mit Nachdruck versichert —, daß den maßgeblichen Herren in Lokstedt und in der Rothenbaumchaussee nichts ferner liegt, als die Gebote der Menschlichkeit zu mißachten. Frau Feldmann wird, mag es den süddeutschen Apothekern auch voreilig erscheinen, mit aller sozialen Sorgfalt ab- und umgelenkt werden.

Dennoch möchte Telemann dem Nord- und Westdeutschen Rundfunkverband vorschlagen, unbequeme Entscheidungen künftig so zu treffen, daß die Betroffenen außer den Folgen nicht auch noch unnötige Schuldkomplexe zu tragen haben.

Zumindest sollte die Intendanz, in ihrem lichten Drange, „menschliche Rücksichten“ zu nehmen, keine Ausreden benützen, die jeder Taschenkalender widerlegen kann.

Merke: „Ab heute wird Herr Haak in regelmäßigen Abständen Ihnen wertvolle Tips für Ihre Haarpflege geben.“ (Angelika-Feldmann-Nachfolgerin, NWRV-Ansagerin Ruth Fürbringer-Trasy, am 2. Juni 1959 in einem Werbefernsehspot der Firma Schwarzkopf.)

FILM

NEU IN DEUTSCHLAND

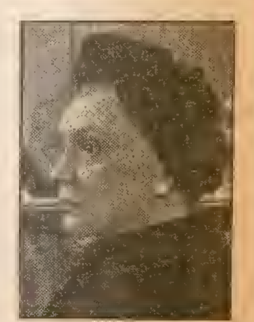
Dos Tagebuch der Anne Fronk (USA). Das rege Interesse, das der Dramatisierung von Anne Franks pubertären Aufzeichnungen an den Kassen beiderseits der Ost-West-Weltgrenze beschieden war, veranlaßte die kalifornischen Film-Moguln, das Autoren-Ehepaar Goodrich - Hackett neuerlich mit der Bearbeitung des Themas zu betrauen. Frances Goodrich und Albert Hackett walzten ihre Bühnenversion zu einem Kinostück von unerträglicher Länge und Breite platt: Selbst die gekürzte deutsche Fassung ist dem Bühnendrama noch um mehr als eine Viertelstunde über. Auch dem Hollywood-Regisseur George Stevens („Giganten"), der die Hauptdarstellerin, das Photomodell Millie Perkins, im Rahmen eines weltweiten Suchrummels fand, blieb nach sechsmonatiger Drehzeit der Erfolg versagt: Sein Film, von der amerikanischen Presse fast ausnahmslos als Meisterwerk gepriesen, ermangelt künstlerischer Kraft und Strenge und bietet sich lediglich als geschwätziger Rührfilm dar. (20th Century Fox.)



Millie Perkins

Feinde von gestern (England). Der Dschungelkriegsfilm nach dem Theaterstück „Yesterday's Enemy" des Engländers Peter R. Newman hat mit seinem erfolgreichen Vorläufer „Die Brücke am Kwai" nicht einmal den Schauplatz gemein: Der burmesische Urwald wurde in einem englischen Atelier nachgebaut. In dieser Treibhaus-Dekoration verstricken sich ein englischer und ein japanischer Offizier, ein Seelsorger, ein Arzt und ein Journalist — teils theoretisch, teils tatkräftig — nach Art von Bühnenauftritten in eine Diskussion über die Frage: Gibt es Kriegsverbrechen, etwa Geisel-Erschießungen, die als taktische Maßnahme gerechtfertigt sind? Ein Vergleich zwischen der Synchronfassung und der englischen Inhaltsangabe zwingt zu der Annahme, daß die Eindeutscher zumindest den Schluß dieses Gesinnungsreißers unbekümmert entstellt haben. (Hammer.)

Der blaue Nachtfalter (Deutschland). Aus einem Drehbuch, dessen dreist gestümperte Groschenheft-Welt bei totaler geistiger Armut doch mit handelsüblichen Gefühlssurrogaten wohlversehen ist, hat Regisseur Wolfgang Schleif („Made in Germany") einen notdürftigen Film gebosselt, der es der Ufa - Alt - Tragödin Zarah Leander erlaubt, aufs neue die tränenunterlaufene Stimme zu heben. Neben Christian Wolff haben sich auch so nennenswerte Schauspieler wie Werner Hinz verleiten lassen, an dieser Spekulation mit Mutterleid und Sohnesfreud teilzunehmen. (Berolina Film, Kurt Schulz, GmbH.)



Zarah Leander

Ein Schuß und 50 Tote (USA). Bob Hope, die intelligenteste Knallschote des Kinoklamauks, spielt in dieser Pferdeoper-Parodie einen Versicherungsagenten, der ausgerechnet mit dem Pistolenhelden Jesse James eine hohe Lebensversicherung abschließt und den Räuber fortan im Interesse der Assekuranz beschützen muß. Da Bob Hope zugleich als Produzent zeichnet, darf er verrückte Späße darbieten, wie sie ihm bei früheren unselbständigen Filmarbeiten nur hin und wieder genehmigt worden waren: Wenn er Schnaps trinkt, quillt Rauch aus seinen Ohren, und die Krempe der Kopfbedeckung rollt auf; im Hause des Gangsters trifft er auf einen Knaben namens Harry S. Truman, und zum Schluß läßt er sich von einigen Hollywoodstars in Statistenrollen — darunter seinem langjährigen „Weg"-Gefährten Bing Crosby — aus Pistolennotstand freischießen. (Hope Enterprises.)

SATIRE

Zwei rechts, zwei links

Langsam wandert die Silhouette des britischen Parlamentsgebäudes über die Leinwand. „Unter diesem edlen Dach", so doziert ein Sprecher, „sitzen sechshundert Abgeordnete, zumeist Konservative und Sozialisten. Ein ungeheurer Unterschied klafft zwischen beiden. Für die Konservativen gilt die Philosophie der Ausbeutung des Menschen durch seinen Mitmenschen. Bei den Sozialisten ist es genau umgekehrt."

Diese Spott-Präambel führt die britischen Kinogänger in die Handlung eines Films ein, der sich in der hochsommerlichen Lichtspiel-Flaute als ausnehmend erfolgreich erwiesen hat. „Der Film ist ungewöhnlich ergötzlich", urteilte der „Manchester Guardian", „sehr komisch" („Sunday Times"), „oft außerordentlich heiter" („Tribune"); und selbst die zurückhaltende „Times" ließ sich herab, dem Leinwand-Opus „etliche witzige Passagen" zu bescheinigen. Das Werk heißt „Left, Right and Center", zu deutsch „Die Linke, die Rechte und die Mitte".

Die Produzenten, Frank Launder und Sidney Gilliat, vermochten die Lobsprüche allerdings nicht mit den Heiterkeits-Requisiten herkömmlicher Witzfilme einzusammeln. Sie hatten im Gegenteil darauf verzichtet, bewährte Filmdeppen und gängige Leinwandscherze für ihre Lichtspiel-Komödie zu engagieren. Statt dessen erschlossen sie dem angelsächsischen Kinopublikum eine neue Humorquelle: die Parteipolitik.

Launder und Gilliat, die schon rund 20 Filme zusammen gedreht haben, sind nämlich der Überzeugung, daß Lachen eine „empfindliche Ware" sei: „Die Leute haben zwar immer noch die Banane gern, auf der man ausrutscht, doch erwarten sie eigentlich ein bißchen mehr scharfen Witz — aber nur ein bißchen." Und als Komödienstoff, der diesen leicht gehobenen Ansprüchen genügt, war den Flimmerfabrikanten das politische Leben Albions gerade recht.

Ihr Film persifliert eine Parlaments-Nachwahl in dem — fiktiven — Landstädtchen Earndale. Den Einwohnern dieses Filmortes fällt es ungemein schwer, dem Wahlkampf mehr als sportliches Interesse abzugewinnen und ideologische Unterschiede zwischen den beiden gewichtigen politischen Parteien auszumachen. Das muß beispielsweise ein Labour-Redner erfahren, der versehentlich in eine konservative Wahlversammlung gerät und für seine Sprüche („... ein England, in dem die soziale Gerechtigkeit herrscht, wo jeder eine Chance hat und auch die Rentner nicht vergessen werden") mehr Beifall einholt als bei seinem sozialistischen Stamm-Auditorium.

Zum Leidwesen der Film-Parteifunktionäre droht der Wahlkampf gänzlich einzuschlafen, als sich die beiden Kandidaten, ein konservativer Adelssproß und eine sozialistische Fischhändlerstochter, ineinander verlieben und sich in den Wahlversammlungen folglich nur noch mit freundlichen Vokabeln bedenken. Tory-Kandidat Robert Wilcot (Ian Carmichael) holt sich sogar das Wahlkampf-Konterfei der geliebten Sozialistin Stella Stoker (Patricia Bredin) als erotischen Fetisch ins Schlafzimmer. Als die beiden Nachwuchs-Politiker schließlich auch beim Austausch von Zärtlichkeiten ertappt werden, sehen sich die Funktionäre der gegnerischen Parteien zu einer gemeinsamen Geheimaktion gezwungen. Im Hinterzimmer einer Kneipe befinden sie: Der Wahlkampf hat weiterzugehen, sonst muß das Unterhaus eines Tages schließen. Sie importieren deshalb — wenn auch vergebens — einen Boyfriend der Sozialistin und ein Girlfriend des Konservativen, damit die Eifersucht bewirke, was die Ideologie nicht vermag.



Filmszene aus „Left, Right and Center": Fernsehstars ins Unterhaus

Dieses Handlungsgerüst haben die Filmhersteller mit einer Fülle von Anspielungen ausgekleidet. So präsentieren sie etwa den Leinwand-Tory als einen ehemaligen Fernseh-Star, der die Quiz-Sendung „What on earth is that?" („Was um Himmels willen ist das?") mit seinem hygienischen Lächeln bereichert hatte. Launder und Gilliat — sie firmieren als Produzenten wie auch als Regisseure und Drehbuchautoren — karikieren damit eine in England neuerdings gepflegte Sitte: Im vergangenen Jahr kandidierte der Nachrichtensprecher des britischen Werbefernsehens, Ludovic Kennedy — Ehemann der Ballerina Moira Shearer („Die Roten Schuhe") —, bei einer Nachwahl für die Liberalen. Auch der Fernsehansager und frühere Meilen-Weltrekordler Chris Chataway, die Bildschirm-Komödiantin Jacqueline McKenzie sowie die Sprecher Geoffrey Johnson-Smith und Robin Day zeigten Ambitionen, ihr Betätigungsfeld von den Studios ins Unterhaus zu verlagern.

Oder: In Anspielung auf die Armut weiter Kreise des englischen Adels, der zuweilen alle Mühe hat, das Mauerwerk seiner Landsitze vor dem Verfall zu retten, erscheint im Film — als nobler Onkel des Filmhelden — der Schloßherr Lord Wilcot, Herrscher von Wilcot Priory. Wie viele Standesgenossen hat Wilcot sein Besitztum dem Plebs zur Besichtigung freigegeben; er will sich am Eintrittsgeld sanieren. „Ich bin kein Konservativer mehr", erläutert Seine Lordschaft, „ich bin neutral. Muß ich sein — bei fünfzig Autobussen (mit Besuchern), die mir die Gewerkschaft im Jahr schickt!" Amerikanische Touristen finden bei dem Film-Lord nicht nur eine kostspielige Nachtstatt, sondern auch ein mitternächtliches Schloßgespenst. Der Schloßpark schließlich ist in ein Vergnügungs-Campus umgewandelt, auf dem sich zeitweise ein Nudisten-Verein einquartiert.

Die Produzenten Launder und Gilliat hatten es nicht schwer, ein für die Außenaufnahmen geeignetes Adelsgelände zu finden. Der 13. Herzog von Bedford stellte ihnen gegen angemessenes Honorar sein Schloß Woburn Abbey zur Verfügung, dessen Park er — zum Kummer des Hochadels — schon vor einiger Zeit als Vergnügungs- und Ausflugsstätte herrichten ließ. Und auch die Nudisten hatten das Gelände schon einmal gemietet, um in einer Konferenz gewichtige Probleme der Freikörperkultur zu erörtern.

Ursprünglich hatte Sidney Gilliat gemeint, er müsse den Schloßpark etwas aufschmücken, um ihn filmgerecht zu machen. Nachdem er das Terrain besichtigt hatte, sah er sich indes genötigt, den Parkputz etwas abzuschwächen — aus Furcht, der Film würde zu einer allzu grobschlächtigen Satire entarten. Die Geschäftstüchtigkeit des Herzogs hätte ebenfalls dem Drehbuch entnommen sein können: Wenn die Filmleute Lamas aus seinem Privatzoo benötigten, so ließ die Durchlaucht wissen, müßten sie natürlich eine Sondergebühr entrichten.

Um allzu krasse politische Fehltritte zu vermeiden, hatten Launder und Gilliat die Konservativen und Sozialisten ersucht, je einen Berater zu den Filmarbeiten zu delegieren. Die Parteibüros hielten es jedoch für ratsam, das Begehren nach gründlichem Studium des Drehbuchs abzulehnen. Rügte die Labour Party: „Die Filmindustrie hat eine positive Verantwortung vor England und vor der Welt."

PERSONALIEN



Garech Browne, 20, Sohn des Lord Oranmore and Browne, Erbe aus der irischen Bierbrauer-Dynastie Guinness und Mitglied einer der reichsten Familien Englands, ist gesonnen, dem amerikanisch-norwegischen Rockefeller-Beispiel zu folgen: Er besteht auf der Heirat mit der irischen Holzfäller-Tochter **Margaret McCabe,** 19, die bei Garechs Mutter, der nunmehr in dritter Ehe mit dem kubanischen Modeschöpfer Miguel Ferreras verheirateten Lady Oranmore and Browne, als Hausmädchen tätig war.

Konrad Adenauer, 83, Sohn Paul und andere Familienmitglieder werden im September als Pilger in Trier erwartet. Der Kanzler hatte ursprünglich der Eröffnung der Heilig-Rock-Ausstellung beiwohnen wollen, dann aber abgesagt.

Theodor Blank, 53, bundesdeutscher Arbeitsminister und führender christdemokratischer Gewerkschaftler, soll auf Antrag des Kreisausschusses Augsburg des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) vom DGB-Bundeskongreß, der in dieser Woche in Stuttgart stattfindet, wegen „echten gewerkschaftsschädigenden Verhaltens" aus der Einheitsgewerkschaft ausgeschlossen werden. Blank, der bis 1950 Vorstandsmitglied der Industriegewerkschaft Bergbau war, hat sich durch verschiedene Äußerungen den Unwillen der Gewerkschaft zugezogen. Erst kürzlich erklärte er zur Standard-Forderung der IG Bergbau, den westdeutschen Kohlenbergbau zu sozialisieren, daß sie „ein erstaunliches Maß geistigen Unvermögens" beweise.

Heinrich Gutermuth, 61, Chef der Industriegewerkschaft Bergbau, will am 19. September 100 000 Bergleute aus dem Ruhrgebiet nach Bonn führen, um hier gegen die Krise im westdeutschen Kohlenbergbau zu demonstrieren.

Andrej Smirnow, 54, Botschafter der Sowjet-Union in Bonn, reagierte auf Meldungen der westdeutschen Presse über seine baldige Versetzung auf einen anderen Posten mit der Bemerkung: „Wenn alles schiefgeht, werde ich wieder Seemann." Smirnow erzählte, er sei sieben Jahre lang auf Schiffen der sowjetischen Handelsmarine als Matrose und später als Heizer „auf allen Meeren" gefahren.

Anastas I. Mikojan, 63, Unsterblicher der Sowjet-Hierarchie, gab einer Gruppe kalifornischer Geschäftsleute, die er in seinem Kreml-Büro empfing, eine geistliche Empfehlung mit auf den Heimweg. Gottesleugner Mikojan, der in jungen Jahren eine Priesterweihe empfangen hatte, forderte die religiös Gesinnten unter den Jüngern des business auf, für einen positiven Verlauf des Treffens Eisenhower - Chruschtschew zu beten.



Hilger Albert van Scherpenberg, 59, Dr. jur., Staatssekretär im Auswärtigen Amt, kreierte unwissentlich infolge gewohnter Verspätungsfristen von etwa 20 Minuten für den außerdienstlichen Sprachgebrauch eine neue Zeitmaßeinheit, die ein etwas verlängertes „akademisches Viertel" bezeichnet und „ein Scherp" genannt wird.

William S. Schlamm, 55, Analytiker des Wirtschaftswunders und Atomtod-Ideologe (SPIEGEL-Titel 32/1959), gewährte der rechtsradikalen und gelegentlich verschämt antisemitischen „Deutschen Soldaten-Zeitung" ein Exklusiv-Interview, in dem er sich auf die Frage, ob er ein Christ sei, als Jude bekannte, der „spirituell ... ohne Frage zum Christentum" tendiere. Zum Abschluß des Interviews wünschte ihm das Blatt zu seiner „großen Mission", die „ein großes Herz" verlange, „alles Glück".



Erich Grassmann, 40, Großbauunternehmer in Weinheim, hat es noch vor seinem Schwiegervater, dem in einer Leihwagen-Affäre angeklagten Daimler-Benz-Generaldirektor Fritz Koenecke, 60, geschafft, in eigener Sache vor den Schranken eines ordentlichen Gerichtes stehen zu können. Das Amtsgericht Weinheim sprach den Koenecke-Schwiegersohn von dem Vorwurf frei, in seinem Betrieb Sonntagsarbeit ohne amtliche Erlaubnis gestattet zu haben.

Elizabeth II., 33, Königin, und ihr Prinzgemahl **Philip,** 38, erteilten holländischen Firmen die Erlaubnis, ihre Porträts auf Halstüchern abzudrucken. Auf gleiche Weise dürfen jedoch nicht Badetücher, Servietten und Einwickelpapier dekoriert werden.



Roger Peyrefitte, 52, französischer Diplomat a. D., Erzähler von Vatikan-Geschichten, seit seinem letzten Roman „L'Exilé de Capri" auch „mit dem gesamten Gotha" verfeindet (SPIEGEL 19/1959), kündigte eine Vierjahresreise auf den Spuren Alexanders des Großen an, die rund 40 000 Mark kosten und von Mazedonien nach Indien führen soll. Der Reiseplan reifte seit 1955, und bereits vor drei Jahren ließ sich der Sitten- und Unsitten-Schilderer im Zuge eingehender Reisevorbereitungen vorsorglich den Blinddarm entfernen, da sich dieser unterwegs zu ungelegener Zeit entzünden könnte.

AUTOREN

DWIGHT D. EISENHOWER, 68, will nach Abschluß seiner Amtstätigkeit zu Ende Januar 1961 für ein Presse-Syndikat als Kolumnist tätig werden.

NIKITA S. CHRUSCHTSCHEW, 65, bereitet mit Hilfe eines Stabes von „ghost writers“ die Herausgabe seiner Autobiographie vor.

RÜDIGER PROSKE, 42, Abteilungsleiter beim Hamburger Fernsehen, hat für die IG Metall ein Filmmanuskript mit dem Titel „Angestellte in unserer Zeit“ geschrieben, nach dem die Gewerkschaft einen Film für die Angestellten-Werbung drehen will.

LEO LANIA, 62, in New York lebender Schriftsteller, schreibt eine Biographie des Regierenden Bürgermeisters von Berlin Willy Brandt. Die Rechte für den Erstabdruck vor Erscheinen des Buches erwarb ein amerikanisches Magazin.

INGEMAR JOHANSSON, 27, schwedischer Box-Weltmeister, wird seine Autobiographie „Seconds out of the ring“ zum März 1960 in London erscheinen lassen.

BERUFLICHES

EMIL STEIN, 55, kürzlich als Generaldirektor aus der Harpener Bergbau-AG ausgeschiedener und zum Präsidenten des Steinkohlenbergbauvereins avancierter Bergmann, wird Generaldirektor des neuen Kruppschen Kohlenkonzerns, der durch die Fusion der bisher selbständigen Bergbaugesellschaften Bergbau-AG Constantin der Große, Bergwerke Essen-Rossenray AG und des Steinkohlenbergwerks Hannover-Hannibal AG entsteht.

HEIDI BRÜHL, 17, Film- und Fernsehsternchen, auf die Frage nach dem schrecklichsten Erlebnis ihres Lebens: „Die Filmarbeit mit Franz Antel.“

PAUL NIEHANS, 76, Verjüngungsmediziner (SPIEGEL-Titel 13/1957): „Neun von zehn Patienten, die zu mir kommen, weise ich ab. Ich wähle diejenigen zur Behandlung aus, die einen Wert für die Welt repräsentieren.“

ZITATE

CHARLES DE GAULLE, 68, Frankreich, auf die Mahnung seines Premiers Debré, die Truppen in Algerien zu verstärken: „Sie haben schon 100 000 Leute mehr, als Napoleon benötigte, um Europa zu erobern.“

HANS BILSTEIN, 65, Fabrikant in Ennepetal-Altenvoerde: „Wir leben heute in einer Auto-Demokratie. Ich habe sogar ein Stück meines Privatgartens abgeben müssen, damit meine Arbeiter dort ihre Autos parken können.“

IN MEMORIAM

HEINZ GOEDECKE, Erfinder der Wunschkonzerte des Großdeutschen Rundfunks, starb in Braunschweig — 57 Jahre alt — an einem Herzinfarkt.

David Michael Marquess of Milford Haven, 40, Ur-Urenkel der Königin Victoria, bietet Besuchern der südenglischen Insel



Wight eine neue touristische Attraktion: Mit seinem Motorschnellboot steuert der Lord für zwei Shilling sechs Pence (1,50 Mark) Touristen rund um das Eiland. Die Bootsfahrten sind ein Benefiz für den Milford-Haven-Freund Major James Neville-Smith, der für die Kirche seines Landsitzes Thorley Manor auf Wight dringend Geld benötigt.



Felix von Eckardt, 56 Stimme Bonns und Schirmherr der Kölner Herren-Modewoche, wurde von der CDU-nahen „Kölnischen Rundschau“ in einer Karikatur als präsumtiver Träger dreiviertellanger Lederhosen vorgestellt. Die Zeitung vertrat die Meinung, daß die dreiviertellange Lederhose für den „Elegant von Bonn“ und Mode-Schirmherrn von Köln „wie geschaffen“ sei, und prophezeite: „Sie (die Hose) wird in Bonn noch mehr Anklang finden, als einst des schönen Felix' bunte Weste.“

Harald Müller, 47, Pressechef der Ufa, inszenierte aus Anlaß der Frankfurter Uraufführung des Ufa-Films „Liebe, Luft und lauter Lügen“ eine Pressekonferenz mit den Hauptdarstellern in einer Super-Constellation, die eine knappe Stunde lang — vom Frankfurter Flughafen aus — über dem Rheintal kreiste.

Ludwig Schneider (l.), 65, Dr. jur., FDP-Abgeordneter des Hessischen Landtags, enthüllte durch einen Briefwechsel mit dem hessischen Kultusminister Dr. phil. **Ernst Schütte** (r.), 55, daß die Schulbehörde der Stadt Kassel einer ministeriellen Anregung allzu blindlings gefolgt war. Der Abgeordnete fragte den Minister, ob es zutreffe, daß der Kohlenherd





für die Küche im Neubau der Kasseler Mädchenberufsschule „zufolge der Richtlinien des Kultusministeriums“ habe beschafft werden müssen, obwohl der Küchen-Neubau keinen Schornstein aufweist. Der Minister antwortete dem Abgeordneten, es gäbe zwar keine Richtlinien für den Bau von Berufsschulen, doch treffe es zu, daß er (der Minister) Wert darauf lege, Berufsschulküchen mit Kohlenherden ausgestattet zu sehen. Sei indes ein Schornstein nicht vorhanden, entfalle natürlich der Kohlenherd: „Dies hätte der Bauherr, in diesem Falle also die Stadt Kassel, beachten müssen.“

Kim Novak, 26, Hollywood-Aktrice, verärgerte nach einem Besuch der Tschechoslowakei die Presse des Gastlandes, weil sie in ihren Berichten über die Volksdemokratie „an einem langen Zug von Gefangenen vorbeigekommen war, die gerade in ihre Konzentrationslager zurückgeführt wurden“. Wie tschechische Zeitungen schrieben, habe es sich hier um Mitglieder einer landwirtschaftlichen Genossenschaft gehandelt, die auf dem Heimweg von der Arbeit waren.



Wolfgang Döring, 39, Bundestagsabgeordneter und stellvertretender FDP-Vorsitzender in Nordrhein-Westfalen, ließ sich auf der Bekleidungskammer der Senne-Garnison Augustdorf als Hauptmann der Reserve einkleiden (hier mit olivgrünem Stahlhelm und Kampfanzug). Ein Schneider maß Bauchumfang, Brust- und Kragenweite. Der Rebell von Düsseldorf entschloß sich zu einer vierwöchigen Übung beim Panzer-Aufklärungsbataillon 7 der Bundeswehr, möchte aber im Gegensatz zu anderen parlamentarischen Reservisten kein militärisches „Mängelstudium“ betreiben.

HOHLSPIEGEL

Wenige Stunden nach einem großen Brand in dem Ladenburger Werk der Firma Brown, Boveri & Cie. AG haben, einem Kommuniqué der Firma zufolge, Beauftragte verschiedener Firmen aus Mannheim und Ludwigshafen versucht, Arbeitskräfte aus dem ausgebrannten Werk anzuwerben.

▽

Beim Internationalen Kongreß für Akustik in Stuttgart (1. bis 6. September) wurden an fünf Nachmittagen in jeweils acht Parallelsitzungen 350 Vorträge gehalten.

▽

Die Firma W. Kordes' Söhne („Europas größte Rosenschule"), Sparrieshoop bei Elmshorn in Holstein, bietet in ihrem Hauptkatalog 1959/60 die Rosenzüchtung „Atombombe (Deutsches Warenzeichen 647 744)" an.

▽

Schwedische Frauen, die sich bei einsamen Autofahrten über Land vor Überfällen fürchten, können jetzt männlich gekleidete Puppen in Lebensgröße kaufen.

▽

Die Oberpostdirektion Karlsruhe hat die Mannheimer Bevölkerung wissen lassen, daß gegenwärtig jeder fünfte Brief in Mannheim fehlgeleitet werde und seinen Empfänger auf Umwegen und verspätet erreiche. Die Ursache der Misere liege aber nicht an den Adressenschreibern der Briefe, sondern an der unvollkommenen Organisation der Bundespost in Mannheim, wo zwei selbständige Postämter bestünden. Im September solle jedoch die Briefzustellung einem einzigen Postamt übertragen werden.

▽

In einem Rundschreiben an alle Landes-, Bezirks- und Kreisverbände forderte der Vorstand der Deutschen Reichspartei zu einer Blutspenden-Aktion auf: Die Honorare für die Blutentnahme sollen für den Bürgerschaftswahlkampf in Bremen verwendet werden.

▽

Ein australischer Farmer, der seit 1923 einen Rolls Royce fährt und sich jetzt bei dem englischen Automobilwerk ein neues Modell bestellt hatte, zog seinen Auftrag zurück, weil die neuen Wagen keine Trittbretter mehr haben. Ein Auto ohne Trittbrett sei für ihn zwecklos, weil er auf dem Trittbrett die toten Schafe zu transportieren pflege, wenn der Kofferraum voll sei.

▽

Der Bund gegen den Mißbrauch der Tiere forderte die Öffentlichkeit auf, bei menschlichen Schandtaten nicht mehr die Vokabel „tierisch" zu benutzen, da man dem Tier damit schweres Unrecht antue.

IM NÄCHSTEN HEFT

NIKITA CHRUSCHTSCHEW

Seit er der Mächtigste im Kreml ist, hat er ein Zweiergespräch mit Eisenhower gewollt. Nächste Woche geht sein Wunsch in Erfüllung. Sein Ziel: Konstituierung einer sowjetisch - amerikanischen Zweierherrschaft auf dem Erdball

DER SPIEGEL

DAS DEUTSCHE NACHRICHTEN-MAGAZIN

SPIEGEL-VERLAG G. M. B. H.

Hamburg 1, Pressehaus, Telephon 32 15 11, Fernschreiber: 021 2318, Telegrammadresse: Spiegelverlag, Postscheckkto.: Hamburg 7137

HERAUSGEBER

Rudolf Augstein

CHEFREDAKTEUR

Hans Detlev Becker

STELLVERTRETER

Johannes K. Engel, Hans Dieter Jaene, Georg Wolff

REDAKTION

Kurt Blauhorn, Ulrich Blumenschein, Claus Leo Brawand, Walter Busse, Günter Gaus, Dr. Günter Giefer, Rudolf Glismann, Robert Julius Greiff, Manfred W. Hentschel, Heinz Höhne, Dr. Alexander von Hoffmann, Bert Honolka, Claus Jacobi, Johannes Kayser, Klaus Kröger, Johannes Matthiesen, Robert Pendorf, Dr. Karl Paerschke, Dr. Heinz Pohle, Hermann Renner, Hans Schmelz, Martin Virchow, Dr. Günther Zacharias

REDAKTIONSVERTRETUNGEN INLAND

Berlin: Hans Zielinski, Schöneberger Ufer 59, Tel. 13 27 07 · Bonn: Conrad Ahlers, Dr. Jochen Becher, Erich Böhme, Dr. Horst Mahnke, Rudolf W. Ponz, Lothar Ruehl, Dahlmannstraße 20, Tel. 2 40 31 · Hannover: Wolfgang Becker, Osterstraße 85-87, Tel. 2 78 35/36 · Düsseldorf: Ferdinand Simoneit, Oststraße 41, Tel. 2 89 17 · Frankfurt am Main: Hans Hermann Mans, Dr. Gisela Oehlert, Untermainkai 19, Tel. 33 13 29 · Stuttgart: Peter Stähle, Alexanderstraße 63, Tel. 2 27 56 · München: Otto von Loewenstern, Schwanthalerstr. 2-6, Tel. 59 47 24

REDAKTIONSVERTRETUNGEN AUSLAND

New York: Kurt J. Bachrach-Baker, NY 34, 115 Paysan Avenue, Tel. Lorraine 9-2773, Plaza 1-1800 · London: Dr. H. G. Alexander, W 14, 56 North End House, Tel. Fulham 0293 · Paris: Fried Wesemann, 2 Rue Paul Dupuy, Tel. Bagatelle 9458 · Brüssel: Dr. Günther Steffen, 197 Rue Belliard, Tel. 35 06 61 · Rom: Joachim Schilling, Via Liguria 40, Tel. 47 66 52

DOKUMENTATION

Arnfried Eichgrün, Günther Falk, Dr. Klaus Gerlach, Ingeborg Hammer, German Hausknecht, Hans-Joachim Heinze, Heinz Klatte, Georg Kahlrausch, Marianne Lipcowitz, Maria Rank, Walther von Schultzendorff, Robert Spiering

SPIEGEL-PHOTOS

Max Ehlert

ZEICHNUNGEN

Globus-Kartendienst

VERLEGER

John Jahr

VERLAGSBÜROS

Berlin W 35, Schöneberger Ufer 59, Tel. 13 14 81, FS 0183/867 · Düsseldorf, Oststraße 41-43, Tel. 8 05 53, FS 0858/2737 · Frankfurt a. M., Untermainkai 19, Tel. 33 13 29, FS 411/252 · Hannover, Osterstr. 85-87, Tel. 2 78 35/36, FS 09/22319 · München 15, Schwanthalerstraße 2-6, Kuttner-Haus, Tel. 59 47 23, FS 052/2501 · Stuttgart S, Alexanderstraße 63, Tel. 2 27 56, FS 072/2216



RÜCKSPIEGEL

ZITATE

Neues Zeitschriften-Projekt, eine Art Anti-SPIEGEL, ist immer noch im Gespräch. Die alten Pläne seien durchaus nicht aufgegeben. Man hört jetzt von weit vorangeschrittenen Verhandlungen mit einem Münchener Verlag. — Hintergrund: Für das Projekt lägen nennenswerte Mittel bereit. Bereits seit langem. Zusammengetragen aus verschiedenen Quellen. Der Kölner Bankier Pferdmenges, CDU-Bundestagsabgeordneter, verwalte das Kapital treuhänderisch. Jedoch gehöre er selbst nicht zu den Kapitalgebern. Er nehme auch auf die Weiterentwicklung des Planes keinen Einfluß. — In Bonn rechnet man damit, daß das Kapital noch rechtzeitig vor den Bundestagswahlen 1961 „eingesetzt" wird.

Pressedienst „Politik und Wirtschaft", Bonn

Heute möchte ich Ihnen ... einige Mitteilungen über die Vorbereitungen für eine SPIEGEL-Konkurrenz machen, über die ich Ihnen als erster am 22. Januar berichtete. Im Mittelpunkt der Pläne steht der Verleger Dr. Bucerius, führender Kopf des Verlages der „Zeit" und des „Stern". Bei den vorbereitenden Arbeiten spielt der bekannte Publizist William S. Schlamm, Verfasser des Buches „Grenzen des Wunders", eine Rolle. Gegenwärtig ist man nach mit den Entwurfsarbeiten eines künftigen Nachrichtenmagazins beschäftigt, die man im September abschließen möchte, um dann alsbald eine Entscheidung über das Erscheinen zu treffen. Der Verlag der „Zeit" bringt die bekannte Wochenzeitung „Die Zeit" mit einer Auflage einschließlich der Auslandsausgaben von etwa 100 000 Exemplaren heraus, während der „Stern" einschließlich der Österreich-Ausgaben 1,4 Millionen Auflage hat. Die Bucerius-Gruppe ist finanziell stark genug, um das Projekt aus eigenen Mitteln durchführen zu können, es bestehen daher wohl keine Zusammenhänge mit anderen in der letzten Zeit genannten süddeutschen Plänen.

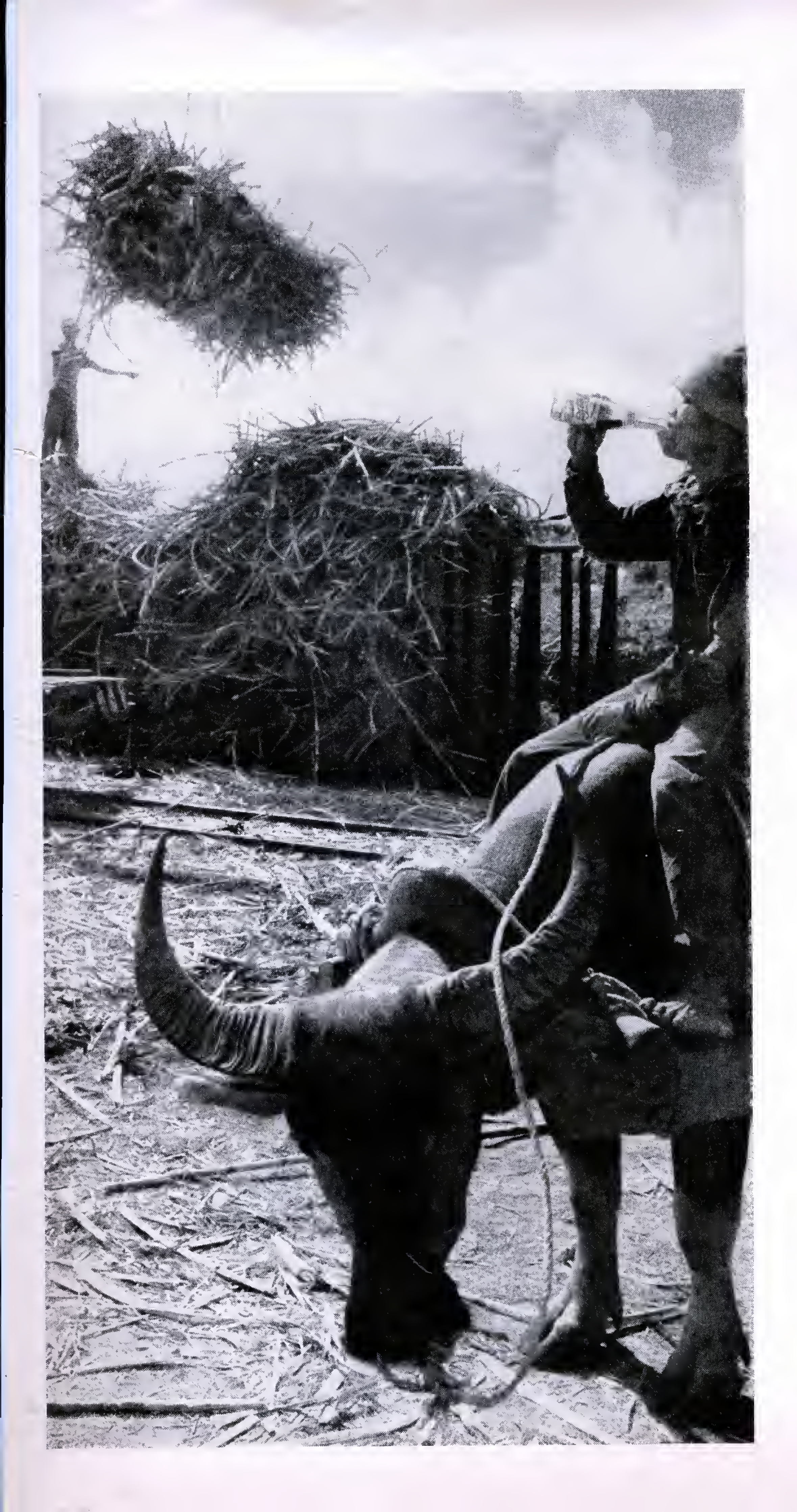
Platow-Informationsbrief, Hamburg

... die mißglückte SPIEGEL-Imitation „Das neue Journal" ...

„Südwest-Merkur", Stuttgart.

In außerordentlich scharfer Form dementierte das französische Außenministerium ... eine Information der neuesten Ausgabe des Nachrichtenmagazins DER SPIEGEL, in der dem französischen Premierminister Michel Debré abfällige Äußerungen über Bundesverteidigungsminister Strauß in den Mund gelegt wurden. Auf die Frage nach dem Wahrheitsgehalt der SPIEGEL-Information sagte der Sprecher des Quai d'Orsay, er sei ermächtigt, die Meldung kategorisch zu dementieren. Sie habe keinerlei Grundlage und sei offensichtlich eine böswillige Erfindung. DER SPIEGEL hatte behauptet, Premierminister Debré habe gegenüber dem Sowjetbotschafter Winogradow folgende Äußerung über Bundesverteidigungsminister Strauß getan: „Er ist schlau, gerissen und ehrgeizig. Das sind schon unangenehme Eigenschaften für einen Kriegsminister; wenn ein Regierungschef solche Eigenschaften hat, sind die Folgen nicht abzusehen. Und das wird Strauß in den nächsten zehn Jahren."

Deutsche Presse-Agentur (dpa)





VON
SALEM
DIE
EXPORT
Salem
No 6
EXPORT
HERBERT LEUPIN